



BÜRGERSCHAFT DER FREIEN UND HANSESTADT HAMBURG

17. Wahlperiode

Plenarprotokoll **17/9**

20.02.02

9. Sitzung

Mittwoch, 20. Februar 2002

Vorsitzende: Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt, Erster Vizepräsident Berndt Röder, Zweiter Vizepräsident Peter Paul Müller, Dritter Vizepräsident Farid Müller und Vierte Vizepräsidentin Rose-Felicitas Pauly

Inhalt

Mitteilungen der Präsidentin			
Abwicklung und Ergänzung der Tagesordnung	321 A	Dr. Verena Lappe GAL	329 B
		Martin Woestmeyer FDP	330 A
		Birgit Schnieber-Jastram, Senatorin	330 D
Aktuelle Stunde	321 A	Dr. Ingrid Stöckl SPD	332 C
Fraktion der FDP:		Britta Ernst SPD	333 A
Feuer und Flamme für Olympia 2012 in Hamburg	321 B	Anja Hajduk GAL	334 A
Leif Schrader FDP	321 B	Fraktion der CDU:	
Jürgen Schmidt SPD	322 A, 326 A	Hamburgs neue Politik – Neue Chancen für den Mittelstand	
Volker Okun CDU	322 D	(Nicht behandelt wegen Redezeitablaufs)	
Karina Weber Partei Rechtsstaatlicher Offensive	323 D	Fraktion der Partei Rechtsstaatlicher Offensive:	
Antje Möller GAL	324 C	Änderung des Jugendschutzgesetzes: Mit 14 Jahren in Diskotheken?	
Rudolf Lange, Senator	325 A	(Nicht behandelt wegen Redezeitablaufs)	
Burkhardt Müller-Sönksen FDP	325 C	Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:	
Fraktion der SPD:		Wahl von acht ehrenamtlichen Mitgliedern und deren Vertreterinnen oder Vertretern der Kommission für Bodenordnung	
Politik ohne Frauen und gegen Frauen – Mit dem Senat zurück in die fünfziger Jahre	326 B	– Drs 17/195 –	334 D
und		Ergebnis	345 B, 375
Fraktion der GAL:		Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:	
Finanzieller Kahlschlag: Senat beendet aktive Politik für Frauen und Mädchen	326 B	Wahl von drei Mitgliedern für den Vergaberat der Norddeutschen Stiftung für Umwelt und Entwicklung	
Doris Mandel SPD	326 B	– Drs 17/241 –	334 D
Karen Koop CDU	327 B	Ergebnis	345 B, 376
Stephan Müller Partei Rechtsstaatlicher Offensive	328 B		

Antrag der Fraktion der GAL:		Dr. Willfried Maier GAL	359 B
Lebensmittelsicherheit gewährleisten, Agrarwende voranbringen		Henning Tants CDU	360 A
– Drs 17/319 –	335 A	Barbara Duden SPD	360 C
Christian Maaß GAL	335 B, 340 B	Bernd Reinert CDU	361 C
Jenspeter Rosenfeldt SPD	336 B	Beschluss	362 B
Hanna Gienow CDU	337 C	Antrag der Fraktionen der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP:	
Wolfgang Barth-Völkel Partei Rechtsstaatlicher Offensive	338 C	Verbesserung des Verkehrsflusses auf den Hauptverkehrsstraßen unter Berücksichtigung der Interessenlage aller Verkehrsteilnehmer	
Dr. Wieland Schinnenburg FDP	339 B	– Drs 17/304 –	362 B
Rolf Gerhard Rutter Partei Rechtsstaatlicher Offensive	340 D	Reiner Wohlers Partei Rechtsstaatlicher Offensive	362 B
Ekkehard Rumpf FDP	341 B	Barbara Duden SPD	363 B
Antje Möller GAL	342 A	Bernd Reinert CDU	364 B
Beschluss	342 B	Krista Sager GAL	364 D
Senatsantrag:		Ekkehard Rumpf FDP	365 D
Entwurf eines Gesetzes zum Erhalt und zur Stärkung des Luftfahrtindustrie- standortes Hamburg		Michael Dose SPD	366 A
– Drs 17/308 –	342 B	Mario Mettbach, Senator	366 C
Gunnar Uldall, Senator	342 C, 351 D	Beschluss	367 D
Rose-Felicitas Pauly FDP	344 A	Antrag der Fraktion der SPD:	
Werner Dobritz SPD	345 C, 350 D	Stärkung der Prävention in der Gesundheitspolitik	
Barbara Ahrons CDU	346 C	– Drs 17/314 (Neufassung) –	367 D
Gunnar Butenschön Partei Rechtsstaatlicher Offensive	347 B	Peter Rehaag, Senator	367 D
Christian Maaß GAL	348 A, 352 C	Dr. Mathias Petersen SPD	369 C
Ekkehard Rumpf FDP	349 B	Dietrich Wersich CDU	370 B
Krista Sager GAL	350 B, 351 D	Beschluss	371 B
Beschlüsse	352 D	Wolfgang Barth-Völkel Partei Rechtsstaatlicher Offensive	371 D
Antrag der Fraktion der SPD:		Dr. Dorothee Freudenberg GAL	371 D
Flächen für die „wachsende Stadt“		Dr. Wieland Schinnenburg FDP	372 D
– Drs 17/313 –	352 D	Thomas Böwer SPD	373 B
Jan Quast SPD	353 A	Wolfgang Beuß CDU	373 C
Jürgen Mehlfeldt CDU	354 A	Beschluss	374 C
Jens Pramann Partei Rechtsstaatlicher Offensive	354 D, 360 B	Bericht des Sozialausschusses zum Bericht des Senats über den Haushaltsverlauf 2001:	
Antje Möller GAL	356 A, 361 B	Einzelplan 1.1: Senatsamt für die Gleichstellung	
Ekkehard Rumpf FDP	356 D	Einzelplan 4: Behörde für Arbeit, Gesundheit und Soziales	
Mario Mettbach, Senator	357 B	– Drs 17/249 –	374 C
Dr. Hermann-Diethelm Stehr CDU	358 C	Beschluss	374 C
Manfred Silberbach Partei Rechtsstaatlicher Offensive	358 D		

A **Beginn: 15.01 Uhr**

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist eröffnet. Ich begrüße Sie ganz herzlich.

Abweichend von der Empfehlung des Ältestenrats haben die Fraktionen vereinbart, dass die Tagesordnung um die Drucksache 17/371 ergänzt werden soll. Es handelt sich um einen Dringlichen Senatsantrag zum Haushaltsplan-Entwurf 2002, Ergänzung und Erweiterung der Ermächtigung zur vorläufigen Haushaltsführung. Diese Drucksache wurde als Tagesordnungspunkt 6a nachträglich in die Tagesordnung aufgenommen.

Außerdem möchte ich Sie darauf hinweisen, dass sich die Fraktionen auf eine von der Empfehlung des Ältestenrats abweichende Reihenfolge bei den Debatten verständigt haben. Die Debatten zu den Tagesordnungspunkten 21 und 12 sollen demnach gegeneinander ausgetauscht werden. So findet die ursprünglich für Mittwoch vorgesehene Debatte zu Tagesordnungspunkt 21 erst am Donnerstag statt. Die Debatte zu Tagesordnungspunkt 12 wird also bereits heute erfolgen.

Meine Damen und Herren! Wir kommen zur

Aktuellen Stunde

Dazu sind fünf Themen angemeldet worden, und zwar von der FDP-Fraktion

Feuer und Flamme für Olympia 2012 in Hamburg von der SPD-Fraktion

B Politik ohne Frauen und gegen Frauen – Mit dem Senat zurück in die fünfziger Jahre

von der CDU-Fraktion

Hamburgs neue Politik – Neue Chancen für den Mittelstand

von der Fraktion der Partei Rechtsstaatlicher Offensive

Änderung des Jugendschutzgesetzes: Mit 14 Jahren in Diskotheken?

und von der GAL-Fraktion

Finanzieller Kahlschlag:
Senat beendet aktive Politik für Frauen und Mädchen

Im Ältestenrat wurde vereinbart, dass das zweite und das fünfte Thema gemeinsam aufgerufen werden sollen.

Wir kommen zu dem von der FDP-Fraktion angemeldeten Thema. Herr Schrader, Sie haben das Wort.

Leif Schrader FDP: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Hamburg hat sich für eine Bewerbung um die Ausrichtung der Olympischen Spiele 2012 entschieden und diese Bewerbung wird von allen Fraktionen in diesem Hause unterstützt.

Olympia in Hamburg bietet eine riesige Chance für unsere Stadt. Es ist nicht nur der internationale Markenname Hamburgs, der sich als Welthafen und Welthandelsplatz in Erinnerung bringt. Es ist auch nicht nur der Medienstandort Hamburg, der dann seine Funktion unter voller Auslastung beweisen wird. Und es ist auch nicht nur der Ausbau hochwertiger Sportstätten, der den Vereinen und insbesondere dem Leistungssport noch viele Jahre zugute kommen

wird. Es ist vor allem die Chance für Hamburg, das Tor zur Welt weit zu öffnen, eine Fülle an kulturellen und sportiven Veranstaltungen vor und nach den Spielen durchzuführen und unsere Heimatstadt zu einer internationalen Plattform des friedlichen Miteinanders der Völker auszubauen.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Meine Damen und Herren! Aus gutem Grunde haben sich die Koalitionsparteien bei der Senatsbildung entschlossen, mit einer expliziten Behördenzuständigkeit für Sport die Bedeutung dieses Politikfeldes zu unterstreichen. Unter dem Senator für Bildung und Sport, Rudolf Lange, ist es nun die Aufgabe, die Entwicklung eines international konkurrenzfähigen Bewerbungskonzepts sicherzustellen. Ich bin sicher, daran wird in der Behörde derzeit auch mit Hochdruck gearbeitet.

(Uwe Grund SPD: Feuer und Flamme, ein bisschen mehr Feuer!)

Was sollen nun nach Meinung der FDP-Fraktion die Eckpunkte eines solchen Konzeptes ausmachen? Im Wesentlichen sind es zwei Grundsätze, die für eine erfolgreiche Bewerbung Hamburgs sprechen.

Erstens: Es gibt in Hamburg kurze Wege durch die relative Dichte der Sportstandorte.

Zweitens: Die Nutzung möglichst vieler bereits vorhandener Sportstätten in Verbindung mit Hamburgs zentralen und international bekannten Sehenswürdigkeiten einschließlich Alster und Jungfernstieg werden diese Olympischen Spiele auch optisch zu einem attraktiven Höhepunkt in der Olympiageschichte machen.

D Dazu muss Hamburg ein Olympiazentrum im Hafen errichten und vor allen Dingen ein Standortkonzept für die Einbindung der vorhandenen Sportstätten erstellen.

Mit dem Rathausmarkt und der Alster sind ideale und renommierte Anlagen mitten in der Stadt vorhanden, die für Lauf-, Geher- und Radsportwettbewerbe zur Verfügung stehen könnten.

Für die Fuß- und Handballwettbewerbe bieten zwei bereits nahezu fertige Arenen in Hamburg hervorragende Ausgangspunkte. An der Rothenbaumchaussee stehen Sportstätten für Tennis- und Hockeywettbewerbe zur Verfügung. Weitere Hallensportmöglichkeiten bietet die Hamburg-Messe. Im Derbypark in Klein Flottbek, dessen Bestand nun auch gesichert worden ist, können Reitturniere stattfinden.

Ganz wesentlich ist für uns Liberale dabei natürlich, dass die Finanzierbarkeit der Infrastruktur und der einzelnen Veranstaltungen auch unter Berücksichtigung der nach wie vor unentbehrlichen Haushaltkskonsolidierung erfolgen kann. Deswegen müssen alle Investitionen, die wir tätigen, wirtschaftlich sein, müssen in einem Wirtschaftskonzept analysiert werden und müssen die späteren wirtschaftlichen Vorteile, die die Errichtung dieser Anlagen bieten können, auch sicherstellen.

Die bestehenden Ansätze, ein Sponsoring-Konzept von Anfang an in die Finanzierbarkeits- und Wirtschaftlichkeitskonzeption einzubinden, finden wir hervorragend. Es war auch die Initiative der Hamburger Wirtschaft – das sollten wir nicht vergessen –, dass sich Hamburg überhaupt ein weiteres Mal um die Olympischen Spiele bewirbt.

Es ist unsere gemeinsame Verantwortung in dieser Legislaturperiode, die Weichen für die Olympischen Spiele in

(Leif Schrader FDP)

A Hamburg zu stellen. Wirken wir also gemeinsam daran mit, das olympische Feuer herzuholen. Hamburg hätte es verdient. – Danke.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive – *Uwe Grund SPD*: Das war eher lustlos!)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Herr Schmidt.

Jürgen Schmidt SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Würden wir hier im Saal olympisches Feuer und Flamme entzünden, gebe es sicherlich Probleme mit dem Brandschutz. Deshalb möchte ich lieber ein anderes Bild prägen: Hamburgs Bewerbung ist medaillenverdächtig.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Nach Goldmedaille klingt allein schon der Name der Agentenkooperation „Club der Besten“ – nomen est omen –, die als Marketing- und Medienpartner den Zuschlag bekommen haben; ein sehr selbstbewusster Name, aber selbstbewusst soll sie auch sein, die Kampagne „Hamburg für Olympia 2012“.

Die SPD-Fraktion war von Anfang an der Meinung, dass Hamburg olympiareif ist, und unterstützt nach wie vor die Bewerbung für die Olympischen Spiele 2012. Hamburg ist Sportstadt und bietet ideale Voraussetzungen für Olympia. Der rotgrüne Senat hatte seine Hausaufgaben gemacht. Diese und die bisherigen Arbeiten, soweit sie uns bekannt sind – auf diesen Punkt komme ich noch einmal zurück –, belegen eindeutig: Hamburg ist olympiareif, Hamburg ist olympiawillig und Hamburg ist olympiafähig.

B (Beifall bei der SPD und der GAL)

Bei der Medaillenvergabe des NOK und auch des IOC können wir ganz weit vorn landen. Die Kreativität der Werber, die Modernität und Pfiffigkeit von Anzeigen werden Pluspunkte für den Austragungsort Hamburg bringen. Auch das Zentrumskonzept – soweit wir es bisher über Zeitungen mitbekommen haben – wirkt überzeugend, denn wer von den Konkurrenzstädten wird schon gegenhalten können, wenn bei uns 90 Prozent aller Goldmedaillen in Sportstätten vergeben werden, die innerhalb eines Kreises von 10 Kilometer Durchmesser zu erreichen sind? Aber eines, meine Damen und Herren, dürfen wir nicht übersehen: Wenn die Hanseaten nicht mitziehen, bleibt unser Bewerbungsschlitten schon in der ersten Kurve stehen. Das Beispiel Berlin warnt uns eindringlich. Wir brauchen nicht allein das beste Logo oder die aufwendigste Broschüre, sondern wir brauchen olympische Begeisterung in der ganzen Stadt.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Wir haben sehr gute Erfahrungen mit Marathon und Cyclassics gemacht als ideale Verbindung von Spitzensport und Jedermann-Teilnahme. Diesen Weg sollten wir bei der Vermittlung der olympischen Idee vor Ort konsequent beschreiten. Dazu passt auch die Durchführung des Beachvolleyball-Turniers – eine olympische Sportart –, das in diesem Jahr erstmalig auf dem Rathausmarkt stattfindet, einer Initiative der SPD-Fraktion folgend, der sich erfreulicherweise das ganze Haus antragsmäßig angeschlossen und in der letzten Legislaturperiode zu einem einstimmigen Beschluss geführt hat.

(Beifall bei der SPD und der GAL – *Wolfgang Beuß CDU*: Eigenlob stinkt!)

Mit der Vorstellung der Stiftung „Olympia der 100“ hat die SPD-Fraktion soeben ein klares Bekenntnis zur Förderung des Leistungssports in Hamburg abgelegt. Wir haben in Hamburg im Bereich des Leistungssports manches Defizit zu beklagen gehabt. In vielen Fällen mangelt es jedoch nicht am Austragungsort, sondern am Geld, das besonders jungen Talenten für die hoffnungsvolle Sportkarriere fehlt. Hier wollen wir mit unserer Idee ansetzen, damit wir vom Stiftungskapital zunächst Zehnjährigen ihr Fahrgeld, Sportgeräte und zusätzliche Ernährungskosten bezahlen können. Mit dieser Idee haben wir jedoch vor allem die Bürger im Visier. Sie sollen mit ihrer ganz persönlichen Unterstützung für „Olympia der 100“ den Weg für Hamburgs erfolgreiche Bewerbung ebnen und beim Blick auf Podeste und Medaillenspiegel stolz sein dürfen. Mein Kollege Thomas Böwer hat Recht: Es wäre doch phantastisch, wenn man sagen könnte, der Junge da vorn mit der Silbermedaille um den Hals wurde von mir gefördert.

Wie ist es aber bei aller Euphorie mit der notwendigen parlamentarischen Begleitung der Bewerbung? Bis zum 15. Mai dieses Jahres muss das Bewerberkonzept beim Nationalen Olympischen Komitee abgegeben werden. Die zeitlichen Vorstellungen des Senats sehen nach meiner Kenntnis Ende April die Befassung in der Senatskommission vor und anschließend im Senat. Wo bleibt das Parlament? Bisher haben wir lediglich die Einbringungsdrucksache in der Beratung aus dem Oktober, die nun wahrlich nicht mehr den aktuellen Stand widerspiegelt. Immerhin geht es jetzt beispielsweise auch darum, wie sich die Verkehrsanbindung gestaltet. Wird es eine Ergänzung der U-Bahn geben oder nur Buslinien, was unsere Chancen entscheidend vermindern und auch die HafenCity nicht attraktiver machen würde. Welche Probleme ergeben sich durch die vielen Neubauten? Ich denke nicht und hoffe es auch nicht, dass der Senat hier die Auffassung vertritt, das Parlament störe nur. Gemeinsam wollen wir es schaffen.

(*Rolf Kruse CDU*: Das war früher sol!)

Ich bin sicher, die Begeisterung von uns Parlamentariern für Olympia ist noch steigerungsfähig, zum Beispiel durch angemessene Beteiligung der ersten Gewalt.

(Glocke)

Ich komme zum Schluss: Die SPD war von Anfang an im olympischen Bob. Sie will auch weiter kräftig anschieben, aber der Seilzug sollte schon auf einer einheitlichen Linie ziehen.

(Glocke)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt (unterbrechend): Sie müssen zum Schluss kommen, Sie haben Ihre Redezeit weit überzogen.

Jürgen Schmidt (fortfahrend): Nur als Team kommen wir mit einem neuen Bahnrekord ins Ziel.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Herr Okun.

Volker Okun CDU: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Bewerbung Hamburgs zur Durchführung der Olympischen Spiele 2012 hat sich für den Bürgermeister und seinen Senat und damit für die ganze Stadt Hamburg zu einer einzigen Erfolgsgeschichte entwickelt.

C

D

(Volker Okun CDU)

- A Das hat seinen guten Grund und das möchte ich Ihnen auch näher erläutern.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP – Werner Dobritz SPD: Ein Glück für Leipzig!)

Nach einer zwar grundsätzlichen Bereitschaft, aber zugleich zögerlichem Verhalten des rotgrünen Senats in der vergangenen Legislaturperiode, hat der neue Senat, meine Damen und Herren

(Zurufe von der GAL)

– nun warten Sie es doch ab; Frau Sager, Sie bekommen noch genug Zeit, nörgeln Sie doch nicht gleich zu Beginn, hören Sie sich das in Ruhe an –, die Chancen und Möglichkeiten der olympischen Bewerbung für die Stadt Hamburg erkannt und zugleich auch konsequent genutzt für eine Stadt, die bis vor kurzem noch Jahrzehnte für die Planung einer Arena brauchte. Das alles soll nicht so schnell vergessen sein.

Das eigentliche Erfolgsrezept dafür, dass Hamburg nicht nur weiter als die nationalen Wettbewerber ist, sondern bundesweit an der Spitze der Bewerber liegt, ist die kluge und umsichtige Senatspolitik des Zusammenführens der Interessen in dieser Stadt. Das muss einmal gesagt werden. Ich will das auch an einigen Beispielen deutlich machen.

Am Anfang stand die offizielle Bewerbung des NOK am 2. November in Hamburg mit einem Senatsempfang, mit der Politik, Wirtschaft und Sport gemeinsam – ich betone gemeinsam – in einer hervorragenden Präsentation die Spiele am Wasser für Hamburg reklamiert haben. Das ist auch beim NOK nicht ohne Beachtung geblieben. Dann ging es rasch weiter mit der Umsetzung von wichtigen Entscheidungen. Die Olympia GmbH arbeitet bereits seit geraumer Zeit am Standort, am Marketing und am Organisationskonzept zusammen mit der Wirtschaft und dem Hamburger Sportbund. Auch das funktioniert einwandfrei.

Ein olympischer Beirat mit Bündelungen von norddeutschem sportlichen Sachverstand ist inzwischen eingesetzt worden. Es sind darüber hinaus hervorragende Personen als Olympiabeauftragte oder als Olympiabotschafter eingesetzt worden. Ich nenne hier stellvertretend Henning Voscherau, Uwe Seeler und Hans Hansen. Weiter ist in der Sportbehörde eine Projektgruppe mit vier Mitarbeitern eingesetzt worden, die konsequent am Sportstättenkonzept arbeitet. Weiter ist eine behördenübergreifende Koordinationsgruppe eingerichtet worden, um notwendige Behördenabstimmungen auch mit den Bezirken – und wir alle kennen die Schwierigkeiten en détail aus unserer Stadt – zu ermöglichen.

Schließlich ist ein Agenturpool um Springer & Jacoby zusammen mit Jung von Matt mit 1,7 Millionen Euro ausgestattet worden, um das Marketingkonzept der Bewerbung umzusetzen.

(Werner Dobritz SPD: Das wissen wir doch alles!)

– Ihnen muss das ja oft genug gesagt werden.

Das ist eine aktive Wahrnehmung von Chancen für eine wachsende Stadt.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Parallel – Herr Schmidt, das ist etwas Wasser in Ihren Wein, erhöht aber zugleich die Glaubwürdigkeit des Senats und

macht deutlich, dass Sport in der Politik dieser Stadt wieder den Stellenwert einnimmt, der ihm zukommt – wurden wichtige sportpolitische Rahmenbedingungen und Weichenstellungen vorgenommen, die flankierend hervorragend geeignet sind, die Olympiabewerbung Hamburgs auch international zu unterstützen. Neben der Erhaltung – auch das ist von uns immer eingeräumt worden – bisheriger wichtiger Großsportereignisse wird es zusätzliche weitere internationale Sportereignisse geben, die hervorragend und wichtig für unsere Stadt Hamburg sind. Ich nenne zum Beispiel das Beachvolleyball-Turnier auf dem Rathausmarkt, für welches der Senat gerade in den letzten Tagen eine notwendige Weichenstellung vorgenommen hat. Ich nenne den Alster-Triathlon mit Weltcup-Charakter vom 6. bis 8. September in dieser Stadt. Auch das ist bis vor kurzem noch undenkbar gewesen. Ich nenne darüber hinaus die Wiedereröffnung des Deutschen Dressur-Derbys in Klein Flottbek und ich nenne darüber hinaus – Leichtathletik hat immer einen besonderen Stellenwert in Hamburg gehabt – die Internationalisierung des Abendmeetings der Leichtathletikgemeinschaft Hammer Park mit der Übernahme der Schirmherrschaft durch den Bürgermeister Ole von Beust.

Herr Schmidt, wenn ich Ihnen das vor 100 Tagen avisiert hätte, hätten Sie es mir nicht geglaubt. Auch das ist ein Bestandteil des olympischen Geistes in unserer Stadt Hamburg.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Diese von mir genannten Großereignisse sind Werbung für und von Hamburg pur, die auch möglich werden, weil Hamburgs Wirtschaft Vertrauen in die Politik des Senats von Ole von Beust hat. Vertrauen ist wichtig und die Wirtschaft vertraut dem Bekennnis des Senats zum Leistungs- und Spitzensport; ein Bekennnis, das notwendig und wichtig war, zu dem sich der alte Senat nie durchringen konnte. Darauf kann man aufbauen.

Und es geht weiter: Wir arbeiten an verlässlichen drei Schulsportstunden in allen Klassenfolgen von 1 bis 10. Wir brauchen eine konsequente, leistungsbezogene Nachwuchsförderung in vernetzter Form von Schule und Vereinen, Frau Sager, bis hin zu Sporteliteschulen. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie für Ihre Fraktion erklären würden ...

(Glocke)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt (unterbrechend): Kommen Sie bitte zum Schluss, Herr Abgeordneter.

Volker Okun (fortfahrend): Wenn es gelingt, die Begeisterung aus dem Plenum und der Politik auf die Bevölkerung zu übertragen, bin ich sicher, wird Hamburg den Platz erreichen, den es haben möchte: Sieger der nationalen Bewerbung. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Frau Weber.

Karina Weber Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Verehrte Präsidentin, meine Damen und Herren! Eine Olympiade in der eigenen Stadt ist für uns alle ein Traum, quasi wie ein Lottogewinn. Kein Ereignis kann die Stadt, die Bürger mehr zusammenbringen, kein Ereignis bringt einen größeren

C

D

(Karina Weber Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

A Imagegewinn. Trotzdem habe ich das Gefühl, dass bei der Idee Olympia in Hamburg der Funke noch nicht auf alle Bürger übergesprungen ist. Vielleicht liegt das daran, dass 2012 noch ein bisschen weit weg ist. Möglicherweise liegt das aber auch daran, dass die Hansestadt als Leistungssportmetropole in den letzten Jahren und Jahrzehnten noch nicht allzu sehr in den Schlagzeilen gewesen ist. So ist die Hamburger Jugend zu wenig an den Spitzensport herangeführt worden, die entsprechenden Rahmenbedingungen wurden hierfür einfach nicht geschaffen.

Wenn Hamburg die Olympischen Spiele 2012 wirklich ausrichten will, benötigen wir ganz stark die Begeisterung und die Unterstützung der gesamten Bevölkerung.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Wir haben derzeit 490 000 Mitglieder in Sportvereinen, die regelmäßig trainieren. Hinzu kommt noch der nicht in Vereinen organisierte Breitensport, der statistisch nicht erfasst ist. Spitzensportler oder Kadersportler haben wir lediglich 170 und das ist für eine Weltstadt wie Hamburg sehr, sehr schwach.

(Erhard Pumm SPD: Weltstadt sind wir ja wohl gar nicht!)

Wir verfügen weder über ein Jugendleistungszentrum noch über eine Sportfachschule, die in der Lage ist, junge Sporttalente für die Zukunft auszubilden und zu fördern. Die Konsequenz daraus ist, dass junge Talente von anderen Städten abgeworben werden, aber auch schon die erfolgreichen Sportler, zum Beispiel die Handballer, müssen für Vereine anderer Städte spielen, da es bei uns keinen erstklassigen Verein gibt.

B Um die Spitzentalente in der Stadt zu halten, müssen die Vereine stärker miteinander zusammenarbeiten. Wenn die Vereine ihre herausragenden Talente in Zusammenarbeit mit den Fachverbänden in eine Art Kadermannschaft

(Michael Neumann SPD: Kadermannschaft?)

konzentrieren und für den nationalen und internationalen Sport fit machen, können wir das Abwandern verhindern. Gleichzeitig müssen die Jungtalente natürlich von der Schule auch die Möglichkeit haben, für Trainingseinheiten freigestellt zu werden.

Im Zuge der Hamburger Bewerbung für Olympia 2012 ist das Team Hamburg entstanden, das 32 Nachwuchstalente für olympische Disziplinen ausbildet. Dies ist mit Sicherheit der erste Schritt in die richtige Richtung. Doch Hamburg braucht für die Zukunft eine Sporthochschule mit internationalem Niveau, die junge Nachwuchstalente ausbildet und fit macht, damit diese in der Stadt bleiben. Wir hätten dann sogar die Möglichkeit, durch das Angebot und den guten Ruf einer Sportschule Spitzensportler aus anderen Ländern zu rekrutieren, denn für Schüler und Studenten ist unsere Stadt sowieso schon eine der beliebtesten.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Die Glaubwürdigkeit als Olympiastadt steigt mit zunehmenden sportlichen Persönlichkeiten aus Hamburg, die die Stadt selber hervorgebracht hat. Diese sind somit natürlich auch die allerbesten Werbeträger.

Wenn wir es schaffen, ein überzeugendes Konzept vorzulegen, das den Leistungssport in Hamburg langfristig – auch noch nach 2012 – fördert, bin ich sicher, dass sich der

C Funke Olympia innerhalb kürzester Zeit bei allen Bürgern – ob aktiv oder passiv – zum lodernnden Feuer entwickelt.
– Danke schön.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Frau Möller.

Antje Möller GAL:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen, man muss das Paket Olympia noch ein bisschen weiter öffnen, um in dieser Stadt Feuer und Flamme werden zu können.

(Zuruf: Grüne Spiele!)

– Auch grüne Spiele, selbstverständlich.

Es kann nicht nur sein, dass wir uns redlich mühen, die sportbegeisterte Bevölkerung auch für die Olympiade in Hamburg zu begeistern. Es geht darum, in dieser Stadt klar zu machen, welche Vorwirkungen, Nachwirkungen und direkten Auswirkungen die Olympiade für die gesamte Hansestadt Hamburg strukturell, stadtentwicklungsrechtlich, wirtschaftspolitisch und natürlich sportpolitisch hat. Das habe ich in dieser Debatte ein bisschen vermisst, ebenso wie mir im Beitrag von Herrn Okun die Sachlichkeit ein bisschen zu kurz gekommen ist.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Wenn er hier wäre, könnte ich Herrn Schües das Wort erteilen, denn es war die Handelskammer, die in dieser Stadt zuerst die Idee hatte, sich für die Olympischen Spiele zu bewerben. Damals hat der jetzige Erste Bürgermeister gesagt, es wäre besser, wenn man Leipzig die Chance für diese Spiele geben würde, was auch etwas für sich hat.

(Dr. Michael Freytag CDU: Runde wollte doch die Bundesgartenschau!)

– Selbstverständlich nicht die Bundesgartenschau, Herr Freytag, sondern die IGA, darum geht es auch.

Die damalige rotgrüne Koalition hat dann sehr schnell diese Idee aufgenommen und ein Konzept vorgelegt, auf dem immer noch das jetzige Konzept fußt.

Den positiven Bezug finden wir zum Glück bei allen Fraktionen im Hause und wir müssen ihn in die Stadt hineintragen. Wir sollten aber trotzdem darüber nachdenken, welches die ungeklärten Fragen und die kritischen Punkte bei dieser Olympia-Bewerbung sind. Die Verkehrslösung ist auch von den Kollegen der SPD angesprochen worden. 1,5 Millionen zusätzliche Gäste wird der HVV zu befördern haben. Das ist jetzt schon die Tagesleistung; die wird sich verdoppeln. Das geht auf keinen Fall mit Bussen. Da bleibt der Senat bisher noch eine Antwort schuldig.

Die CDU hat mich freundlicherweise schon darauf hingewiesen, wir brauchen für diese Spiele eine ökologische Qualität. Wir müssen ökologisch besser sein als Sydney, damit wir dieses olympische Konzept für Hamburg auch nachhaltig befördern und begrüßen können.

Die Frage der Nachnutzung ist noch offen. Es wird noch sehr viele Diskussionen darüber geben, was mit den großen Stadien passiert, wenn sie nicht mehr gebraucht werden. Hier fehlt noch das strukturelle und das stadtentwicklungsrechtliche Konzept.

Laut nachdenken möchte ich über die Möglichkeit der geringen Chance einer Verzögerung der Bewerbung be-

(Antje Möller GAL)

- A ziehungsweise des Erfolges der Bewerbung oder möglicherweise auch des Scheiterns der Bewerbung. Wir haben im Moment große Bedenken in Bezug auf die Entwicklung der HafenCity. Die direkte Verknüpfung des städtebaulichen Konzepts für ein olympisches Dorf und anderer Einrichtungen an die Entwicklung der HafenCity halten wir für noch nicht zu Ende gedacht. Hier muss dringend konzeptionell nachgebessert werden. Das Gleiche gilt selbstverständlich für die Anbindung an Wilhelmsburg, an den südlichen Elberaum. Hier darf es auf keinen Fall zu einer Verzögerung der notwendigen Strukturverbesserungen kommen, die dringend notwendig sind. Wir können das nicht auf die lange Bank schieben. Hierzu fehlen mir noch die Äußerungen des Senats. Dazu haben sich die Kollegen aus dem Parlament noch nicht geäußert.

Das Verhältnis dieses Großprojekts, Bewerbung um die Olympiade in Hamburg, zu den anderen diversen Großprojekten, auf die sich gerne bezogen wird – auch von der CDU, aber natürlich auch von der Mehrheit des Hauses –, scheint mir ungeklärt. Hier wird viel investiert, hier ist bisher eine geringe Sicherheit, inwieweit es zu einem Rückfluss von Mitteln in den Haushalt kommt. Wir haben zu diesem Thema noch viel sachlich, fachlich und inhaltlich zu besprechen und zu diskutieren. Das ändert nichts daran, dass natürlich auch die GAL-Fraktion Feuer und Flamme für die olympische Idee ist. – Danke.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Herr Senator Lange.

- B **Senator Rudolf Lange:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Lassen Sie mich zunächst sagen, dass ich mich als der für Sport zuständige Senator sehr über diesen breiten Konsens freue, den ich hier zu dem Thema Olympia 2012 feststellen konnte. Das ändert nichts daran, dass in Einzelaspekten manchmal noch unterschiedliche Auffassungen bestehen.

Die Bewerbung Hamburgs, die Olympischen Spiele hierher zu bringen, setzt auch für die Stadt insgesamt ein unübersehbares Zeichen für unsere Weltoffenheit. Dass Hamburg der Austragungsort sein will, lässt sich sehr deutlich daran erkennen, mit welch großem Engagement sich viele Personen schon für Olympia 2012 einsetzen. Es sind fast alle namhaften Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Kultur und Sport und eine breite Öffentlichkeit, die bereits jetzt diese Idee unterstützen. Das sind alles Dinge, von denen man vor wenigen Monaten noch nicht zu träumen wagte.

Ich freue mich besonders, dass auch in dem Beirat sowohl die Präsidentin als auch alle Fraktionen sehr engagiert mitarbeiten. Mit dem früheren Bürgermeister Henning Voscherau haben wir einen prägnanten Sonderbotschafter Olympia 2012 gewinnen können. Auch an dem schon angesprochenen Wettbewerb der Agenturen, in dem sich verschiedene Agenturen, die sonst in Konkurrenz zueinander stehen, zusammengetan haben, um diese Idee voranzubringen, kann man sehen, dass hier ungewöhnlich und über die üblichen Grenzen hinaus gehandelt wurde. Dass von Ihnen, Frau Möller, nun auch das Motto der ausgewählten Agenturen, nämlich „Feuer und Flamme für Olympia 2012“, aufgegriffen wird, ist sehr erfreulich.

Auch in den Behörden gibt es eine Zusammenarbeit, wie sie nicht nur nach meiner Kenntnis, sondern auch aus Kenntnis derjenigen, die hier schon etwas länger tätig sind, noch nie da gewesen ist.

Die Idee der City-Games ist natürlich der entscheidende Vorteil, den wir aufzuweisen haben, dass wir, wie auch schon gesagt wurde, die Spiele und die wesentlichen Veranstaltungen sehr konzentriert in einem Radius von zehn Kilometern abwickeln können. Auch die Nachhaltigkeit ist sehr wohl mitüberlegt worden, besonders was die Unterbringung der vielen Gäste anbetrifft. Ich bin ziemlich sicher, dass wir auch die Transportprobleme – Stichwort HafenCity und Anbindung an den Nahverkehr – lösen werden.

C

Der Planungsstand – das ist hier angesprochen worden – ist so, dass wir morgen in der Senatskommission Stadtentwicklung eine erste Beratung der vorhandenen Konzepte vornehmen werden und dass wir am 25. April eine weitere Befassung und am 7. Mai eine Senatsbefassung haben werden. Auf diesem Weg dahin und vor allen Dingen nach dieser abschließenden Senatsbefassung werden wir die Bürgerschaft informieren, damit wir möglichst alle hinter der Bewerbung stehen, die dann am 15. Mai abgegeben wird.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Herr Müller-Sönksen.

Burkhardt Müller-Sönksen FDP: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Liberalen haben dieses Thema unter anderem auch deswegen heute als erstes auf die Tagesordnung gesetzt, um insbesondere der Opposition einmal Gelegenheit zu geben, wieder auf den Grundkonsens der Demokraten zurückzukommen.

(Lachen bei der SPD und der GAL – Krista Sager GAL: Bleib auf dem Teppich!) D

Wir arbeiten hier gemeinsam für alle Hamburger Bürger; lassen Sie uns bei dieser Sachlichkeit bleiben.

(Lachen bei der SPD und der GAL)

Als Demokraten sollten wir vor allem den politischen Mitbewerbern persönlich Achtung zeigen und allenfalls heftig und leidenschaftlich um die bessere Politik streiten.

(Dr. Andrea Hilgers SPD: Was hat das mit dem Thema zu tun?)

– Das war eigentlich ein Lob, ich weiß gar nicht, warum Sie sich aufregen.

(Krista Sager GAL: Das war eine perfide Beleidigung!)

Im Sommer 2012 soll die Olympiade nach Hamburg kommen. Unsere Stadt hat diese Spiele verdient, Hamburg ist gut für Olympia. Wir wollen als Bürgerschaft zusammen mit den Bürgern zeigen, dass wir für Olympia Feuer und Flamme sind.

Wir Liberalen schlagen Ihnen heute vor, im Frühjahr an allen Kindergärten, seien es private, kirchliche oder städtische, und an den Grundschulen einen Vormittag lang eine Kinderolympiade in ganz Hamburg zu veranstalten.

(Werner Dobritz SPD: Die Elternbeiträge wolltet ihr senken!)

Wir fördern damit das olympische Bewusstsein und den olympischen Gedanken. Mit fünf olympischen Kinderdisziplinen werden wir nicht nur die Kinder in Hamburg erreichen, sondern über sie auch die Eltern und mit den Eltern

(Burkhardt Müller-Sönksen FDP)

A auch die Großeltern und insgesamt alle Hamburger. Wichtig ist für uns dabei der olympische Gedanke: „Dabei sein ist alles.“

(Dr. Andrea Hilgers SPD: Für die FDP auch!)

Wir haben gerade Olympia in Salt Lake City und der dortige Gedanke „celebrate humanity“, „feiern wir die Menschlichkeit“, ist ein Gedanke, der auch unseren Kindern in Hamburg in den Kindergärten und Schulen zur Förderung von Olympia vermittelt werden sollte. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Herr Schmidt für maximal fünf Minuten.

Jürgen Schmidt SPD: Frau Präsidentin, es wird wesentlich kürzer sein, nur zwei Bemerkungen.

Erste Bemerkung: Ich finde das, was Herr Okun dem alten rotgrünen Senat vorgeworfen hat, in der Tat völlig daneben. Und wenn Sie, Herr Müller-Sönksen, vorhin in Ihrem Beitrag darauf hingewiesen haben, man sollte sachlich bleiben, dann geht das genau in die Richtung des Herrn Okun. Frau Möller hat darauf hingewiesen, dass der Bürgermeister dieser Stadt sich zunächst auch sehr zögerlich dieser Bewerbung genähert hat. Und nun so zu tun, als wäre die CDU von Anfang an dabei gewesen, finde ich nicht in Ordnung. Eine solche Polemik, wie wir sie hier gehört haben, darf einfach nicht sein, wenn wir dieses gemeinsame Ziel weiterverfolgen wollen.

(Beifall bei der SPD)

B Zweite Bemerkung: Herr Senator, ich hatte gehofft, dass Sie ein klein wenig mehr auf die Beteiligung des Parlaments eingehen, denn Sie haben bei Ihrer Darstellung möglicherweise einen Punkt nicht deutlich genug hervorgehoben. Wenn der Senat sich am 7. Mai damit befasst hat, dann wird diese Bewerbung an das NOK herangetragen, und was sollen wir als Parlament dann noch großartig an weiteren Veränderungen vornehmen? Wir können gar keine anderen Überlegungen mehr anstellen. Deswegen auch die herzliche Bitte meiner Fraktion, einen Weg zu finden, die Informationen gegenüber diesem Hause ein klein wenig deutlicher und intensiver vorzunehmen, als dies bisher der Fall war, damit wir gemeinsam das Ziel erreichen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Meine Damen und Herren! Gibt es weitere Wortmeldungen zu diesem ersten Thema der Aktuellen Stunde? – Die sehe ich nicht.

Dann rufe ich die nächsten beiden Themen auf: Von der SPD-Fraktion

Politik ohne Frauen und gegen Frauen – Mit dem Senat zurück in die fünfziger Jahre

zusammen mit dem von der GAL angemeldeten Thema

Finanzieller Kahlschlag: Senat beendet aktive Politik für Frauen und Mädchen

Wer wünscht das Wort? – Frau Mandel hat das Wort.

Doris Mandel SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Dieser Senat hat ein Problem mit Frauen.

(Lachen bei der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

C

Dies wird nicht nur dadurch deutlich, dass Herr von Beust es nur überaus mühsam geschafft hat, Frau Schnieber-Jastram eine zweite Senatorin an die Seite zu stellen, damit sie sich nicht so einsam in der Herrenriege fühlt. Schließlich kann sich unser Bürgermeister keine Frauen schnitzen, wie er in einem Interview bedauernd zugaben musste. Das Frauenquorum der Bundes-CDU von 30 Prozent wollen wir hier gar nicht erwähnen. Da es die Hamburger CDU leider nicht zugelassen hat, dass ihre kompetenten Frauen ihrem Anteil entsprechend in der Bürgerschaft vertreten sind, ist dieser Mangel kein Zufall.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Die Hamburger CDU pflegt ein völlig antiquiertes Frauenbild. Herr Fischer hatte neulich eine interessante Erklärung dafür, weshalb so wenig Frauen in der Zeit von 17 bis 22 Uhr Politik machen können. In dieser Zeit müssten sie sich schließlich um die Kinder kümmern und den Haushalt erledigen. Und in traditioneller Weise haben selbstverständlich auch Frauen ein schlechtes Gewissen, wenn sie abends nicht zu Hause sind, meint Herr Fischer. Diese Probleme haben offensichtlich die männlichen CDU-Kollegen nicht; das passt auch ins Bild.

In dieses altbackene Frauenbild dieses Senats – das gilt übrigens auch für die FDP und die PRO – passen die Hamburger Frauenberatungsstellen und -projekte nun wirklich nicht hinein. Feministische Mädchen- und Frauenarbeit wird wohl erst recht als Teufelswerk angesehen. Also werden die Projekte so zusammengestrichen, dass einige in ihrer Existenz bedroht sind. Es ist ungeheuer passend, dass die Kürzungen auch noch von einer Frau exekutiert werden. Eine Frau Schnieber-Jastram beweist mit ihren Kürzungen, dass sie genauso rabiat zusammenstreichen kann, wie es nur irgendein männlicher anderer CDU-Senator auch tun könnte.

(Beifall bei der SPD)

D

Bei den Kürzungen ist ein klarer Trend zu beobachten. Es trifft vor allem Beratungsstellen, die sexuell missbrauchte Kinder und in der Kindheit missbrauchte Erwachsene beraten und betreuen. Es trifft die Frauenhäuser, in denen Frauen zum größten Teil mit ihren Kindern Zuflucht suchen, es trifft – fast schon logisch – das Kinderschutzzentrum in der Emilienstraße, es trifft die Beratungsstellen, die zum Beispiel Trennungsberatung machen, und es trifft Einrichtungen, die berufliche Qualifizierungsmaßnahmen für Berufsrückkehrerinnen und Maßnahmen zur politischen Bildung durchführen, es trifft die Opferhilfe und es trifft Amnesty for Women.

Sie kürzen in Bereichen, die besonders sensibel sind, und legen die Axt mit Folgen an, die zurzeit überhaupt noch nicht zu übersehen sind. Es geht Ihnen auch offensichtlich nicht darum, Stellen einzusparen, um die Sparquote einzuhalten, wie Frau Schnieber-Jastram bestimmt gleich sagen wird. Es geht Ihnen vielmehr darum, auf längere Sicht die kleinen genannten Einrichtungen zu schließen, denn diese kleinen Träger sind diejenigen, die für Frauen da sind, die aus den verschiedensten Gründen Hilfe brauchen, weil sie in dieses traditionelle Frauenbild der CDU nun mal nicht passen, weil sie vielleicht alleinerziehend sind und deswegen Hilfe brauchen oder weil sie arbeitslos sind oder in den Beruf zurückwollen.

Eine Frau, die sich politisch weiterbildet oder gar in den Beruf zurückwill, hat nach dem Weltbild der CDU offenbar

(Doris Mandel SPD)

- A vor, ihre Familie vernachlässigen zu wollen. Warum soll man für solche Rabenmütter auch noch Beratungsstellen finanzieren,

(Beifall bei der SPD)

die diese Frauen in diesem frevelhaften Tun auch noch unterstützen? Dieser Senat vollführt die Rolle rückwärts in die muffigen Fünfzigerjahre.

Selbst die Bundes-CDU ist weiter als der Hamburger Senat und hat das Leitbild der Frauen und Familienmutter fast vollständig aufgegeben. Die meisten jungen Leute wollen nicht vor die Alternative Erwerbstätigkeit oder Familie gestellt werden. Kinder und Karriere dürfen kein Widerspruch sein, heißt es in dem letzten Grundsatzpapier der CDU zur Familienpolitik. Vielleicht können Sie sich das Papier einmal besorgen und Ihre Erkenntnisse etwas modernisieren.

Frau Schnieber-Jastram hat angekündigt, schwerpunktmäßig nur Projekte für Mütter fördern zu wollen. Die Ironie bei allen Kürzungen liegt darin, dass der überwiegende Teil der Frauen, der diese Beratungsstellen aufsucht, Mütter sind. Nichtsdestotrotz ist es zu kurz gegriffen, wenn man versucht, Frauen auf den Aspekt von Muttersein zu reduzieren; das funktioniert doch schon lange nicht mehr.

Die Hamburgerinnen stehen auf gegen Ihre Streichorgie und lassen sich nicht auseinanderdividieren in Mütter auf der einen Seite und Nichtmütter auf der anderen Seite.

Die Hamburger Frauenprojekte haben heute eine Pressekonferenz abgehalten und namhafte Frauen haben in einem Protestbrief an den Bürgermeister ihren Unmut – übrigens auch Heidi Kabel – zum Ausdruck gebracht. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat jetzt Frau Koop.

(Burkhardt Müller-Sönksen FDP: Jetzt bitte Heidi Kabel zitieren!)

Karen Koop CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Liebe Frau Mandel, dadurch, dass man immer wieder das angebliche Frauenbild der CDU wiederholt, wird es nicht wahrer.

Natürlich ist der Aufschrei groß und die Empörung ...

(Barbara Duden SPD: ... berechtigt! – Beifall bei der SPD und der GAL)

Auf meinem Schreibtisch häufen sich Briefe, die mir schwer fallen, sie zu beantworten; das ist richtig. Ich versuche, mich in die Lage zu versetzen, wie es wäre, wenn mir ein großer Teil meines Einkommens verloren ginge, wie das für meine Pläne in der Zukunft und für meine laufenden Kosten aussähe. Still hinnehmen würde ich das auch nicht. Mir würden sicherlich hundertein Gründe einfallen, warum ausgerechnet mein kleiner pädagogischer Beitrag vor Ort so unendlich wichtig ist, dass er erhalten werden muss.

Aber all das erspart mir nicht die pragmatische Erkenntnis, dass ich aus einem halbvollen Topf nicht das volle Pfund schöpfen kann. Und in dem Haushaltstopf, den Sie uns hinterlassen haben, ist eklatant weniger drin, als wir ange nommen haben.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP – Unmutsäußerungen bei der SPD und der GAL)

C

Es wird auch in der nächsten Zeit nicht mehr hineinkommen, wenn wir uns die Steuerschätzung ansehen.

(Dr. Andrea Hilgers SPD: Aber den Polizeitourismus fördern!)

Für uns ist nun einmal eine Binsenweisheit, dass ich Geld, das ich nicht habe, auch nicht ausgeben kann.

(Petra Brinkmann SPD: Das war schon letztes Jahr so!)

Wenn wir die Standards erhalten wollen, dann können wir es so machen wie Sie, nämlich mehr Schulden machen, aber das wollen wir nicht.

(Dr. Willfried Maier GAL: Das machen Sie doch!)

Sie mögen es für unsozial halten, wenn erwartete Leistungen nicht ausgezahlt werden können. Wir halten es für wesentlich unsozialer und verantwortungsloser, Gelder aufzunehmen und damit die nächsten Generationen noch weiter zu belasten.

Es muss in allen Bereichen gespart werden, das wissen Sie, und der Bürgersenat hat andere Prioritäten in der Sozialpolitik gesetzt.

(Petra Brinkmann SPD: Das ist so!)

Das ist unser Recht und wir legen auch Wert darauf, dass das akzeptiert wird.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

D

Die Familien- und Jugendarbeit soll in Zukunft verstärkt werden. Die Frauenpolitik soll zurückgefahren werden, das kann man bedauern.

(Dr. Andrea Hilgers SPD: Muss man!)

– Lassen Sie mich doch einmal ausreden.

(Anja Hajduk GAL: Das muss man aber nicht machen, Frau Koop!)

Wer in der Frauenpolitik sozialisiert worden ist, muss das auch bedauern. Aber gerade Sie von den Grünen sollten wissen, dass man sich in Koalitionen von manchen Illusionen, die man in der Opposition hatte, verabschieden muss. Das wissen nicht alle von Ihnen und sie stehen auch nicht mehr dazu, dass sie ihre Ideale längst verraten haben.

Eine Regierung muss ihre Taten auch finanzieren können. Das brauche ich der SPD nicht zu sagen, denn Sie haben Ihren Koalitionspartner auch schön kurz gehalten.

(Barbara Duden SPD: Werden Sie kurz gehalten?)

Diese neue Blickrichtung, die unsere Koalition hat, birgt auch neue Chancen,

(Barbara Duden SPD: Ich hätte an Ihrer Stelle diese Rede nicht gehalten!)

nämlich die Chancen, grundsätzliche Fehlentwicklungen in der Gesellschaft schon vor ihrer Entstehung zu Hause aufzufangen. Die Sozialisation von Jungen ist eine Koop'sche Gebetsmühle; vielleicht erinnern Sie sich daran.

Dass wir ein anderes Frauenbild haben, ist schon richtig, aber nicht das, das Sie hier vorgeführt haben. Wir haben

(Karen Koop CDU)

A ein zeitgemäßes Frauenbild und daran hat es bei Ihnen gehapert.

(Uwe Grund SPD: Das glauben Sie doch selber nicht!)

Für uns sind die Frauen selbstbewusste, selbstbestimmte Frauen, die nicht in ihrer Opferrolle verharren und die ich betreuen muss.

(Beifall bei der CDU)

Wenn hier immer vom Mythos der erfolgreichen Frauenpolitik gesprochen wird, so frage ich mich, was denn in den letzten 20 Jahren unter dem Strich herausgekommen ist.

(Barbara Duden SPD: Die Frauen sind immer intelligenter geworden!)

Vor 20 Jahren ist ein Papier tiger geboren worden, das war das Senatsamt für die Gleichstellung. Sie hatten die Gelegenheit, Frau Sager, daraus etwas zu machen.

(Krista Sager GAL: Haben wir auch!)

– Sie haben es nicht gemacht.

Was kann denn das Gleichstellungamt bewirken? Gar nichts. Sie können den Finger heben, sie können Gutachten schreiben, sie können Veranstaltungen machen, aber sich wirklich einmischen zum Wohle der Frauen können sie nicht.

(Beifall bei der CDU)

Sie hätten in Riesenschritten vorangehen können. Sie haben sich für die Quantensprünge entschieden. Vielleicht wissen Sie nach vier Jahren als Wissenschaftssenatorin, welche Größenordnung das ist.

B (Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP – Anja Hajduk GAL: Sie müssen doch nicht fünf Schritte zurückgehen!)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat jetzt Herr Stephan Müller.

Stephan Müller Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Als erstes möchte ich betonen, dass der Regierungskoalition die Kürzungen im Bereich der Frauen- und Mädchenpolitik nicht leicht fiele. Aber ich muss mich Frau Koop anschließen: Die Kürzungen sind auch ein Erbe der desaströsen Haushaltsführung der GAL und SPD.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP – Lachen bei der SPD und der GAL)

Mit einem finanziellen Kahlschlag können die vorgesehnen Kürzungen allerdings nicht pauschaliert werden. In Hamburg gibt es derzeit circa 60 Beratungsstellen, die ausschließlich für Frauen offen sind, und 250 weitere Beratungsstellen für Fragen der Arbeitslosigkeit, Erziehungs schwierigkeit und Gewaltproblematik. Der Koalitionsvertrag sieht eine neue Akzentuierung mit der Schwerpunkt setzung auf die Familienförderung vor.

(Erhard Pumm SPD: Wo denn?)

Indem wir Zugang zu Erziehungsberatungsstellen für Familien erweitern und ausbauen, fördern wir gleichzeitig Mütter, die selbstverständlich im Familienleben eine zentrale Rolle spielen und auch Frauen sind.

(Dr. Andrea Hilgers SPD: Väter nicht?)

Im Bildungsbereich sind ebenfalls Etataufstockungen angesetzt worden, die unter anderem der Förderung von Mädchenprojekten durchaus zugute kommen.

Die Aufstockung des Etats im Bereich der Inneren Sicherheit dient auch einer aktiven Frauenpolitik; Sie werden es nicht glauben.

(Lachen bei der SPD und der GAL)

Eine vermehrte Prävention von Kriminalität gegen Frauen und Mädchen zeigen zusätzlich unsere Bemühungen, das weibliche Geschlecht zu schützen.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP – Lachen bei der GAL)

Außerdem – das wird Sie sicherlich besonders freuen, Frau Sager – plant die Polizei eine verstärkte Bekämpfung der Gewalt gegen Schwule und Lesben.

Natürlich haben Frauen und Mädchen spezielle Probleme. Deshalb müssen wir ihnen durch differenzierte Maßnahmen besondere Hilfe zuteil werden lassen.

Den Trägerschaften bieten wir eine konstruktive Mitarbeit an und unterstützen sie auch weiterhin in notwendigen Dingen.

Unser Ziel ist nicht eine Beendigung der Frauenpolitik, sondern eine verstärkte Prioritätssetzung und Regulierung. Verschiedene Trägerprojekte erhalten seit Jahren Zuwendungen. Dabei wurde die Qualitätssicherung mehr und mehr aus dem Auge verloren. Ich weiß, dass sich Erfolgsbilanzen in den einzelnen Projekten nur schwer eruieren lassen. Aber gerade deshalb ist es wichtig, die Träger auf ihre Inanspruchnahme, Qualität und damit verbundene Effizienz zu prüfen.

(Dr. Andrea Hilgers SPD: Haben Sie das vorher gemacht?)

Wir wollen nicht, wie die GAL-Fraktion, der in den letzten Jahren eine wesentliche Betreuung derartiger Projekte ob lag, nach dem Gießkannenprinzip Gelder verteilen und darauf vertrauen, dass die Träger sie sinngemäß einsetzen.

(Uwe Grund SPD: Nein, Sie haken ab!)

Es bietet sich an, darüber nachzudenken, ob sich durch zusätzliche Prüfung der Träger eventuell Möglichkeiten ergeben, ähnliche Projekte in sich verschmelzen zu lassen, um dort Synergieeffekte zu schaffen,

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

und das möglicherweise bei einer gleichbleibenden oder geringeren Finanzierung. Natürlich steht und fällt ein Projekt auch mit der Budgetierung, dennoch darf der Träger seine Arbeitsqualität nicht von den Zuwendungen abhängig machen.

Wir stehen in großer Verantwortung, mit den zur Verfügung stehenden Mitteln die Trägerprojekte sich nicht selbst zu überlassen, sondern qualitativ zu prüfen und bei Bedarf quantitativ zu fördern. In erster Linie sollte die Hilfe zur Selbsthilfe in jedem Bereich stringent umgesetzt werden. Das bedeutet, jede Hilfe hat einen Anfang, ein Ziel, aber auch ein Ende.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP – Uwe Grund SPD: Und Sie fangen mit dem Ende an!)

C

D

(Stephan Müller Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

- A Meine Damen und Herren! Eines möchte ich an dieser Stelle verdeutlichen. Wir wollen eine Politik mit Frauen und für Frauen.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Was Ihre Überschrift „Politik ohne Frauen“ angeht, möchte ich anmerken, dass es nicht in unserem Ermessen liegt, Frauen in die Politik zu drängen. Wir können sie höchstens weitergehend ermuntern, sich politisch zu engagieren.

(Krista Sager GAL: Vielleicht sind Sie nicht attraktiv genug für Frauen!)

In Anbetracht der gesellschaftlichen Veränderungen hat die von Ihnen genannte Zeitreise in die Fünfzigerjahre einen unangemessenen Charakter und ist unhistorisch.

Meine Damen und Herren der SPD, bei der Bürgerschaftswahl 2001 hatten Sie – dazu beglückwünsche ich Sie noch nachträglich – eine nullkommaachtprozentige Steigerung des Frauenwähleranteils zu verbuchen – toll. Vielleicht ist die Steigerung von 0,8 Prozent für Sie ein Triumph, aber für mich ist es kein Indiz für eine überzeugende Frauenpolitik. Die von Ihnen so oft als fraueneindlich gescholtene CDU hatte mit 57 Prozent den höchsten Frauenwähleranteil aller an der letzten Bürgerschaftswahl angetretenen Parteien; da kommen Sie nicht hinterher.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat jetzt Frau Dr. Lappe.

B

Dr. Verena Lappe GAL: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Wenn ich als Rednerin so spät an der Reihe bin, habe ich immer das Problem, alles wieder umwerfen zu müssen, was ich geplant hatte.

(Uwe Grund SPD: Schicksal!)

– Das ist Schicksal.

Zuerst möchte ich etwas zu Frau Koop sagen. Ich möchte Sie an eine Veranstaltung des Landesfrauenrats „Hammernas Töchter fragen“ im letzten Jahr erinnern. Da wurden Sie gefragt, was denn wohl die Konsequenzen wären, wenn die CDU regieren würde. Und Sie haben damals gesagt, die Angebote in Hamburg seien das Mindeste, was Sie erhalten wollten. Davon bleibt derzeit nicht mehr viel übrig, wenn ich das richtig sehe.

Um nun einer Legendenbildung entgegenzuwirken: Mit dem Haushalt verhält es sich meines Wissens nach so, dass die vorgenommenen Kürzungen bei den Frauenprojekten Umschichtungen sind, um andere politische Schwerpunktsetzungen der neuen Regierungsfraktionen, wie Polizei, Justiz und Verkehr, zu finanzieren, und nicht der Konsolidierung und der Sicherung des Haushalts dienen.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Nun möchte ich zum Frauenbild Ihren Koalitionsvertrag zitieren:

„Die Familie ist die wichtigste soziale Einheit innerhalb der Gesellschaft. Sie zu schützen und zu fördern, ist eine besondere Aufgabe des Staates.“

Und weiter:

„Die Arbeitsbedingungen für Frauen im Beruf werden durch die Förderung von qualifizierten Teilzeitstellen, Teilzeitarbeitsplätzen und flexiblen Kinderbetreuungsangeboten verbessert.“

(Rolf Harlinghausen CDU: Wenn Sie weiterlesen, wird es eine richtig gute Rede!)

Wo sind diese Verbesserungen, wo sind die Teilzeitarbeitsplätze, wo sind die Kindertagesbetreuungsplätze? Die sind auch zugunsten von anderen Prioritätensetzungen verschwunden. Was bedeutet so eine Beschreibung anderer, als es Frau Mandel vorhin schon dargestellt hat, dass Frauen sich wieder auf die Erziehungsarbeit konzentrieren und bestenfalls noch einer Teilzeitarbeit nachgehen sollen. Männer sind aus der Verantwortung für die Erziehungsarbeit, für die Reproduktionsarbeit heraus. Das hängt an den Frauen. Hier haben wir einen echten Wertewandel im Vergleich zu vorher, wo die Politik auf Selbstverwirklichung von Frauen und das Verteilen der Haus- und Erziehungsarbeit auf beide Geschlechter orientiert war.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Putzigerweise ist in Ihrem Koalitionsvertrag auch noch drin, dass Wissenschaftlerinnen offenbar eine besondere Spezies sind, denn die sollen weiterhin in Spitzenpositionen gefördert werden.

(Dr. Andrea Hilgers SPD: So'n paar halt!)

– Ja, so'n paar halt.

Ich fand dies jedenfalls eine bemerkenswerte Inkonsistenz in der Argumentation.

Zum Haushalt habe ich schon gesagt, dass ich die Umschichtungen als eine eindeutige Prioritätenveränderung ansehe, die wir nicht mittragen. Wir wollen nicht, dass Einrichtungen wie die BIFFs in Altona, Harburg, Eimsbüttel, Winterhude, die Frauenberatungsstelle in der Kattunbleiche, die Dollen Deerns, Allerleirauh, Zornrot, Zündfunke, der Deutsche Kinderschutzbund, der Verband binationaler Familien und Partnerschaften, Amnesty for Women, das JungLesbenZentrum, die Frauenhäuser, das Frauenbildungszentrum – das ist eine ganze Reihe und vermutlich werden es noch mehr – geopfert werden für eine verstärkte Sicherheitspolitik. Herr Müller hat gesagt, davon profitieren auch Frauen. Zeigen Sie mir einmal, wie das funktionieren und ablaufen soll! Bis jetzt habe ich noch nicht gesehen, dass aus diesen Mitteln irgendeine Präventionsleistung im Zusammenhang mit der Vermeidung von Gewalt gegen Frauen finanziert werden soll.

Das ist noch nicht alles, uns stehen für 2003 noch weitere Kürzungen und Veränderungen ins Haus. Ich kann das nicht anders als einen absoluten finanziellen Kahlschlag bei der Frauenpolitik bezeichnen, den ich für gefährlich halte und auf gar keinen Fall mittragen werde.

Ich appelliere dringend an die Regierungsfraktionen, ihre geplanten Kürzungen im Interesse der Frauen und Mädchen Hamburgs zu überdenken, sich den tatsächlichen Lebensrealitäten von Frauen, Mädchen und auch Männern in Hamburg zu stellen, die keine klassischen traditionellen Familien sind, sondern oftmals Alleinerziehende. Schauen Sie sich die Scheidungsquoten an; es wäre wichtig, hier auf die Realität zu gucken.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Sie sollten verhindern, dass wir einen Rückschritt in die Fünfzigerjahre machen. Da hatten wir eine ähnliche Ideo-

C

D

(Dr. Verena Lappe GAL)

A logie. Ich nenne es ideologisch, weil es damals wie heute an der Realität von Frauen vorbeiging.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Herr Woestmeyer.

(Wolf-Dieter Scheurell SPD: Noch eine Frau!)

Martin Woestmeyer FDP: Herr Scheurell, auf Ihre Zwischenrufe ist immer Verlass, von wegen noch eine Frau. Das Weltbild, das dahinter steckt, dass nur Frauen zu frauenpolitischen Themen reden dürfen, ist ein Teil des Problems.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Selbst wenn das Verhältnis von Frauen zu Männern in unserer Fraktion ein umgekehrtes wäre, dann würde ich mir trotzdem das Recht herausnehmen, hier auch zu frauenpolitischen Themen zu sprechen.

(Dr. Andrea Hilgers SPD: Ist okay!)

Dies ist Teil der Lösung und führt uns auch ein bisschen weg von – ich nenne es einmal so – diesem selbsterhaltenden System von Frauenpolitik. Sie stellen sich hierhin, geben dem zweiten Thema der Aktuellen Stunde von der SPD einen Titel, mit dem Sie Weltbilder und Frauenbilder auf andere Fraktionen und den Senat projizieren, die so überhaupt nicht richtig und haltbar sind, und lenken damit davon ab, dass das fünfte Thema ein Thema ist, das in der Sache deutlich anders zu bewerten ist und wo es sicherlich sinnvoll ist, sich gemeinsam der Kritik auszusetzen und zu stellen. Das eine hat aber nichts mit dem anderen zu tun.

(Uwe Grund SPD: Sagen Sie mal was zur Sache!)

– Herr Grund, ich sage Ihnen gerne etwas zur Sache. Ich will Ihnen nur sagen, dass Ihr erster Ausflug in die Sachpolitik noch auf sich warten lässt.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Ich hätte Sie nach den Ausflügen der letzten Woche jetzt schon gerne an dieser Stelle, in der Aktuellen Stunde, dazu beglückwünscht. Was die Grünen aber dort an fünfter Stelle angemeldet haben, ist etwas,

(Vizepräsident Berndt Röder übernimmt den Vorsitz.)

was wir, wie ich glaube, in der Sache besser diskutieren können, als hier mit den vermeintlichen Frauenbildern anderer Parteien zu arbeiten. Das ist das, was Frau Schnieber-Jastram in ihrem Sozialhaushalt macht und was wir als Koalition auch unseren Wählerinnen und Wählern versprochen haben.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive – Dr. Andrea Hilgers SPD: Ach sol)

Wir haben ganz klar gesagt, dass wir uns jede Ausgabe, jeden Euro, der in dieser Stadt ausgegeben wird, zwei-, drei-, vier- oder zehnmal angucken müssen, ob er richtig ausgegeben wird. Das sind wir den Leuten schuldig. Ich denke, dass auch dieser Regierungswechsel die nötige Zäsur dafür bietet, das zu tun. Frau Schnieber-Jastram hat das im Sozialbereich vorgemacht und damit gezeigt, dass

dabei andere Schwerpunktsetzungen herauskommen können, als Sie sie vielleicht gesetzt hätten.

(Rolf Harlinghausen CDU: Sehr richtig!)

Das ist auch durchaus legitim, aber Sie wären diejenigen, die dann durchaus zur selben Zeit an derselben Stelle, vielleicht auch in einer Aktuellen Stunde, uns daran gemahnen würden, wenn wir andere Dinge, für die wir mit unserem Wort und unserem Koalitionsvertrag einstehen, nicht umgesetzt hätten, weil das Geld dafür fehlt. Es ist gerade im Zuwendungsbereich wichtig, wo man ein bisschen politischen Handlungsspielraum hat, zu gucken, welche Zuwendungen sinnvoll sind und welche nicht.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive – Dr. Andrea Hilgers SPD: Das haben Sie nicht getan!)

Wenn Sie sich die Einsparungen genau angucken, sehen Sie, dass sie ein differenziertes Bild bieten. Im Bereich der Frauenprojekte gilt das, was ich gerade gesagt habe. Ich denke, Frau Schnieber-Jastram wird auch noch einmal erläutern, dass bei diesem Zuwendungsvolumen tatsächlich der Punkt erreicht ist, an dem man sich einer Aufgabenkritik stellen muss.

Das heißt im Übrigen nicht, dass diejenigen, die in diesen Projekten gearbeitet hätten, in irgendeiner Weise schlecht gearbeitet hätten. Es ist eine Frage der Schwerpunktsetzung. In anderen Bereichen, beispielsweise bei den Beratungsangeboten im Bereich sexueller Missbrauch von Frauen und Mädchen, sieht man, dass die Einsparungen so gehalten sind, dass sie jeweils von den Geförderten in der Weise ausgeglichen werden können, dass sie durch Synergieeffekte mehr oder weniger aufgehoben werden.

Das Gleiche gilt für die Förderung der feministischen Mädchenarbeit. Auch da gibt es inzwischen viele geschlechtsspezifische Ansätze in einer Großzahl von Einrichtungen der offenen Jugendarbeit, die in dieselbe Richtung gehen und es ermöglichen, dort ebenfalls Synergieeffekte und Einsparungspotenzial aufzuzeigen. Im Übrigen hat dieser Bereich auch gezeigt, dass im Sinne des Gender-Mainstreaming möglicherweise ein Schwerpunkt auf die Jungearbeit gelegt werden sollte, weil sich in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten frauenpolitisch sicher viel bewegt hat, was richtig ist. Wer sich aber auch bewegen muss, sind die Männer; das sage ich auch den Kollegen in meiner Fraktion. Es muss sich auch Ihr Verhältnis zu den Männern, die hier reden, ändern und nicht durch Zwischenrufe wie „jetzt schon wieder eine Frau“ torpediert werden. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt Senatorin Schnieber-Jastram.

Senatorin Birgit Schnieber-Jastram: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich glaube, es ist ganz gut, wenn wir mal wieder ein Stück zur Sache kommen. Denn die Anmeldungen der Opposition für diese Aktuelle Stunde zeigen doch sehr deutlich, welche Strategie hier verfolgt wird. Dabei ist es für Sie völlig legitim – dafür habe ich auch als langjährige Oppositionspolitikerin großes Verständnis –, die Regierung zu kritisieren. Es ist auch legitim, eigene Vorstellungen als bessere Antwort auf Probleme zu verstehen. Was Sie hier allerdings zu unterstellen versuchen,

(Senatorin Birgit Schnieber-Jastram)

- A entbehrt in Wirklichkeit jeder sachlichen Grundlage; und das wissen Sie auch.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Mit der Wortwahl gegen Frauen, ohne Frauen, Kahlschlag und der Rede vom Ende der aktiven Politik für Frauen und Mädchen erreichen Sie doch in Wirklichkeit nur eines und das können Sie, wenn ich Ihre Worte richtig verstanden habe, gar nicht wollen. Sie schaffen nur Verunsicherung und schüren Widerstände gegen Entscheidungen, die Sie suggerieren, die aber in Wirklichkeit niemand getroffen hat.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP – Holger Kahlbohm SPD: Alles Wortgeklingel, Frau Senatorin!)

Es gibt kein Ende der Gleichstellungspolitik, sie geht auf jeden Fall weiter. Das sehen Sie schon daran, dass das Senatsamt für die Gleichstellung als eigenständiges Amt erhalten geblieben ist. Der Betriebshaushalt dieses Senatsamtes soll im Haushaltsjahr 2002 insgesamt 703 000 Euro betragen. Die Absenkungen im Bereich des Senatsamtes liegen gerade mal eben bei 7000 Euro. Auch das ist ein Signal dafür, dass Gleichstellungspolitik bei uns Zukunft hat.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Gemeinsam mit dem Senatsamt setze ich im laufenden Jahr Schwerpunkte in den Bereichen.

Frau Sager hat in ihrer Funktion als Senatorin in diesem Bereich einige gute Grundlagen dafür gelegt. Das bestreite ich nicht.

- B (Anja Hajduk GAL: Das ist gut, dass Sie das noch mal sagen. Dann brauchen wir nicht noch einmal zu Frau Koop Stellung nehmen!)

– Einige gute Grundlagen habe ich gesagt und nicht, dass alles wunderbar ist.

Wir machen etwas für Frauen in Zukunftsberufen, Frauen und Informationstechnologien, Gender-Mainstreaming, das heiße Thema, das die Frauen in Wirklichkeit bewegt, nämlich die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie bei der Fortsetzung des KOOFRA-Projektes, das Frauen betreut, die zumeist aus osteuropäischen Ländern kommen und bei Polizeirazzien aufgegriffen werden.

Wir machen im Übrigen auch etwas in der Frage der Partnerschaft. Wie können sich Männer und Frauen Arbeit teilen? Was können wir dafür tun, damit Männer nicht diskriminiert werden, wenn sie denn bereit sind, sich im Haushalt zu engagieren?

(Beifall bei der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Vor diesem Hintergrund frage ich Sie: Wo bitte ist damit das Ende der aktiven Politik für Frauen und Mädchen gekommen?

Sehr geehrte Abgeordnete der Oppositionsfaktionen, Sie sollten in der Tat Schluss machen

(Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt übernimmt den Vorsitz.)

mit der Mär des Kahlschlages. Es gibt ihn nicht und es wird ihn mit mir auch künftig nicht geben. Einrichtungen, die Sie mit Hilfe der Presse längst totgesagt haben, existieren weiter; ich darf dazu die Textilwerkstatt in Hamburg-Altona

und den „Pottkieker“ auf dem Dulsberg nennen. Das sind zwei totgeredete Einrichtungen, C

(Dr. Andrea Hilgers SPD: Wer hat denn damit angefangen?)

die sich zum vollen Leben entfalten.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Es gibt Kürzungen, das ist zwingend und auch ganz klar und dazu stehe ich übrigens auch. Der Titel im Haushaltspolitik heißt „Zuschüsse für Frauenberatung“ und hat einen Haushaltsansatz von 881 000 Euro. Die Einsparungen in diesem Titel sollen sich auf 335 000 Euro belaufen. Vor dem Hintergrund, dass Hamburg allein circa 60 Beratungsstellen hat, die ausschließlich für Frauen offen sind, und insgesamt ein Beratungsangebot von 250 Beratungsstellen vorhält, die unzählige – noch mal – frauenspezifische Angebote machen, halte ich diese Quote für durchaus zumutbar.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP – Uwe Grund SPD: Das sind 40 Prozent!)

Ich kann Ihnen allen die gerade herausgekommene Broschüre des Senatsamts für die Gleichstellung empfehlen. Hierin sind ausgewählte Angebote Hamburger Beratungsstellen enthalten

(Britta Ernst SPD: Das ist ja nicht mehr aktuell!)

und ich darf Ihnen sagen, es sind nicht gerade wenig. Das macht deutlich, dass wir ein tatsächlich gutes Angebot haben. Wir stehen übrigens auch nach der Einsparung im Städtevergleich noch absolut hervorragend da.

(Holger Kahlbohm SPD: Sie noch nicht, das ist der alte Senat!) D

– Trotzdem, Herr Kahlbohm, werden Sie zur Kenntnis nehmen müssen, dass der alte Senat keine Mehrheit mehr in diesem Hause hat.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP – Dr. Andrea Hilgers SPD: Schmücken Sie sich mit eigenen Federn!)

Die von Ihnen hier suggerierte Konkretisierung ist – ganz nebenbei bemerkt – noch überhaupt nicht erfolgt. Sie tun so, als gebe es morgen keine Frauenberatung mehr in der Stadt. Wir sind momentan dabei, in sehr intensiven Gesprächen mit den Trägern die Absenkung der Förderung gemeinsam umzusetzen. So sind beispielsweise die fünf Träger der Frauenberatungsstellen Anfang März zu einem weiteren Gespräch im Amt.

Wie Sie hier versuchen, in der Stadt Stimmung zu machen, zeigt sich übrigens an einem ganz aktuellen Beispiel. Da beklagt der Herr Abgeordnete Kienschef heute öffentlich in der „taz“, die Sozialbehörde wolle an vier Schulen – unter anderem an der Ganztagschule Osterbrook – den Mittagstisch streichen. Dazu, sehr geehrter Herr Kienschef, kann ich Ihnen Folgendes mitteilen.

Erstens: Zuständig für den Träger „Essen in Schulen“ ist die Behörde für Wirtschaft und Arbeit und nicht mein Haus.

(Michael Neumann SPD: Starkes Argument!)

– Hören Sie erst mal zu, bevor Sie sich freuen.

Zweitens: Die Maßnahme an der Schule Osterbrook ist überhaupt nicht von einer Streichung bedroht. Die durch

(Senatorin Birgit Schnieber-Jastram)

A die Arbeitsverwaltung im Sommer letzten Jahres vorgenommenen Kürzungen im Bereich ABM haben auch in diesem Projekt zu Konsolidierungen geführt, was jedoch nicht zu nennenswerten Beeinträchtigungen im Angebot geführt hat.

Drittens: An der Grundschule Wegenkamp – gestern in der „Morgenpost“ erwähnt – musste das Angebot an warmen Mahlzeiten wegen mangelnder Nachfrage eingestellt werden.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Die Schule wurde stattdessen mit belegten Brötchen beliefert und inzwischen liegt dort auch die Genehmigung des Arbeitsamtes vor, dass die ABM-Beschäftigten aus dem Küchenprojekt den Brötchentransport durchführen können. Sagen Sie mal, was haben wir für eine Form von Berichterstattung in dieser Stadt?

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Stellen Sie sich bitte den Tatsachen und hören Sie auf, der Öffentlichkeit durch Ihre Äußerungen vermitteln zu wollen, der Senat würde eine soziale Kahlschlagpolitik betreiben.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Ich komme zurück zu meinem Haus und den Frauenprojekten. Es wird Kürzungen geben, wobei – und das habe ich immer gesagt – Präventions-, Beratungs- und Hilfsangebote für Mädchen und Frauen, die Opfer von sexueller Gewalt geworden sind, erhalten bleiben. Aber auch hier müssen wir zu Synergieeffekten kommen. Die Frauenhäuser werden weiter unterstützt. Hier wird lediglich auf die vom Vorgängersenat geplante Erhöhung von 100 000 Euro verzichtet. Das Vorjahresniveau von 2 436 000 Euro bleibt erhalten und auch das ist kein Kahlschlag.

B Im Bereich der Frauenprojekte soll mit Wirkung ab 2003 die Hälfte der Haushaltsmittel zur Förderung ihrer dann sicherlich reduzierten Arbeit erhalten bleiben. Das ist immer noch mehr, als in vielen anderen Städten in diesem Bereich je getan worden ist.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Deswegen würde mir eine Menge daran liegen, wenn sich Ihr hoffentlich ehrliches frauenpolitisches Engagement, das sich zurzeit gegen mich und meine Entscheidungen richtet, künftig verstärkt um die Besserstellung von Frauen im Berufsleben und auf die Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbsarbeit richtet.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP – Dr. Andrea Hilgers SPD: Das klären wir selber ab!)

Hier gibt es nämlich noch eine ganze Menge zu tun. Die Förderung der Familie – das will ich in diesem Zusammenhang vielleicht ganz altmodisch sagen und dazu stehe ich dann auch von Herzen gerne – will ich in den Fokus der Maßnahmen rücken. Eigentlich sollten Sie das begrüßen, denn die von Ihrer Partei getragene Bundesregierung hat das Thema – wenn ich nicht ganz falsch informiert bin – gerade für sich entdeckt. Denen werfen Sie eigenartigerweise nicht den Rückschritt in die Fünfzigerjahre vor.

(Beifall bei der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive – Glocke)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt (unterbrechend): Frau Senatorin, gestatten Sie eine Zwischenfrage? C

Senatorin Birgit Schnieber-Jastram (fortfahrend): Aber gerne!

Zwischenfrage von Dr. Ingrid Stöckl SPD: Frau Senatorin, ist es denn richtig, dass Sie die Familie nur als die komplette Familie verstehen? Das heißt, den Vater, die Mutter und die Kinder?

(Hartmut Engels CDU: Das ist eine typische Fünfzigerjahre-Frage!)

Senatorin Birgit Schnieber-Jastram (fortfahrend): Frau Dr. Stöckl, zu einer Familie gehört in der Regel ein Vater, ohne den es vermutlich keine Kinder gäbe, und eine Mutter, ohne die es auch keine Kinder gibt, sowie die Kinder. Ob die beiden sich nun vor dem Standesamt verbanden oder in sonst einer Form, darüber hat der Staat gar nicht viel mitzureden. Das ist die Entscheidung eines jeden Einzelnen.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Die Frage, die Sie an der Stelle stellen müssten, ist die Frage an den Staat, woran er ein Interesse hat. Dazu sage ich noch einmal, dass der Staat ein hohes Interesse an einer verbindlichen Gemeinsamkeit von zwei Partnern hat; je verbindlicher desto schöner für den Staat.

(Beifall bei der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Alles andere, Frau Dr. Stöckl, ist immerhin Privatsache. Ich glaube, wenn Sie heute in der Tat meinen, es sei altmodisch, Familie zu sein oder zu haben, dann haben Sie den Zug der Zeit überhaupt nicht erkannt.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Lassen Sie mich zum Schluss noch ein Fazit ziehen. Ich empfehle Ihnen wirklich sehr, ruhig Blut zu bewahren. Noch sind wir im Dialog mit den Trägern. Wenn Konkretisierungen feststehen – und irgendwer hat heute hier schon wieder unglaubliche Namen genannt –, dann wird dieses Haus auf dem gebotenen Wege davon erfahren.

(Dr. Dorothee Freudenberg GAL und Dirk Kien-scherf SPD: Wann denn?)

Bis dahin gilt die Devise – jetzt können Sie zuhören, denn ich zitiere – des SPD-Generalsekretärs Müntefering, der am Montag in der „Berliner Morgenpost“ vor dem Hintergrund der Einsparungen, die auch vom Bund von uns gefordert werden, gesagt hat:

„Wir sollen nicht schon heute ins Detail gehen und los-spekulieren.“

Er meinte damit die Sparpläne des Finanzministers. Also spekulieren auch Sie hier nicht, sondern halten Sie sich an die Tatsachen. – Vielen Dank.

(Langanhaltender Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Meine Damen und Herren, Frau Senatorin, auch ohne die Zwischenfrage hat der Senat hiermit reichlich mehr als doppelt so viel Redezeit gehabt, als den Abgeordneten nach der Geschäftsordnung zur Verfügung steht.

(Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt)

- A Meine Damen und Herren, sehr geehrter Herr Kollege Scheurell, für Ihre Bemerkung gegenüber dem Abgeordneten Herrn Woestmeyer rufe ich Sie nachträglich zur Ordnung.

(Beifall bei der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Das Wort hat Frau Ernst.

(Wolf-Dieter Scheurell SPD: Darf ich mich bei Ihnen entschuldigen, Herr Woestmeyer! – Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Britta Ernst SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Zu Beginn möchte ich eine Bemerkung zum Kollegen Woestmeyer machen. Wir begrüßen es sehr, wenn Männer hier zu gleichstellungspolitischen Fragen debattieren. Wir hatten nur den Eindruck, dass Sie ein wenig aus der Not eine Tugend machen. Ich denke aber, dass selbstverständlich zu diesen Themen auch männliche Beiträge erwünscht sind, wenn sie denn der Sache gerecht werden.

Sie haben bei Ihrem Einleitungsbeitrag ziemlich viel drumherum geredet, bis Sie zur Sache gekommen sind. Ich will einmal etwas zur Sache sagen. Die Kürzungen, die Sie im Frauenbereich vornehmen, sind sehr massiv. Alles Gerede von „nichts stünde fest“ halte ich für ein Ablenkungsmanöver, was mit den realen Aktivitäten Ihres Hauses, Frau Senatorin Schnieber-Jastram, überhaupt nicht übereinstimmt. Auch Sie gehen mit einem Haushalt

(Vizepräsident Berndt Röder übernimmt den Vorsitz.)

- B in die Haushaltsberatungen, bei dem die Neuverschuldung ausgeweitet wird. Um bei den Fakten zu bleiben, muss man einfach sagen, dass es der SPD und den Grünen in den letzten Jahren trotz erheblicher Anstrengungen im Konsolidierungsbereich gelungen ist, in diesem Bereich nicht derartig zu sparen, wie Sie es tun, sondern wir haben uns vorgenommen, die soziale Infrastruktur für Frauen in der Stadt zu erhalten, und das ist uns gelungen.

Insofern, finde ich, sollten Sie sich nicht herausreden. Sie haben in Ihrem Haus intern die Devise herausgegeben, dass prioritär im Frauenbereich gespart werden soll. Das ist eine politische Entscheidung und keine, die sich aus Haushaltsskonsolidierungswängen ergibt, Frau Senatorin.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Etwas anderes ist noch sehr bemerkenswert. Die Frauenpolitik hat in den letzten Jahren einen hohen Konsens gehabt, der bis weit in die CDU hineinging. Wir haben in vielen Ausschussberatungen über viele Bereiche debattiert und die Fundamentalkritik, die Sie hier äußern, müssen Sie in den letzten Wochen erfunden haben oder Sie haben sie uns vorher verschwiegen. Die Mitarbeit von Frau Koop im Ausschuss war davon geprägt, in den letzten Jahren eine hohe Akzeptanz der Frauen- und Gleichstellungspolitik mitzutragen, und so hat sie hier auch argumentiert. Daher muss ich ganz deutlich sagen, dass Sie einen Konsens zerbrechen, der bisher bei den Frauenpolitikerinnen, aber auch darüber hinaus gegolten hat.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Frau Senatorin Schnieber-Jastram, Sie lenken ab. Sie wissen ganz genau, dass das Senatsamt für die Gleichstellung keine Zuwendungsempfänger betreut, sondern dass es sich um eine ministerielle Aufgabe handelt. Dass in dem

Bereich nicht so viel gekürzt wurde, ist bemerkenswert, aber es ist auch nur ein sehr kleiner Bereich der Frauen- und Gleichstellungspolitik in Hamburg und das wissen Sie auch.

C

Die Frauenpolitik des Senats hat aber nicht nur hier Zustimmung bekommen, sondern auch von vielen Frauen in der Stadt. Es führt zu Irritationen, dass dieser Konsens, der vorhanden war, von Ihnen aufgebrochen wurde. Deshalb hat es heute einen offenen Brief gegeben, der dem Ersten Bürgermeister Ole von Beust überreicht wurde. Namhafte Frauen, und zwar aus allen gesellschaftlichen Bereichen, möchten nicht, dass diese massiven Kürzungen in dem Bereich stattfinden. Sie möchten, dass Frauen auch weiterhin Schutz vor Gewalt bekommen, dass Kinder, die sexuell missbraucht werden, eine Anlaufstelle finden und dass Frauen, die arbeitslos sind, eine angemessene Beratung bekommen.

(Norbert Frühauf Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Das bekommen sie doch!)

Die massiven Kürzungen – und das sind keine Peanuts –, die Sie vornehmen wollen, würden weite Teile auch der Präventionsarbeit gefährden.

(Karen Koop CDU: Haben Sie eigentlich zugehört, was Frau Schnieber-Jastram gesagt hat?)

– Ja, Frau Koop, zu Ihnen kann ich auch noch mal etwas sagen. In der Opposition haben Sie unsere Frauenpolitik etwas weichspülerisch unterstützt. Ich glaube, es liegt wahrscheinlich daran, dass es in Ihrer Fraktion niemanden so richtig interessiert hat. Aber jetzt, da Sie in der Regierung sind, merkt man, dass Sie sich mit Ihrer Position nicht durchsetzen können. Sie haben eben damit argumentiert, dass Sie kurz gehalten werden. Ich weiß nicht von wem, ob es die Koalitionäre oder vielleicht auch die Männer in Ihrer eigenen Fraktion sind, gegen die Sie sich nicht durchsetzen können.

D

(Beifall bei der SPD und der GAL – Elke Thomas CDU: Das ist ja unglaublich, was Sie sagen! – Norbert Frühauf Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Das ist ja männerfeindlich!)

Als Abgeordnete möchte ich Ihnen einen Spruch sagen, den ich immer sehr schätze, der lautet: Wenn man durch den Kakao gezogen wird, soll man ihn nicht auch noch selbst trinken. Darüber sollten Sie einmal nachdenken.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Frau Schnieber-Jastram, Sie haben versucht, hier eine Grundsatzdebatte aufzumachen, um einen Gegensatz zwischen Familien- und Frauenpolitik zu konstruieren; der ist konstruiert. Diese Angebote, die wir hier in der Stadt haben, kommen genauso Müttern wie Nicht-Müttern zugute. Einen Gegensatz zu konstruieren, ist eine Argumentation, mit der Sie eine Spaltung in der Stadt erreichen wollen. Die Frauenberatungsstellen erreichen viele Mütter, die auch mit ihren Problemen zu Ihnen kommen.

(Beifall bei Doris Mandel und Dr. Ingrid Stöckl, beide SPD, und bei Dr. Verena Lappe GAL)

Sie haben versucht, Stellung zu nehmen zum Familien- und Frauenbild der CDU. Meine Wahrnehmung ist die, dass es sehr große Mühe macht, die CDU mit einem modernen Familienbild zu versöhnen. Ich denke, dass die Versuche, die auch Frau Merkel in den letzten Monaten und Jahren gestartet hat, nicht besonders erfolgreich waren; das konnte man bei der CDU auch sehen. Sie verab-

(Britta Ernst SPD)

A schieden sich davon, Volkspartei zu sein. Sie erreichen die Menschen mit ihren differenzierten Lebensanschauungen nicht und das wird sich in den nächsten Wochen auch erweisen. – Danke.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt die Abgeordnete Hajduk.

Anja Hajduk GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zuerst möchte ich mich an die CDU-Fraktion, an Frau Koop, wenden. Ich finde es nicht in Ordnung, dass Sie sich hier hinstellen und in der Debatte ein wenig den Eindruck erwecken wollen, dass alles, was passiert ist, ganz schrecklich sei, aber Sie nicht anders konnten.

Ich bin ganz froh, dass Frau Schnieber-Jastram diesen Eindruck ausgeräumt und gesagt hat, sie wisse, was sie tue. Dass Sie aber sagen, alles sei ganz schrecklich und Sie hätten nicht anders gekonnt, ist nicht in Ordnung.

(Karen Koop CDU: Das ist doch kein Widerspruch!)

Damit verabschieden Sie sich quasi aus der frauenpolitischen Diskussion und geben sie auf. Das dürfen Sie nicht. Auch wenn es Ihnen schwer fällt: Finden Sie Argumente, warum Sie Streichungen vornehmen, aber erfinden Sie nicht diese Mär, Rotgrün habe etwas Schlimmes hinterlassen. Rotgrün hat diese Einsparungen nicht hinterlassen, sondern wir haben Ihnen etwas anderes hinterlassen; das wissen Sie auch. Ich finde, Sie sollen sich nicht hinter einer Sache verstecken, die Sie anders beurteilen könnten. Vielleicht sind Sie noch auf der Suche nach einer neuen Positionierung, das würde ich Ihnen durchgehen lassen, aber kommen Sie nicht mit der Mär, alles sei ganz schrecklich und vorbedingt durch Rotgrün.

B (Beifall bei der GAL und der SPD)

Wenn Sie sich Ihren Haushalt 2002 angucken, der größer ist als unser Haushalt 2002, wird klar, dass Sie insgesamt noch gar nicht angefangen haben zu sparen. Gerade deswegen müssen Sie sich eine Meinung bilden, ob das im Frauenbereich so weitergehen soll, Sie sind nämlich noch nicht am Ende der Fahnenstange.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Wichtig ist, darauf möchte ich eingehen, einmal darüber zu reden, ob es angemessen ist, von einer Mär des Kahlschlags zu sprechen. Wir von der GAL-Fraktion akzeptieren, dass die öffentlichen Gelder, die wir haben, überprüft werden müssen, dass es insgesamt der Zuwendungsbereich ist, mit dem man sparsam umgehen muss. Dazu möchte ich Ihnen aber deutlich sagen, dass wir für uns in Anspruch nehmen möchten, dass wir in den letzten vier Jahren in jedem Jahr mehr konsolidiert haben, als Sie bisher angefangen haben. Ich weiß aber, dass Sie sich dem auch stellen wollen.

(Elke Thomas CDU: In 100 Tagen?)

Wir haben den Zuwendungsempfängern auch knappe Mittel zukommen lassen; das nehme ich für unsere Fraktion einmal in Anspruch. Ich will Ihnen grundsätzlich zugestehen, wenn Sie Entscheidungen treffen, dass sie anders urteilen wollen. Wenn Sie aber sagen, dass eine Absenkung von 30 Prozent – mit der Ansage bis zu 50 Prozent – nicht auch mal mit dem Wort Kahlschlag bezeichnet werden kann, dann finde ich, verniedlichen Sie Ihre eigene Entscheidung.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

C Einige Träger werden das wahrscheinlich nicht überstehen. Ich finde, dass Sie dazu auch stehen müssen, wenn Sie etwas für verzichtbar halten. Dann ist das aber nicht nur eine Mär des Kahlschlags, sondern etwas, von dem wir nicht wollen, dass diese Projekte abgeräumt werden oder einbrechen und Konkurs anmelden müssen. Wir wären dafür gewesen, die Projekte in ihren finanziellen Bedingungen zu stabilisieren, vielleicht auch, dass sie aufgabenkritisch auf gewisse Einschränkungen eingehen müssen. Sie bringen aber Projekte dazu, dass sie schließen müssen. Dann müssen Sie sich schon gefallen lassen, dass wir das nicht mitmachen und Sie dafür kritisieren.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Frau Senatorin, ich will Ihnen gar nicht unterstellen, dass Sie nicht auch eine Politik für Frauen machen wollen; das wäre zu billig. Dass Sie sie vielleicht etwas anders machen als wir, halte ich für normal. Aber wenn Sie auf die Frage von Frau Dr. Stöckl, wie eine Familie denn aussiehe, antworten, dazu gehörten der Vater, die Mutter und das Kind,

(Rolf Kruse CDU: Oder auch zwei!)

dann vermisste ich eine Differenzierung bei der Aufgabe des Staates, wenn er die Familien fördert. Dann gehört zu dieser Antwort, dass sehr viele Kinder in Familien leben, die nicht dementsprechend vollständig sind.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Deswegen habe ich in Ihrer Antwort vermisst – das muss sich auch die Politik der CDU im Bund gefallen lassen –, dass Sie sich noch nicht dazu durchgerungen haben, zu sagen, Familienpolitik und Familie sei da, wo Kinder sind. Sie sind immer noch dem Trauschein verhaftet; das haben Sie jedenfalls gerade dargestellt. Wenn Sie von Familie reden, werden wir Sie daran messen, ob Sie für einen Bereich Politik machen, in dem es Kinder gibt. Das ist unser Maßstab.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Ich will damit schließen, dass wir hier im engeren Sinne über die Frauenprojekte gesprochen haben. Wenn Sie Ihre Ansprüche auf die Familienpolitik und die Politik für Kinder ausweiten, werden wir Sie aber auch daran messen, wie Ihre Betreuungskapazitäten im Kita-Bereich sind. Es sieht im Moment so aus, als wenn Sie diese zurückfahren werden, weil Sie eine Schlingerpolitik hinsichtlich der Teilnahmegebühren machen.

(Glocke)

Wenn Sie sagen, die Vereinbarkeit von Arbeit und Kindererziehung ist Ihnen wichtig, dann werden Sie mit Ihren Ansagen aus der Koalitionsvereinbarung umsteuern müssen. Dahin werden wir Sie treiben.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt sodann wunschgemäß die Abgeordnete Mandel für maximal ein-einhalb Minuten. – Frau Mandel zieht zurück. Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann frage ich das Haus, ob ich nunmehr noch das dritte Thema für die kurze Redezeit aufrufen soll. – Das ist erkennbar nicht der Fall. Dann ist die Aktuelle Stunde beendet.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 3 und 4 auf, Drucksache 17/195 und Drucksache 17/241. Wahl von acht ehrenamtlichen Mitgliedern und deren Vertreterinnen und Vertretern der Kommission für Bodenordnung und Wahl

(Vizepräsident Berndt Röder)

- A von drei Mitgliedern für den Vergaberat der Norddeutschen Stiftung für Umwelt und Entwicklung.

[Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:

Wahl von acht ehrenamtlichen Mitgliedern und deren Vertreterinnen oder Vertretern der Kommission für Bodenordnung – Drucksache 17/195 –]

[Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:

Wahl von drei Mitgliedern für den Vergaberat der Norddeutschen Stiftung für Umwelt und Entwicklung – Drucksache 17/241 –]

Die Fraktionen sind übereingekommen, dass die Wahlen in einem Wahlgang durchgeführt werden sollen. Die beiden Stimmzettel liegen Ihnen vor. Sie enthalten bei dem Namen je ein Feld für Zustimmung, Ablehnung und Enthaltung. Sie dürfen bei jedem Namen nur ein Kreuz machen. Weitere Eintragungen oder Bemerkungen führen zur Ungültigkeit. Auch unausgefüllte Zettel gelten als ungültig. Bitte nehmen Sie nunmehr Ihre Wahlentscheidung vor.

(Die Wahlhandlung wird vorgenommen.)

Meine Damen und Herren, darf ich fragen, ob alle Stimmzettel abgegeben worden sind? – Das ist der Fall. Dann schließe ich die Wahlhandlung. Die Wahlergebnisse werden ermittelt und sie werden Ihnen im Laufe der Sitzung bekannt gegeben.*

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 25 auf, Drucksache 17/319, Antrag der GAL-Fraktion, Lebensmittelsicherheit gewährleisten, Agrarwende voranbringen.

- B **[Antrag der Fraktion der GAL:
Lebensmittelsicherheit gewährleisten, Agrarwende voranbringen – Drucksache 17/319 –]**

Wird das Wort gewünscht? – Das ist der Fall. Der Abgeordnete Maaß hat es.

Christian Maaß GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Mit diesem Antrag

(Unruhe im Hause – Glocke)

fordern wir ein, dass die auf Bundesebene von Renate Künast eingeleitete Agrarwende von Hamburg nicht mehr blockiert, sondern unterstützt wird und dass Menschen in Hamburg besser über mögliche Gefahren informiert werden.

Zunächst zu den Punkten unseres Antrages, die den aktuellen BSE-Skandal und die mangelhafte Öffentlichkeitsarbeit des Senats betreffen.

Der Skandal begann in Bayern vor drei Wochen damit, dass private Labore BSE-Tests falsch ausführten, sodass die Ergebnisse nicht aussagekräftig waren. Die bayerischen Behörden verschlammten die Aufsicht, verzögerten die Meldung der Vorkommnisse und klärten die Öffentlichkeit lange nicht auf. Auch in anderen Bundesländern wurden auf Druck der Bundesregierung verschärzte Kontrollen durchgeführt. Im Ergebnis können bis zu 10 000 Tonnen Rindfleisch von Rückrufaktionen betroffen sein. Auch in Hamburg wurde schon falsch getestetes Rindfleisch entdeckt.

Im Zuge des Skandals hat es eine erhebliche Verunsicherung der Verbraucherinnen und Verbraucher und eine große Medienberichterstattung gegeben. Die Fragen lauteten: Wohin ist das Fleisch gelangt? Welche Maßnahmen haben die Behörden eingeleitet, um das Fleisch zu finden und letztendlich zu beschlagnahmen? Sind die Tests auch in den Labors anderer Bundesländer unsicher? Ist falsch getestetes Fleisch möglicherweise auch in unserem Bundesland in den Handel gelangt? Müssen sich die Verbraucher Sorgen machen?

In den Hamburger Zeitungen konnte man beinahe täglich Verlautbarungen von Bundes- und Landesministern lesen, was getan wird und inwieweit Anlass zur Sorge besteht oder was noch zu tun ist. Sogar McDonald's hat reagiert und durch aktive Öffentlichkeitsarbeit und Beschlagnahme von Fleisch zur Aufklärung und Krisenintervention beigetragen. Nur eines habe ich vermisst: Aus Hamburg habe ich bis auf wenige Verlautbarungen von einigen Fachbeamten vor wenigen Tagen noch nichts gehört.

Ich habe den Eindruck, dass von diesem Senat eine Grundregel des Verbraucherschutzes nicht hinreichend beherzigt wird, dass nämlich Verbraucherschutz auch bedeutet, das Vertrauen der Verbraucherinnen und Verbraucher durch offene Kommunikation zu gewinnen. Denn nur wer die Verbraucher über Gefahren warnt und auch rechtzeitig entwarnt, kann das Vertrauen der Verbraucher in die Lebensmittelsicherheit aufbauen. Kommunikation ist genau das, was ich von Senator Rehaag in Sachen Verbraucherschutz vermisste, denn wenn sogar McDonald's bessere Informationsarbeit leistet als der Senat, dann stimmt nach meiner Meinung etwas nicht.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Ein Weiteres ist in diesem Zusammenhang auffällig. Falsche BSE-Tests hat es in den Ländern Bayern, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz gegeben.

(Rolf Kruse CDU: Und in Nordrhein-Westfalen!)

– Nein, nicht in Nordrhein-Westfalen, in Schleswig-Holstein und auch nicht in Hamburg.

Mir fällt auf, dass den Ländern, in denen geschlampt wurde, Landwirtschaftsminister von der CDU oder der FDP vorstehen. In den rotgrünen beziehungsweise bis vor kurzem rotgrün geführten Ländern klappt es mit der Aufsicht ganz offenbar besser. Ich bin mir nicht sicher, ob das wirklich Zufall ist.

(Beifall bei Farid Müller und Dr. Verena Lappe, beide GAL)

Ich möchte auch mit Zahlen belegen, dass der Senat der Lebensmittelsicherheit keine Priorität einräumt.

In Hamburg haben wir die vernünftige Situation, dass zumindest die verpflichtenden BSE-Tests im Hygiene-Institut – also in einer öffentlich-rechtlichen Institution – durchgeführt werden. Hier gibt es nicht den verhängnisvollen Druck, die Tests möglichst schnell und billig durchzuführen, weil sie deswegen nicht genau sein können. Nur die so genannten freiwilligen BSE-Tests werden in Hamburg in privaten Labors durchgeführt und das – wie mir der Senat in seiner Antwort auf meine Kleine Anfrage vorgestern mitgeteilt hat – glücklicherweise auch ohne Beanstandung.

Man kann nur hoffen, dass dieser gute Zustand auch so bleibt. Denn während die anderen Bundesländer überlegen, gerade diese öffentlichen Testinstitutionen und Labore zu stärken und ihnen neue Aufgaben von den Privat-

C

D

* Ergebnisse siehe Seiten 345 B, 375 und 376.

(Christian Maaß GAL)

A laboren zu übertragen, kürzt der Hamburger Senat den Etat des Hygiene-Instituts um 100 000 Euro, das die Tests ordnungsgemäß durchgeführt hat. Diese Geringschätzung der Lebensmittelsicherheit durch den Senat teilen wir nicht. Wir kritisieren sie, denn sie ist ein Spiel mit der Gesundheit der Verbraucher.

Auch abseits der BSE-Diskussion haben wir deutliche Kritik an der Landwirtschafts- und Verbraucherpolitik dieses Senats. Der Senat hat bereits am Anfang die Weichen falsch gestellt, indem er die Zuständigkeit für die ökologische Landwirtschaft von der Umwelt- zur Wirtschaftsbehörde verlagert hat, die bis dato ihre Rolle eher als Bremerin verstanden hat.

Hier hat der Senat meines Erachtens eine weitere Lehre aus den letzten BSE-Skandalen nicht verstanden: Der gesundheitliche Verbraucherschutz beginnt nicht erst beim Endverbraucher, sondern wir brauchen – das sind die Worte des Bundeskanzlers – eine Kontrolle, die bereits im Stall und auf der Wiese beginnt und sich bis zur Ladentheke fortsetzt. Auf Bundesebene hat man die richtigen Konsequenzen gezogen und ein Verbraucherschutzministerium eingeführt, wo diese Kontrolle eben vom Stall bis zur Ladentheke gewährleistet werden soll. Hier ist die Sicht der Verbraucherinnen und Verbraucher entscheidend und nicht die der Landwirte.

In Hamburg wurde diese Situation nicht herbeigeführt, denn für den Stall ist die Wirtschaftsbehörde zuständig und die Kompetenz von Herrn Rehaag von der so genannten Verbraucherschutzbehörde beginnt erst an der Ladentheke. Das ist aus meiner Sicht ein gravierender Fehler. Der Senat sollte den Mut aufbringen, diesen Fehler zu korrigieren. Aber der Senat ist an diesem Thema anscheinend vollkommen desinteressiert.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Die alte Bauernlobbypolitik, die der Senat hier fortsetzen will, zeigt sich auch bei seinem Verhalten im Bundesrat unter anderem darin, dass – zum Glück erfolglos – versucht wurde, das Bundesnaturschutzgesetz, in dem Kriterien für eine umweltgerechte Landwirtschaft aufgestellt werden, und das Modulationsgesetz, in dem es darum geht, dass die Milliarden an Agrarsubventionen endlich an Umweltkriterien gebunden werden, zu blockieren. Sie zeigt sich auch in Hamburg, denn ansonsten hätte der Senat längst das Geld für die Öko-Tage bereitgestellt, die eigentlich jedes Jahr durchgeführt werden. Aber diese scheinen in diesem Jahr in Gefahr zu sein.

Alles dies zusammen zeigt, dass dem neuen Senat eine umweltgerechte Verbraucherpolitik egal ist; er vollzieht die dringend erforderliche Agrarwende als Rolle rückwärts.

Ich bitte Sie, orientieren Sie sich nicht nur an den Interessen der Landwirte und der Lebensmittelindustrie, sondern machen Sie endlich auch eine Politik für die Verbraucherinnen und Verbraucher. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Rosenfeldt.

Jenspeter Rosenfeldt SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Gerade die neuen Vorfälle im BSE-Bereich haben uns gezeigt, dass nicht alles, was aus den Schlagzeilen verschwand, auch wirklich aus der Welt geschafft ist.

Nachdem einige Monate überall hektische Betriebsamkeit herrschte und sich alle darin überschlugen, die Agrarwirtschaft und die Produkte sicherer zu gestalten, ist eine Weile kaum etwas passiert. Alle haben sich daran beteiligt.

Aber jetzt sehen wir – hier möchte ich das von Herrn Maaß Gesagte auch noch einmal betonen –, dass gerade das Land Bayern, das immer betonte, wie gut seine Landwirtschaft organisiert sei, mittlerweile Spitzenreiter bei den von BSE betroffenen Rindern ist. Dort loderte das Strohfeuer, bei der Agrarwende mitzumachen, nur so lange, wie die Öffentlichkeit darauf geschaut hat. Das Stoiber-Land ist damit absolute Spurze und hat auch bei der Vertuschung der Skandale Spatenmäßiges geleistet.

Dort galt nämlich – als dieser Skandal öffentlich wurde –, was die Fraktion der CSU beschlossen hat. Der Schlussatz galt – das muss man sich einmal ins Bewusstsein führen – nicht der Sorge der Verbraucher, die möglicherweise BSE-verseuchtes Fleisch zu essen bekommen haben, sondern der Aufrechterhaltung des Fleischpreises.

Gute Vorsorge muss wirklich da ansetzen, wo die Produkte erzeugt werden, um diese lückenlos weiter verfolgen zu können. Es kann allerdings nicht darum gehen, dass man hinter jeden Kontrolleur einen weiteren stellt, auch wenn diese Kontrolle notwendig ist.

Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass wir in Hamburg ein gutes Institut haben, das bisher zuverlässig, mit großer Sicherheit und viel Vertrauen gearbeitet hat. Wir haben jedoch am 22. Januar im Gesundheitsausschuss vom Gesundheitssenator erfahren, dass der Verbraucherschutz zwar ein Schwerpunkt dieser Regierung sei, er aber eingestehen müsse, dass sich dieses nicht so recht im Haushalt abzeichne, da zunächst einmal das Sparen im Vordergrund stünde.

Ich kann das gut verstehen, denn es hat sich wirklich nicht abgezeichnet, vielmehr wurde es bagatellisiert. Es wurde gesagt, dass das Hygiene-Institut die 100 000 Euro bei den Untersuchungen zur Qualitätskontrolle ohne Einschränkungen gut wegstecken könne.

(Dietrich Wersich CDU: Die brauchen das Geld nicht!)

– Lesen Sie das Protokoll, Herr Wersich.

Wenn allein ein Drittel bei der Bauunterhaltung eingespart wird, dann wissen wir, dass uns dies ganz schnell wieder einholen wird. Es sei denn, der Senat plant an dieser Stelle gleich das nächste Sonderinvestitionsprogramm für aufgestaute Bauunterhaltungen.

Wir werden in nächster Zeit noch mehr Aufgaben im Bereich der Kontrolle für das Hygiene-Institut bekommen. Sie haben es vielleicht verfolgt, dass Paprika aus Spanien eine hohe Pestizidverseuchung aufweist. Wir werden die Probleme bekommen, die aus dem Garnelenskandal folgen. Die EU-Verordnung schreibt vor, dass alle weiteren Transporte, die noch auf dem Weg sind, untersucht werden, bevor die Einfuhr endgültig verboten ist. Ob das Hygiene-Institut das noch weiter leisten kann oder ob dies durch Umschichtung zulasten anderer wichtiger Bereiche geschieht, wird man dann sehen. Ich glaube, dass dies nicht möglich sein wird, zumal allen bekannt ist, die sich damit befasst haben, dass sich eine Pestizidverseuchung oder Ähnliches nicht allein auf Garnelen – die nur die Spitze des Eisberges waren –, sondern auf sehr viele Produkte wie Honig und Kaninchen bezieht, die insbesondere aus China kommen und bei uns in den Supermärkten landen.

C

D

(Jenspeter Rosenfeldt SPD)

- A Wenn Sie jetzt einwenden, dass wir die Untersuchungen eben an seriöse private Institute vergeben müssen – die gibt es mit Sicherheit auch; ich möchte sie nicht alle in den Skandal mit einbeziehen –, dann möchte ich nur eines zu bedenken geben: Wir sitzen in Hamburg nicht auf einer Insel. Auch unsere Privat-Institute und -labore arbeiten mit dem gleichen Kostendruck und Profitinteresse, wie das auch in anderen Ländern der Fall ist.

Wenn es hier zum Beispiel nachgewiesenermaßen bei der Untersuchung iranischer Pistazien durch das Hygiene-Institut eine Beanstandungsquote von 70 Prozent gibt, bei den von den Privaten untersuchten aber nur eine von 10 Prozent, dann muss es uns zu denken geben, ob wir eine solche Verantwortung übernehmen können, diese Untersuchung an Private zu geben und nicht beim Hygiene-Institut kontrollieren zu lassen.

Herr Rehaag – er ist leider nicht da –, es muss darauf geachtet werden, dass das Hygiene-Institut fit bleibt für die Zukunft und nach und nach durch Einsparungen nicht dazu gezwungen wird, diese Untersuchungen an Private zu vergeben.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Vertrauen in Lebensmittel setzt Vertrauen in die untersuchenden Institute und in den Staat voraus, der darauf achtet, dass diese Untersuchungen sorgfältig vorgenommen werden und keinen kurzfristigen Profitinteressen unterliegen, die legitim sein müssen, wo es um den Markt geht.

Aber Markt und Wettbewerb mögen ja belebend sein für das Geschäft,

(Burkhardt Müller-Sönksen FDP: Ist belebend!)

- B aber sie sind dies nicht unbedingt im Lebensmittelbereich für den Verbraucher, Herr Müller-Sönksen, denn hier kann es genau das Gegenteil bedeuten.

Hier muss mit Sorgfalt herangegangen, Sicherheit eingebaut und darf nicht an der falschen Stelle gekürzt werden.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD – Uwe Grund SPD:
Richtig! – Burkhardt Müller-Sönksen FDP: Das braucht kein Widerspruch zu sein!)

Noch einen Hinweis auf den Auskunftsanspruch für den Verbraucher. Hier brauchen wir dringend das Verbraucherinformationsgesetz; es darf keine Blockaden mehr geben.

Es geht nicht einfach darum, möglichst viel zu erfahren und Daten zu sammeln, sondern es geht um das existenzielle Interesse von Kindern, Allergikern, Diabetikern und auch von Alkoholikern. Es muss genau in Erfahrung gebracht werden können, was in den Produkten enthalten ist. Das muss von vornherein und nicht erst auf Nachfrage geschehen. Es muss klar sein, an welcher Stelle man diese Informationen abfragen kann. Dieses Gesetz brauchen wir wirklich dringend, denn Gesundheit wiegt schwerer als Datenschutz aus Profitgründen.

Wir werden den vorliegenden Antrag unterstützen, der aus unserer Sicht dazu beiträgt, die Verbrauchermacht zu stärken und die Sicherheit für die Verbraucherinnen und Verbraucher zu erhöhen. Ich bitte auch die Abgeordneten von der rechten Seite dieses Hauses, den Antrag zu unterstützen,

(Burkhardt Müller-Sönksen FDP: Was ist mit der Mitte? – Gegenruf von Uwe Grund SPD: Die Mitte ist ja rot!)

denn diese Forderungen nützen Hamburg insgesamt. Wir sollten nicht den Fehler machen wie Bayern. Dort hat die CSU, um ihren Stoiber zu schützen, einen tollen Antrag zum bayerischen BSE-Skandal beschlossen: Ein Minister, der ein halbes Jahr geschlampt hat, sei diese Sache schnell, energisch und konsequent angegangen, findet die CSU. Im Übrigen sei darauf zu achten, dass die Fleischpreise gesichert bleiben. – Danke.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Vizepräsident Berndt Röder: Alsdann wünscht das Wort die Abgeordnete Gienow.

Hanna Gienow CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die kürzlich aufgetauchten falschen BSE-Tests haben wieder gezeigt: Verbraucherschutz ist ein hohes Gut und wird in der politischen Prioritätsliste in der Zukunft sicherlich sehr oben angesiedelt sein.

(Christian Maaß GAL: Nur nicht in Hamburg!)

– Warten Sie mal ab.

Verbraucherschutz ist nicht nur auf Lebensmittel – das hat mein Vorredner schon gesagt – und auf Agrarpolitik beschränkt, sondern tangiert so ziemlich alle Bereiche des täglichen Lebens und alle Schichten der Bevölkerung.

Die Emotionen schlügen hoch, als vor gut einem Jahr im November in Schleswig-Holstein der erste BSE-Fall auftauchte und die Verbraucher hochgradig verunsichert waren.

(Vizepräsident Peter Paul Müller übernimmt den Vorsitz.)

Diejenigen, die in der 16. Legislaturperiode im Parlament gesessen haben, wissen das viel besser als ich, die das nur nachlesen konnte, dass sich alle Fraktionen sehr intensiv mit diesem Thema beschäftigt haben. Es wurden Anträge und Anfragen eingebracht, zum Beispiel Schutzmaßnahmen gegen BSE – ich glaube, das hat Frau Brinkmann von der SPD getan – oder Futtermittelkontrollen – das habe ich gelesen – von Herrn Reinert gefordert.

Der Mensch ist ein Gewohnheitstier, denn die Ängste und Bedenken verschwanden schnell. Der Appetit auf Rindfleisch kam wieder. Ich möchte nur zwei Zahlen nennen: Im ersten Quartal 2001 ging der Rindfleischverbrauch um 70 Prozent und im Dezember nur noch um 5 bis 10 Prozent zurück. Das heißt, unsere wunderbare Fähigkeit, negative Dinge zu verdrängen, hat im Fall von BSE bundesweit sehr gut funktioniert, wären nicht plötzlich die schlampigen BSE-Tests wieder aufgetreten, sodass uns klar wird, dass die BSE-Gefahr latent immer vorhanden ist.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Es sind nun erste Stimmen – zum Beispiel von der nordrhein-westfälischen Landwirtschaftsministerin Frau Höhn – laut geworden, die staatlich verordneten Tests durch private Labors generell abzuschaffen; genau das halte ich für verfehlt,

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

wir sollten auf keinen Fall Verbraucherängste schüren.

Wie sieht die Situation in Hamburg aus? Wir hörten schon, dass das Artus Institut GmbH und das NATEC Institut SGS bei regelmäßiger staatlicher Kontrolle Hervorragendes

C

D

(Hanna Gienow CDU)

A geleistet und ordentlich gearbeitet haben. Die kürzlich zusätzlich noch einmal erfolgte Kontrolle hat gezeigt, nachdem der erste Skandal in Bayern aufgetreten war, dass alles okay ist.

Damit komme ich zu dem Antrag, wobei ich die Ziffern 2, 3 und 4 einmal zusammenfassen möchte. Ich sehe Versäumnisse bei unserer Bundesministerin, die es nicht geschafft hat, zu Anfang ihres Amtsantritts bundeseinheitliche Standards für BSE-Testlabors herauszugeben.

(*Krista Sager GAL: Das ist doch gar nicht ihre Aufgabe! – Christian Maaß GAL: Dafür ist sie nicht zuständig!*)

Dadurch erübrigत sich eigentlich schon das, was Sie unter 2., 3. und 4. gefordert haben. Immerhin haben die meisten EU-Mitgliedstaaten bundeseinheitliche Normen entwickelt.

(Zuruf von *Krista Sager GAL*)

– Ja, nicht die spätere föderative Kontrolle.

Es wäre ihre Aufgabe gewesen, bei Amtsantritt für eine verbesserte und koordinierte Vorgehensweise bei den Lebensmittelkontrollen und insbesondere bei den BSE-Tests zu sorgen.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Ich möchte noch kurz einen anderen Punkt aufgreifen. Sie sprechen in Ihrem Antrag von den Öko-Tagen. Da stößt mir ganz kräftig etwas hoch.

B In der Vergangenheit hätten Sie, als Rotgrün in der Regierungsverantwortung war, längst diese Öko-Tage in Hamburg einführen können. Sie fordern sie jetzt ein, obwohl Sie genau wissen, dass wir eine Zeit der schlanken Kassen haben.

Sie sprechen außerdem einmal von Tagen, nur kaum einer weiß, was dort gefordert wird und was Sie sich darunter vorstellen. In der Begründung dieses Antrages sprechen Sie aber nur von einer Tagung, möchten finanzielle Mittel haben und sagen nicht, was das kosten soll.

Ich sage Ihnen gleich: Dafür kann ich meine Stimme nicht geben, wenn ich zu einer Summe X meine Hand heben soll und nicht einmal weiß, was das Ganze unter dem Strich kosten wird; das lehne ich ab.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Im Gegensatz zur GAL bin ich auch dagegen, die Privatlabors eventuell zu schließen, wenn es dafür keine Gründe gibt. Ich glaube, es gibt niemanden, der etwas gegen ordentlich geführte Tests in Privatlabors haben könnte, wenn dann auch seriöse staatliche Kontrollen durchgeführt werden.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Die Bevölkerung erwartet von uns, dass die Politiker nicht so oft reagieren, sondern mehr agieren. Wir sollten uns im Rahmen einer Selbstbefassung im Ausschuss mit diesem Thema noch einmal befassen und zu Akteuren dieser wichtigen Problematik werden. Aus diesem Grunde lehnen wir den Antrag ab.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP – *Dr. Andrea Hilgers SPD: Ja, das ist aber ein Grund!*)

C **Vizepräsident Peter Paul Müller:** Das Wort hat der Abgeordnete Barth-Völkel.

Wolfgang Barth-Völkel Partei Rechtsstaatlicher Offensive:^{*} Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Verbraucher haben ein Recht auf anbieterunabhängige, wissenschaftlich gesicherte Informationen über Waren und deren Herstellung sowie über Dienstleistungen. Das sagt unserer Koalitionsvertrag, an den wir uns konsequent halten wollen.

Wir setzen uns aber dafür ein, dass beim Lebensmittelangebot Klasse statt Masse zum neuen Grundsatz werden soll. Jahrzehntelang wurde in der Landwirtschaft von der Politik – auch von Ihnen – und vom Handel auf die Steigerung großer Mengen und niedriger Preise gesetzt, die großzügig mit EU-Steuergeldern finanziert und gefördert wurde. Sie hat zuerst zu Butterbergen, Milchseen und Fleischbergen und später zur Vernichtung der Überschüsse und auch noch zur BSE-Krise geführt.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Mit der Agrarwende gilt es, gesunde und vollwertige Lebensmittel unter Schonung der natürlichen Ressourcen Boden, Wasser und Luft herzustellen. Hier sind auch wir Ihrer Meinung und wollen uns nicht verwehren. Gute Lebensmittel haben ihren Preis. Der Kunde muss selbstverständlich bereit sein, im Geschäft für bessere Produkte auch mehr Geld zu bezahlen.

Eine Abkehr von der Massentierhaltung ist auch in unserem Sinne, denn es kann nicht sein, dass einem Kalb von 150 Kilo Lebendgewicht 1,5 Quadratmeter zum Wenden zur Verfügung steht. Es kann auch nicht sein, dass durch die Züchtungen neuer Turborassen, die einen besonders hohen Ertrag bei möglichst geringer Aufwuchsgarantie erzielen, ein Irrweg industriell geprägter Landwirtschaft hervorgerufen wird.

D Der effektive Verbraucherschutz ist daher wichtig. Die BSE-Krise und der Hormonskandal haben gezeigt, dass der Verbraucherschutz dringend verbessert werden muss. Neue Gütesiegel sollen auf einwandfrei hergestellte Produkte hinweisen.

Auch die Glaubwürdigkeit muss natürlich erhalten bleiben. Wir verwehren uns nicht gegen private Labors – das hat auch schon meine Vorrednerin gesagt –, sie müssen nur ordentlich kontrolliert werden.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP – *Barbara Ahrons CDU: Richtig! – Rolf Kruse CDU: Genau!*)

Selbst die optimistischsten Prognosen zur Agrarwende gehen nicht davon aus, dass auf absehbare Zeit alle Bauernhöfe in Deutschland auf Öko-Landwirtschaft umgestellt werden können.

Hamburg ist kein Flächenstaat, wir leben in einem Stadtstaat. Wir haben relativ wenig Eckpunkte, mit denen wir zu tun haben.

Auf jeden Fall sollten für die umstellungswilligen Betriebe und die Bio-Bauern die staatlichen Förderungen erhöht werden, aber das ist nicht unsere Angelegenheit, sondern dies sollte von Berlin ausgehen.

(*Christian Maaß GAL: Stimmt nicht!*)

Die Steigerung dieses Anteils auf 10 Prozent innerhalb der nächsten zehn Jahre wäre schon ein Erfolg; das ist auch

(Wolfgang Barth-Völkel Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

- A schon einmal angeregt worden. Das hört sich für Hamburg gut an, aber wir sind kein Flächenstaat

(Petra Brinkmann SPD: Wir sind ein Stadtstaat!)

und die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe ist eher gering.

Bei in Deutschland geborenen Rindern sind 156 BSE-Fälle bekannt. Davon sind in Bayern 71, in Niedersachsen 23 und in Schleswig-Holstein 18 Fälle aufgetreten. Es sollte uns zumindest zu denken geben, dass auch in unseren Nachbarländern so etwas passieren kann.

(Barbara Duden SPD: In Bayern leben die Kühe ungesund!)

Herr Maaß, Sie haben über die Regierungen von Bayern und Baden-Württemberg geschimpft. Was hat denn Ihre tolle Verbraucherschutzministerin gemacht?

Die Entscheidung der Kommission vom 30. Januar dieses Jahres über Schutzmaßnahmen – das wurde schon von Herrn Rosenfeldt angesprochen – für aus China eingeführte Erzeugnisse tierischen Ursprungs wurde am 31. Januar im Amtsblatt veröffentlicht. Die deutsche Umsetzung erfolgte sieben Tage später mit einem Fehler. Diese falsche Bekanntmachung wurde dann am 11. Februar korrigiert, das heißt, erst nach zwölf Tagen wurden diese Daten von Fischerei- und aquakulturellen Erzeugnissen aus China dem Verbraucher zugänglich gemacht.

Ein krasseres Beispiel ist die Nichtbekanntmachung der sogenannten Nulllisten für Milcherzeugnisse aus der Türkei. Laut dieser EU-Liste dürfen von Betrieben aus der Türkei keine Milcherzeugnisse für den menschlichen Verzehr eingeführt werden. Diese Liste gilt seit dem 17. Mai 2001; bisher wurde sie weder veröffentlicht noch in das deutsche Recht umgesetzt. Somit verstößt Berlin nicht nur gegen EU-Recht, sondern die deutschen Veterinärgrenzdienste müssen nach deutschem Recht Milcherzeugnisse aus der Türkei hereinlassen. – Danke.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der CDU)

Vizepräsident Peter Paul Müller: Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Schinnenburg.

Dr. Wieland Schinnenburg FDP: Herr Präsident, ich würde es niemals wagen, hier etwas zu sagen, ohne dass Sie mir dazu das Wort geben. Aber ich habe etwas gewartet.

Meine Damen und Herren, lieber Herr Maaß! Ich wundere mich wirklich, wieso Sie so darauf abstellen, dass der Verbraucher in Hamburg gut über BSE und ähnliche Gefahren informiert werden müsse. Sie scheinen vergessen zu haben, dass unter dem rotgrünen Senat nicht nur die Zuschüsse an die Verbraucher-Zentrale gekürzt wurden, sondern dass dies auch dazu führte,

(Christian Maaß GAL: Darum geht es überhaupt nicht!)

dass gerade die Hamburger Verbraucher-Zentrale pro Einwohner mit am schlechtesten von allen Bundesländern dasteht. Sie sollten ein wenig bei Ihren früheren Leistungen nachschauen.

Frau Gienow hat vollkommen Recht, dass BSE ein latentes Thema ist, und ich glaube, es wird uns noch einige Zeit beschäftigen.

Insofern hat die GAL zu Recht dieses Thema auf die Tagesordnung gebracht.

C

Das Dumme ist nur – das ist leider bei der GAL oft so –, dass sie von völlig falschen Ausgangspunkten ausgeht. Deshalb kann es natürlich auch mit Ihrem Antrag nichts werden.

Der erste Punkt: Sie suggerieren, öffentliche Stellen führen einen besseren BSE-Test durch als Private. Gerade die BSE-Krise wurde durch die mangelnde Aufsicht öffentlicher Stellen verursacht. In Hamburg hat Frau Senatorin Roth im negativen Sinne ein Musterbeispiel gebracht, wie man es nicht macht. Sie können das alles im „Hamburger Abendblatt“ nachlesen.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Das zweite Vorurteil ist, dass das Hygiene-Institut besser arbeiten und deshalb die gleichen Zuschüsse bekommen müsse. Ich bin immer sehr dafür, das Hygiene-Institut zu unterstützen, aber kritiklos zu sagen, was immer war, muss auch künftig so bleiben, ist der falsche Ansatz. Es muss auch beim Hygiene-Institut erlaubt sein, nachzuprüfen, ob man mit Steuergeldern noch effizienter umgehen kann.

(Farid Müller GAL: Dann prüfen Sie doch erst und kürzen Sie nicht gleich!)

Der dritte und entscheidende Fehler – den müssen Sie natürlich bringen, damit Sie keinen Ärger aus Berlin bekommen –: Ich verstehe überhaupt nicht das Lob von Frau Künast. Das ist nun völlig daneben.

(Bernd Reinert CDU: Vielleicht war es ironisch gemeint!)

– Vielleicht fehlt mir das Verständnis dafür, aber dann müssen wir diesen Punkt aufklären.

D

Es ist völlig verfehlt, Frau Künast, unsere Bundesministerin, hier zu loben. Das haben die Wähler auch längst erkannt. Verfolgen Sie mal die Entwicklung ihrer Popularität. Am Anfang war sie riesengroß, jetzt ist sie fürchterlich abgesackt. Sie hat ein bestimmtes Feindfeld, nämlich die klassischen Bauern, gegen die man mit der Brechstange vorgehen muss. Das lehnen wir ab.

Sie ist in der EU gescheitert. Die anderen EU-Minister haben es ihr weitestgehend gezeigt, dass es nicht so geht, wie sie es sich im stillen Kämmerlein vorgestellt hat. Gerade wir Hamburger haben, wenn wir heute die „Welt“ verfolgen, gesehen, wie Frau Künast arbeitet. Sie fand für ihre Legehennenverordnung nicht die ausreichende Unterstützung. Was macht sie? Einen Kuhhandel zu Lasten Hamburgs. Sie haben es vielleicht gelesen. Das Institut für Fischereiökologie – Sie wollten ja so gern die Ökologie unterstützen – wird nun aufgrund ihrer Initiative von Hamburg nach Bremerhaven verlagert.

(Vereinzelter Beifall bei der FDP und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Das ist das Ergebnis Künast'scher Politik, die Sie hier so loben wollen. Das fällt mir schwer.

Auf der anderen Seite hat der Senat, obwohl er erst 113 Tage im Amt ist, auf diesem Gebiet schon Erfolge vorzuweisen. Das, was die Verbraucher-Zentrale von Ihrem Senat vergeblich gefordert hatte, die Bündelung der Kompetenzen für den Verbraucherschutz in einer Hand, haben wir gemacht. Wir haben den Verbraucherschutz zusammen mit dem Umweltbereich und dem Gesundheitsbereich bei

(Dr. Wieland Schinnenburg FDP)

A Herr Senator Rehaag konzentriert. Wir haben – das gefällt Ihnen nicht – die ökologische Land- und Forstwirtschaft zu Recht zur Wirtschaftsbehörde verlagert. Warum ist das richtig? Weil es der ökologischen Landwirtschaft dann nutzt, wenn sie nicht als eine Art Orchideen- oder Luxusgut verstanden wird, sondern als eine ganz normale Wettbewerbsmethode, mit der man versucht, beim Verbraucher anzukommen. Dazu gehört sie in die Wirtschaftsbehörde.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Ökologische Landwirtschaft hat keine Chance, wenn sie nur mit staatlichen Zuschüssen und besonderen Hilfen vorankommen will. Sie hat nur dann eine Chance, wenn sie vom Verbraucher akzeptiert wird und sich im Wettbewerb durchsetzen kann.

(Anja Hajduk GAL: Wie das so mit der Landwirtschaft ist!)

Wer macht das? – Die Wirtschaftsbehörde.

Wenn Sie nach diesen Bemerkungen Ihren Antrag durchsehen, bleibt nur eine einzige brauchbare Mitteilung, nämlich dass wir uns um BSE und die Verbraucher kümmern müssen. Dafür bin ich auch, aber das reicht nicht ernsthaft für einen Antrag.

Deshalb stimmen wir dem Antrag der CDU zu, diesen Antrag abzulehnen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

B **Vizepräsident Peter Paul Müller:** Wird weiter das Wort gewünscht? – Das Wort hat Herr Maaß.

Christian Maaß GAL: Man muss schon fast euphemistisch sagen, hier wurden Halbwahrheiten verbreitet.

(Bernd Reinert CDU: Das ist deutlich mehr Wahrheit, als Sie verbreiten!)

Frau Gienow, wenn Sie sagen, dem Antrag zu den Öko-Tagen können Sie nicht zustimmen, weil Sie nicht wissen, um welche Summe es geht, dann schlage ich Ihnen vor, im Haushalt der letzten Jahre nachzuschauen. Sie werden sehen, mit wie viel Geld die Öko-Tage dort gefördert wurden und welche Summen jetzt erforderlich sind. Sie können es uns nicht anlasten, dass wir keine genaue Summe genannt haben.

Sie kritisieren, Frau Künast sei an allem Schuld, weil sie auf Bundesebene keine Teststandards vorgegeben hätte. Dann möchte ich zur Kenntnis geben, dass wir in einem föderalen System leben, in einer Verfassung, die die Verwaltungskompetenz in diesen Feldern ausdrücklich ausschließlich den Ländern an die Hand gibt. Deswegen sind es die Länder, die hier kontrollieren müssen. Selbst wenn es Frau Künast wollte, könnte sie die Labore nicht kontrollieren. Deshalb sind es die Länder, die hier gefordert sind.

Dann noch einmal zum Abgeordneten der Partei Rechtsstaatlicher Offensive. Es freut mich, wenn Sie die Agrarwende jetzt mit unterstützen wollen und hier rhetorische Pirouetten vollführen. Allerdings sei mir folgende Frage gestattet: Wenn Sie für die Agrarwende sind, warum hat Hamburg im Bundesrat mit Ihrer Unterstützung das Bundesnaturschutzgesetz mit den Anforderungen an die Landwirtschaft und warum das Modulationsgesetz, in dem diese Milliardensubventionen endlich an verbraucher- und

umweltgerechte Kriterien gekoppelt werden, abgelehnt? Die Fragen müssen Sie sich stellen lassen.

C

Sie sagen, Hamburg könne den Ökolandbau nicht fördern. Auch das ist absoluter Quatsch, denn Hamburg zahlt gemeinsam mit NRW – auch das ist kein Zufall – die höchsten Prämien für die Umstellung von konventionellem auf Ökolandbau. Hier zu behaupten, Hamburg hätte überhaupt keine Einflussmöglichkeit, grenzt an Unwissen.

Herr Schinnenburg, Ihre Behauptung, wir hätten die Zuschüsse der Verbraucher-Zentrale gekürzt, haben Sie hier schon einmal verbreitet; das wird dadurch nicht richtiger. Wenn Sie sich die genauen Zahlen ansehen, werden Sie feststellen, dass die staatlichen Zuschüsse an die Verbraucher-Zentrale unter Rotgrün zwischen den Jahren 1997 und 2001 gestiegen sind, zwar nicht großartig, aber ich warte gern darauf, dass Sie diese Zuschüsse vielleicht noch mehr erhöhen. Aber das, was ich von Ihnen bisher an Kürzungsvorschlägen im Bereich Verbraucherschutz gesehen habe, lässt mich in dieser Hinsicht nicht hoffen.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Ich muss Ihnen fast danken, Herr Schinnenburg, Sie haben die Katze tatsächlich aus dem Sack gelassen. Obwohl es ausschließlich private Labors waren, bei denen die Fehler entdeckt wurden – in der ganzen Bundesrepublik waren es nur private Institute, wo schlampig gearbeitet wurde –, und in den öffentlichen Labors offenbar korrekt gearbeitet und dort der Verbraucherschutz und die Gesundheit der Menschen ernst genommen wurde, wollen Sie ganz offenbar – und dazu stehen Sie –, das Hygiene-Institut als das öffentliche Institut in Hamburg kaputtsparen und alles auf die Privaten verlagern. Das ist genau das Falsche. Wir sollten das Hygiene-Institut in Hamburg stärken.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

D

Ich glaube, es war Frau Gienow, die gesagt hat, Sie wollen den Antrag ablehnen und nicht an den Ausschuss überweisen, sondern der Ausschuss solle sich in Selbstbefassung damit befassen. Das empfinde ich als fast kurios. Dann beantragen Sie doch die Überweisung dieses Antrags an den Ausschuss, dann können wir darüber diskutieren und nicht in Selbstbefassung.

(Zuruf von Dietrich Wersich CDU)

Vizepräsident Peter Paul Müller: Wird weiter das Wort gewünscht? – Das Wort hat der Abgeordnete Herr Rutter.

Rolf Gerhard Rutter Partei Rechtsstaatlicher Offensive:^{*} Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Solche Anträge können eigentlich nur vom grünen Tisch kommen. Das bezieht sich nicht auf die Fraktion. Ich möchte das aus meiner Erfahrung in leitender Funktion von mehr als 20 Jahren in der Lebensmittelindustrie sagen. In Wirklichkeit sieht das etwas anders aus.

Natürlich muss die Bevölkerung schnell informiert werden, wenn es irgendwelche Unregelmäßigkeiten gibt, wenn es Sorge gibt, dass Krankheiten ausbrechen können, wenn Lebensmittel nicht einwandfrei sind. Aber, bitte auf der anderen Seite auch nicht vorschnell, denn wir haben auch negative Erfahrungen. Ich erinnere daran, dass das Haus Birkel deswegen in Konkurs gegangen ist und sich nachher herausgestellt hat, dass die Meldungen des Ernährungsministeriums Baden-Württemberg falsch waren. Das Ernährungsministerium in Baden-Württemberg musste

(Rolf Gerhard Rutter Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

- A viele Millionen Schadenersatz zahlen, was dem Hause Birkel aber nicht mehr geholfen hat.

(Wolf-Dieter Scheurell SPD: Dann sollten Sie Frau Roth in Schutz nehmen!)

Ich selbst war auch einmal am Rande mit betroffen. Ich war im Hause der Westmilch, von der auch Humana-Baby-nahrung kommt. Da wurde ein Salmonellenverdacht laut. Wie sich nachher herausstellte, war diese Meldung nicht haltbar. Wir hatten die Situation, dass eine öffentliche Untersuchungsstelle „Befund negativ“ gemeldet hatte und ein Wettbewerber nachher sagte, aber da ist doch etwas drin. Und irgendwo am Rande hatte er nicht ganz Unrecht.

Das Schlimme ist also, dass auch in solchen Fällen die öffentlichen Stellen nicht besser sind als die privaten. Das ist nirgends nachgewiesen. Absolute Sicherheit gibt es bei Lebensmitteln nie. Auf der anderen Seite haben wir in Deutschland Kontrollsysteme, die so perfekt sind wie nirgends sonst. Wenn wir auf der einen Seite Lebensmittel aus der EU und aus vielen anderen Ländern sehr gern verzehren und dort möglicherweise die Lebensmittelkontrollen bei weitem nicht so sind wie bei uns, dann können wir uns auf der anderen Seite nicht beklagen, wenn unsere Lebensmittel im Ausland nicht konkurrenzfähig sind. Wenn wir über Subventionen reden, die ich im Prinzip nicht schätze, dann sollten wir uns überlegen, ob es derartige Subventionen auch in anderen Ländern gibt und ob wir vielleicht gegenüber den USA völlig schief liegen und auf dem Weltmarkt hinten herunterfallen.

B Wenn beispielsweise Krankheiten wie BSE oder Seuchen ausbrechen, ist es selbstverständlich, dass wir vorrangig informiert werden. Wir sollten aber auf der anderen Seite alles vermeiden, was eine Verbraucherhysterie schürt. Wir brauchen keine Chemikalien zu Hause, in der Küche oder im Kinderzimmer. Wir leben gesund genug und sollten das nicht auf die Spitze treiben.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Vizepräsident Peter Paul Müller: Das Wort hat der Abgeordnete Herr Rumpf.

Ekkehard Rumpf FDP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das Thema Lebensmittelsicherheit steht wieder einmal auf der Tagesordnung. Ich erinnere mich daran, als wir vor eineinhalb Jahren auf dem Höhepunkt der BSE-Krise waren, hat es merkwürdige Blüten getrieben. Da hat ein Kolumnist in einer Tageszeitung geschrieben, alles hänge mit unseren Ernährungsgewohnheiten zusammen und wir sollten uns darauf besinnen, uns vielleicht mehr daran zu orientieren, was unsere Vorfahren im Mittelalter gegessen haben. Unsere Vorfahren im Mittelalter, rachitisch und rheumagebeugt, werden sich bedanken.

(Beifall bei der FDP)

Eines sollten wir festhalten und deswegen bitte ich, wie Herr Rutter es auch schon angedeutet hat, bei diesem Thema um ein bisschen mehr Ruhe und Sachlichkeit.

(Christian Maaß GAL: Oder mehr Geld!)

Noch nie sind in Europa so viele Menschen so gesund und so alt geworden wie heute. Das ist gut so und das soll so bleiben.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

C Gerade deswegen sind gesunde und sichere Lebensmittel natürlich vitales Interesse aller, aber auch und gerade der Landwirte. Dabei spielt es überhaupt keine Rolle, ob es sich um Öko- oder Nicht-Öko-Landwirte handelt. Sie haben alle das gleiche Interesse wie die Verbraucherinnen und Verbraucher in diesem Lande. Sie wollen, dass gesunde Lebensmittel hergestellt werden, die mit Genuss und ohne Reue gegessen werden können. Nicht die Agrarwende ist daher das Thema, sondern die Weiterentwicklung der Landwirtschaft im Ganzen, die Produktion gesunder Lebensmittel, die von allen Bürgerinnen und Bürgern bezahlt werden können, die gesunde und abwechslungsreiche Ernährung, die Erkrankungen durch falsche Ernährung verhindert, die Förderung einer Landbewirtschaftung, die das Prinzip der Nachhaltigkeit bei gleichzeitiger Pflege der Kulturlandschaft berücksichtigt, und die artgerechte Tierhaltung und Tierernährung aller Tiere, auch EU-weit.

Der Ökolandbau hat dabei seinen eigenen Stellenwert, weil seine Produkte einen Markt haben. Aber auch er leistet aus sich selbst heraus keinen Beitrag zur BSE-Bekämpfung. Deshalb gehört der Schutz unserer eigenen Betriebe in Hamburg vor künstlichen Wettbewerbsverzerrungen zu den wichtigsten Maßnahmen bei der Herstellung von Lebensmittelsicherheit.

D Die Verbraucherinnen und Verbraucher müssen schlussendlich selbst in eigener Verantwortung entscheiden, was sie essen. Niemand kann ihnen diese Entscheidung abnehmen, auch nicht die Regierung durch Erklärungen, was sicher sei und was nicht, denn das hat in letzter Zeit öfter zu Fehlentwicklungen geführt.

Um dort hinzukommen – das ist mir bislang zu wenig zur Sprache gekommen –, brauchen wir vor allen Dingen ein verstärktes Wissen. Dieses bekommen wir nur durch verstärkte Investitionen in die Forschung, in die Erforschung der Übertragungswege und die Entwicklung von Tests an lebenden Tieren. Wir wissen im Moment viel zu wenig über BSE, in jedem Fall nicht genug, um die Ausbreitung der Krankheit gezielt unterbinden zu können. Wir wissen nichts über die Übertragungswege. Daher müssen intensive Anstrengungen unternommen werden, diese Erkrankung und den genauen Weg ihrer Entstehung zu erforschen.

Das fällt bei einer ideologisch begründeten Ablehnung von Gentechnik und agrarwissenschaftlicher Forschung natürlich ein bisschen schwer, sodass dann letztendlich nur noch chemische Tests verbleiben. Die können zurzeit keine hundertprozentige Sicherheit gewährleisten, egal ob sie von privaten oder öffentlichen Instituten geleistet werden.

In diesem entscheidenden letzten Punkt in der Forschung versagen Sie auch mit Ihrem heutigen Antrag und den Beschwörungsformeln der Agrarwende als Allheilmittel.

Wichtigste Voraussetzung, um die Verbreitung einer weitgehend unbekannten Erkrankung zu verhindern, ist die Erforschung ihrer Ausbreitungswege und die Entwicklung von Tests am lebenden Tier. Das hatte ich schon gesagt. In Deutschland ist darüber praktisch nie geforscht worden. Seit 1993 wurden für die BSE-Forschung zusammen gerade einmal 15 Millionen DM ausgegeben. Das ist weniger als die Folgekosten eines BSE-Falles. Da hat sich die alte Bundesregierung – räume ich ein – nicht gerade mit Ruhm bekleckert, die neue rotgrüne aber auch nicht.

Das immerhin rotgrün regierte Land Schleswig-Holstein mit seinem vergleichsweise hohen Rinderbestand von 1,4 Millionen Rindern bei 2,8 Millionen Menschen hat zum

(Ekkehard Rumpf FDP)

A Beispiel keinerlei Anstrengungen unternommen, an der Erforschung von BSE mitzuwirken, obwohl es eine herausragende agrarwissenschaftliche Fakultät hat. Statt der Einrichtung eines Lehrstuhls für Ökolandbau wäre ein genetisch orientierter Lehrstuhl gerade in Bezug auf die Lebensmittelsicherheit sehr viel zukunftsweisender gewesen.

Hier ergeben sich echte Ansatzpunkte für die Hamburger Politik und die Schwerpunktsetzung der neuen Regierung im Bereich Bildung und Forschung. Wissen ist der erste und wichtigste Schritt zu mehr Sicherheit im Lebensmittelbereich. Den Schritt sollten wir tun, bevor wir uns blind in agrarpolitische Abenteuer stürzen und damit der gesamten deutschen Landwirtschaft nachhaltig schaden.
– Danke schön.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Vizepräsident Peter Paul Müller: Das Wort hat die Abgeordnete Frau Möller.

Antje Möller GAL:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es reizt mich nun doch, mich noch einmal in die Debatte einzumischen.

(*Dr. Michael Freytag CDU: Das war zu befürchten!*)

Herr Rumpf, genau darum geht es, was Sie zum Schluss gesagt haben: Wissen ist das Einzige, was uns schützt, ebenso Transparenz für die Verbraucherinnen und für die Verbraucher. Was Sie und Ihr Vorredner der Koalitionsmitfraktion hier gesagt haben, bleibt weit hinter dem zurück, was der Bauernverband einfordert und was die Landwirtschaftskammer und der Gartenbauverband Nord in dieser Stadt diskutieren. Sie sind mit Ihren beiden Beiträgen wirklich jenseits der Debatte.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Das ist bedauerlich, weil Sie sich jetzt neu auf die Fahnen geschrieben haben, Sie wollen beim Thema Verbraucherschutz vorangehen. Vielleicht wäre es sinnvoll, sich im Ausschuss mit Landwirtschaftskammer und Bauernverband zusammenzusetzen und darüber zu reden, was aus deren Sicht sinnvoll ist, um die Agrarkrise zu bewältigen, um den Einbruch bei der konventionellen Landwirtschaft wenigstens annähernd ausgleichen zu können, um das Verbrauchertrauen zurückzugewinnen. Es sollte eine Debatte über Transparenz, Information und Offenheit gegenüber den Verbraucherinnen und Verbrauchern geführt werden.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Vizepräsident Peter Paul Müller: Wird weiter das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung.

Wer möchte den Antrag aus der Drucksache 17/319 annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag mit Mehrheit abgelehnt.

Tagesordnungspunkt 7, Drucksache 17/308: Antrag des Senats, Entwurf eines Gesetzes zum Erhalt und zur Stärkung des Luftfahrtindustriestandorts Hamburg.

[Senatsantrag:

Entwurf eines Gesetzes zum Erhalt und zur Stärkung des Luftfahrtindustriestandortes Hamburg
– Drucksache 17/308 –]

C Die SPD-Fraktion beantragt eine Überweisung dieser Drucksache an den Wirtschaftsausschuss. Die GAL-Fraktion möchte die Drucksache zusätzlich zur Mitberatung an den Rechtsausschuss und an den Umweltausschuss überweisen. Wer wünscht das Wort? – Herr Senator Uldall wünscht und bekommt das Wort.

Senator Gunnar Uldall: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der vorliegende Gesetzentwurf ist ein weiterer Baustein, den Luftfahrtstandort Hamburg zu erhalten, auszubauen und alle Chancen, die sich um diesen wachsenden Industriezweig ranken, zu nutzen und für Hamburg zu mobilisieren.

Im Juni 2000 hatte Airbus Industrie die Entscheidung getroffen, den neuen großen Airbus A380 auf Finkenwerder zu bauen und gleichzeitig Finkenwerder zum Entwicklungs- und Produktionszentrum für die Single-Aisle-Modelle auszubauen.

Dieser Entscheidung war ein langer, harter Wettbewerb zwischen fünf verschiedenen Städten in Europa vorausgegangen, der zugunsten Hamburgs entschieden wurde.

(*Uwe Grund SPD: Das wussten wir schon!*)

Hamburg und Deutschland haben mit dieser Investitionsentscheidung gezeigt, dass selbst internationale hart umringene Standortentscheidungen zugunsten deutscher Standorte getroffen werden können. Es war eine gewisse Zeitlang ein bisschen Mode, den Standort Deutschland herunterzureden und so zu tun, als wenn man hier nicht mehr richtig investieren könnte. Durch die Entscheidung von Airbus wurde gezeigt, dass Deutschland ein guter Standort ist. Wir Hamburger dürfen besonders stolz darauf sein, dass diese Entscheidung zugunsten Hamburgs getroffen wurde und wir Hamburger zeigen konnten, dass wir hier die entsprechende Durchschlagskraft gegenüber ausländischen Wettbewerbern haben.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Diese Entscheidung ist auch deswegen zustande gekommen, weil sie von fast allen politischen Parteien, von den Gewerkschaften und von den Kammern mit nachhaltiger Unterstützung getragen wurde und in der Stadt ein Konsens zu verzeichnen war.

In der letzten Legislaturperiode hat die Bürgerschaft durch die Ratifizierung der Staatsverträge mit den Ländern Niedersachsen und Schleswig-Holstein die wesentlichen Grundlagen für die planungsrechtliche Absicherung der notwendigen Werkserweiterung geschaffen.

Außerdem wurden die wichtigen Entscheidungen hinsichtlich der Finanzierung und Zurverfügungstellung der Haushaltssittel im Parlament getroffen. In der Zwischenzeit ist die Projektrealisierung weit vorangeschritten. Das Unternehmen Airbus hat bereits mit dem Bau der Produktionshallen begonnen.

Um die zeitlich engen Ziele, die Airbus gesetzt hatte, auch einhalten zu können, war es notwendig, Teile des Planfeststellungsbeschlusses für sofort vollziehbar zu erklären. Die hiergegen von den Naturschutzverbänden sowie einzelnen Klägern vorgebrachten Anträge auf vorläufigen Rechtsschutz waren dann Gegenstand von Entscheidungen des Verwaltungsgerichts in Hamburg und des Hamburgischen Oberverwaltungsgerichts. Zunächst wurde – daran erinnern wir uns alle – am 18. Dezember 2000 ein Baustopp verhängt. Aber das Hamburgische Oberverwaltungsgericht hatte dann in seinem Beschluss im Fe-

(Senator Gunnar Uldall)

- A Februar 2001 die Anträge auf vorläufigen Rechtsschutz zurückgewiesen. Die von den Naturschutzverbänden und auch von einzelnen Klägern vor dem Bundesverfassungsgericht dagegen vorgebrachten Rechtsmittel wurden vom Bundesverfassungsgericht ebenfalls zurückgewiesen.

Damit besitzt diese Investition eine auch für vergleichbare Projekte ungewöhnlich hohe politische und rechtliche Legitimation. Ich freue mich, dass dieses nicht nur Auffassung des Senats ist. In einer Presseinformation, die ich unmittelbar vor Sitzungsbeginn erhielt, erklärt auch die Sozialdemokratische Partei, dass sie in dieser Frage hinter dem Projekt Airbus steht. Ich möchte ausdrücklichen Dank sagen für diese Unterstützung, die wir durch die größere Oppositionspartei erhalten haben. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Meine Damen und Herren! Die Verfahren in der Haupt-
sache sind aber immer noch vor dem Verwaltungsgericht
abhängig. Diese Verfahren müssen mit größtmöglicher
Sorgfalt durchgeführt werden. Wir stehen in der Pflicht, alle
möglichen Restrisiken zu prüfen und im Interesse des
Gesamtvorhabens zu überprüfen, ob wir sie tatsächlich so
bewältigen können.

Diese Überprüfung der Restrisiken auf dem rechtlichen
Sektor hat den Senat bewogen, diesen Gesetzentwurf zur
Beschlussfassung einzubringen. Mit dem Gesetzentwurf soll
festgestellt werden, dass der Ausbau des Airbuswerkes in Finkenwerder dem Wohl der Allgemeinheit dient, da-
mit im öffentlichen Interesse liegt und durch Maßnahmen,
die Gegenstand einer Planfeststellung oder Plangenehmi-
gung sind, die Vorschriften Anwendung finden sollen, die
allgemein für gemeinnützige Vorhaben gelten.

- B Anlass für diese vom Senat vorgelegte Regelung sind Ausführungen des Oberverwaltungsgerichts in seinem Beschluss vom Februar des vergangenen Jahres. Dieser Beschluss enthält unter anderem den Hinweis, dass die Frage, ob der Ausbau dieses Werkes ein ausschließlich privaten Vorhaben darstellt, im Hauptsacheverfahren entschieden werden könnte.

Das hat folgenden Hintergrund: Das mit dem Planfeststellungsverfahren für die Werkserweiterung genehmigte Vor-
haben hat nach Auffassung von Gutachtern für die Betroffenen keine unmittelbaren, nicht mehr hinzunehmenden Lärmbelästigungen. Darüber hinaus enthält aber auch der Planfeststellungsbeschluss Schutzzvorkehrungen, um möglicherweise von Verwaltungsgerichten als unzumutbar angesehene Lärmauswirkungen zu begrenzen.

Sollten Verwaltungsgerichte mögliche Beeinträchtigungen dennoch als unzumutbar bewerten, können die Betroffenen nach den Regeln des Hamburgischen Verwaltungsverfahrensgesetzes entschädigt werden, denn diese Regelung ist nach Auffassung des Senats sowohl auf private als auch auf gemeinnützige Vorhaben anwendbar.

Aus diesem Grunde bedarf es zur Vermeidung rechtlicher Restrisiken der Feststellung, dass die entsprechenden Maßnahmen dem Wohle der Allgemeinheit dienen und damit gemeinnützig sind. Dann finden die Ausgleichsregelungen des Hamburgischen Verwaltungsverfahrensgesetzes in jedem Fall Anwendung. Mögliche, als unzumutbar angesehene Beeinträchtigungen können dann durch Entschädigungszahlungen des Unternehmens ausgeglichen werden. Ich weise darauf hin: Entschädigungszahlungen durch das Unternehmen, nicht durch den Hamburger Haushalt.

C Dieser Interessenausgleich ist auch im Hinblick auf das Wohl der Freien und Hansestadt Hamburg an dem Gesamtvorhaben zweckdienlich und sachgerecht, denn anderenfalls bestünde die Gefahr, dass unter Umständen nur ein einzelner Kläger das Gesamtvorhaben blockieren könnte. Vor dem Hintergrund der überragenden wirtschaftlichen und strukturpolitischen Bedeutung der Luftfahrtindustrie für den Standort Hamburg unterstreicht diese gesetzgeberische Feststellung den bereits vorhandenen gemeinnützigen Charakter des Vorhabens.

Ich möchte in diesem Zusammenhang noch einmal verdeutlichen, um welche gewaltige Aufgabe es sich handelt. Es ist nicht nur das größte Investitionsvorhaben, das zurzeit in Hamburg läuft, sondern es ist das größte Investitionsvorhaben, das überhaupt jemals aus der hamburgischen Kasse bezahlt worden ist.

Inzwischen sind von dem Gesamtvolumen über 600 Millionen DM verbaut worden. Wenn man es zurücknehmen würde oder zurücknehmen müsste, wären nicht nur diese 600 Millionen DM verloren. Nein, es müsste noch einmal der gleiche Betrag aufgewandt werden, um den Rückbau zu ermöglichen, ohne dass man damit eventuell eingetretene ökologische Schäden beseitigen könnte. Das zeigt also, dass von den finanziellen Dimensionen alles darangesetzt werden muss, um in jedem Fall ein Scheitern vor Gericht zu vermeiden. Ganz abgesehen von den finanziellen Dimensionen wäre es aber für den Industriestandort Hamburg ein gewaltiger Schlag, wenn eine einmal getroffene Investitionsentscheidung wieder zurückgenommen werden würde. Dieses würde bedeuten, dass Hamburg über viele Jahre hinaus als Industriestandort wenig interessant wäre und wir uns dann nicht wundern dürften, wenn entsprechende Investitionsvorhaben in Hamburg unterblieben.

D (Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Aufgrund der Beschlüsse der Hamburgischen Bürgerschaft zu den mit den Ländern Niedersachsen und Schleswig-Holstein abgeschlossenen Staatsverträgen steht nach Auffassung des Senats fest, dass die Gemeinnützigkeit des Vorhabens gegeben ist. Auch die EU-Kommission hat in ihrer Stellungnahme zur Erweiterung des Airbuswerkes am 19. April 2000 festgestellt, dass sie die negativen Auswirkungen des Projektes aus zwingenden Gründen des überwiegenden öffentlichen Interesses für gerechtfertigt hält.

Diese Bewertung bezieht sich insbesondere auf die Bedeutung dieses Projektes für die norddeutsche Region und nicht zuletzt auch für die gesamte europäische Luftfahrtindustrie.

In der hamburgischen Wirtschaftsgeschichte hat es viele Fälle gegeben, in denen man durch die Bündelung aller Kräfte in Hamburg die Entscheidung für große Zukunftsvorhaben durchgesetzt hat. Ich will einige Beispiele nennen.

Der Anschluss Hamburgs an das deutsche Zollgebiet vor über 100 Jahren war möglich, weil man einen Konsens im Parlament und in der Öffentlichkeit hergestellt hatte. Das gilt für das Konzept des offenen, jederzeit auch durch wachsende Schiffsgrößen erreichbaren Hamburger Hafens. Das gilt für den Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg und für die Politik der Elbe zur Zeit des Kalten Krieges sowie für die Bewältigung der schrecklichen Folgen der Sturmflut von 1962, an die wir in den vergangenen

(Senator Gunnar Uldall)

A Tagen häufig gedacht haben. Ohne einen breiten politischen und gesellschaftlichen Konsens wären diese für Hamburgs Zukunft so wichtigen Entscheidungen nicht möglich gewesen.

Viele dieser Entscheidungen waren und sind für die Bürger in Hamburg auch mit Belastungen verbunden gewesen. Zum hanseatischen Kaufmannsgeist gehört aber auch, das Wohl der Stadt über die Partikularinteressen Einzelner zu stellen. Belastungen Einzelner können und sollen durch einen gerechten und gegebenenfalls finanziellen Lastenausgleich bewältigt werden.

An dieser Tradition wollen wir festhalten. Lassen Sie uns gemeinsam einen weiteren Baustein für die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt setzen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der FDP und bei *Ingrid Cords SPD*)

Vizepräsident Peter Paul Müller: Das Wort hat die Abgeordnete Frau Pauly.

Rose-Felicitas Pauly FDP: Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Die FDP steht, auch wenn Druck auszuhalten ist, zum Luftfahrtstandort Hamburg,

(Beifall bei *Wolf-Dieter Scheurell und Heidemarie Scherweit-Müller*, beide SPD)

sowohl zum Flughafen – es gehört außer Airbus noch ein wenig mehr dazu –, zur Lufthansawerft als auch zur Deutschen Airbus AG.

B Die FDP bejaht alle Anstrengungen, die im Zusammenhang mit der Erweiterung auf Finkenwerder unternommen worden sind und auch noch unternommen werden müssen. Der planmäßige Ausbau hat inzwischen begonnen und schreitet zügig voran. Wir sind – das ist sehr zu begrüßen – im Zeitplan.

Es ist völlig klar, dass natürlich auch Fakten geschaffen werden, aber die Gegner geben trotzdem nicht auf. Der Streit um das Projekt geht weiter und Anknüpfungspunkt ist das Thema Gemeinnützigkeit. Was überwiegt? Das Interesse eines einzelnen Unternehmens oder das Interesse der Stadt? Es gilt, dieses abzuwägen, weil die Industrie in den letzten Jahrzehnten das Stiefkind der Hamburger Politik gewesen ist. Die FDP hat die Anstrengungen von Senator Mirow und des gesamten Senats für den A3XX mehrheitlich immer gutgeheißen.

Wir stehen auch, ohne zu wackeln, künftig fest dazu, aber die Diskussion und das Hinterfragen der Begleitumstände

(*Anja Hajduk GAL*: Das ist kein Wackeln!)

der Rahmenbedingungen gehört zum liberalen Selbstverständnis, es ist sogar ein liberales Grundrecht.

In der FDP gibt es in der Tat Zweifel, ob statt der Eingriffe in das Mühlenberger Loch zum Beispiel eine Erweiterung Richtung Osten nicht doch möglich und auch sinnvoll gewesen wäre. Dieses ist durch Gutachten widerlegt worden. Bei mir sind die Zweifel nicht ausgeräumt worden und bei vielen meiner Parteifreunde auch nicht.

Es bestehen Zweifel, ob die Vorarbeiten des Senats im Zusammenhang mit der Bewerbung mit der genügenden Sorgfalt betrieben wurden, um ein Scheitern vor Gericht nach menschlichem Ermessen ausschließen zu können, oder ob der bestehende Zeitdruck hier und da dazu geführt

hat, das Projekt schnell voranzutreiben nach dem Motto: Es wird schon irgendwie gut gehen. C

(*Ingrid Cords SPD*: Stehen Sie dahinter oder nicht?)

Mit dem vorliegenden Antrag wird eine Stütze eingezogen, die das Projekt durch die Gefahren des noch vor uns stehenden Gerichtsverfahren tragen soll.

Ich habe lernen dürfen, dass dieses Verfahren, nämlich die Gemeinnützigkeit nicht festzustellen, sondern einfach per Gesetz zu beschließen, in Deutschland durchaus nicht unüblich ist. Es gibt eine Reihe von sehr guten Gründen, die das Vorliegen der Gemeinnützigkeit unterstreichen.

Einer der wichtigen Gründe ist für mich natürlich, dass die Deutsche Airbus AG sehr wohl hätte entscheiden können, den Airbus in Toulouse zu bauen.

(*Dr. Andrea Hilgers SPD*: Das ist ja ein Ding!)

Damit wäre Hamburg als Luftfahrtstandort auf Dauer gefährdet und meines Erachtens überhaupt nicht zu erhalten gewesen.

Es gibt weitere Argumente dafür, dass die Interessen der Stadt überwiegen. Die Entscheidung bewirkt, dass die vorhandenen Arbeitsplätze am Standort Hamburg für die Luftfahrtindustrie erhalten bleiben und mit dem Ausbau des Finkenwerder Geländes neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Ich will überhaupt nicht über die Zahlen diskutieren, nur feststellen: Es werden neue Arbeitsplätze nicht nur bei Airbus geschaffen, sondern auch bei der Zuliefererindustrie.

Es werden sich um Airbus herum viele neue Zuliefererbetriebe ansiedeln können. Das wäre auch ein Thema für die heute verpasste Mittelstandsdebatte gewesen. In Hamburg den Mittelstand zu fördern, ist ein wichtiger Punkt. D

(*Anja Hajduk GAL*: Das haben wir alles vorangebracht!)

Wichtig ist dieses Projekt auch für den Hochschulstandort. Das von uns angestrebte Ziel einer Kooperation zwischen der Luftfahrtindustrie und den Hochschulen wird sich zugunsten von Ausbildungsplätzen in der Luftfahrtindustrie und den Hochschulen intensivieren. Diese Zusammenarbeit ist hervorragend.

Herr Dobritz, ich habe mich natürlich genauso wie der Senator über Ihre Presseerklärung gefreut. Es ist schön, zu dem zu stehen, was bisher gemacht wurde, und wir stehen uns auch dann nicht aus der Verantwortung, wenn es Schwierigkeiten gibt. Diese wird es geben, denn natürlich erzeugt dieses Projekt Widerstände. Belastungen entstehen für diejenigen, die im unmittelbaren Umfeld leben, wohnen und arbeiten. Ich freue mich, dass Sie, wenn diese Belastungen kommen, noch zu Ihren eigenen Entscheidungen stehen.

(*Dr. Andrea Hilgers SPD*: So sind wir!)

Herr Dobritz, seosehr ich diesen Aspekt der Presseerklärung begrüße, so halte ich doch in diesem Zusammenhang Ihre Erklärung zum Thema Ortsumgehung Finkenwerder für ziemlich unnütz.

Lieber Herr Dobritz! Wir kennen uns schon etwas länger, Sie wissen also: Das Thema Ortsumgehung Finkenwerder wird schon seit annähernd 30 Jahren diskutiert; es wurde verschleppt. Von wem ist es denn verschleppt worden?

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

(Rose-Felicitas Pauly FDP)

- A Die Verschleppung hat doch einen Namen. Dieser Name heißt Eugen Wagner; das ist doch in der Stadt allen bekannt.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Meine Damen und Herren! Die Verhältnisse sind nun, wie sie sind, es gibt keine Ortsumgehung Finkenwerder.

(Krista Sager GAL: Ja, warum denn nicht?)

Wir können aber auf der anderen Seite das Alte Land nicht mit Straßen zupflastern, das macht die FDP nicht mit.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und bei Christian Maaß GAL)

Deshalb haben wir im Koalitionsvertrag festgelegt, dass im Alten Land nur eine Trasse gebaut wird. Ich erwarte, dass diese Bedingung des Koalitionsvertrages eingehalten wird, auch wenn es darüber zum Streit kommen sollte.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Das ist mein ganz persönliches Anliegen.

Wo immer die A 26 verläuft, sie wird die Entlastung für Finkenwerder bringen. Diesem kann man auch nachhelfen, indem man den Ortsteil Finkenwerder für den Schwerlastverkehr sperrt. Dann müssen alle die Umgehung, also die A 26, benutzen,

(Barbara Duden SPD: Die gibt es doch gar nicht!)

sodass es auch die Entlastung für die Finkenwerder Bürger geben wird.

- B (Auf der oberen Zuhörertribüne wird ein Transparent entrollt. – Glocke)

Ich bin am Ende, Herr Präsident. – Vielen Dank.

Vizepräsident Peter Paul Müller: Ich möchte die Damen und Herren auf der Tribüne bitten, ihr Transparent sofort wieder einzupacken. Sonst muss ich Sie gewaltsam entfernen lassen.

Meine Damen und Herren! Ich komme zu den Tagesordnungspunkten 3 und 4. Mir liegen nach Auszählen der Stimmen die Wahlergebnisse vor.

Zur Wahl von acht ehrenamtlichen Mitgliedern und deren Vertreterinnen oder Vertretern der Kommission für Bodenordnung kann ich Ihnen mitteilen, dass alle vorgeschlagenen Personen gewählt worden sind. Ich gehe von Ihrem Einverständnis aus, dass die umfangreichen Wahlergebnisse im Einzelnen zu Protokoll gegeben werden.*

Das Gleiche gilt für den Tagesordnungspunkt 4: Wahl von drei Mitgliedern für den Vergaberat der Norddeutschen Stiftung für Umwelt und Entwicklung. Es haben alle vorgeschlagenen Personen die benötigten Stimmen erhalten und sind somit gewählt worden. Auch hier gehe ich von Ihrem Einverständnis aus, dass die Ergebnisse im Einzelnen zu Protokoll gegeben werden.*

Wir fahren jetzt mit der Debatte fort. Das Wort für fünf Minuten hat der Abgeordnete Dobritz.

- C **Werner Dobritz** SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Sie bestimmen die Redezeit von SPD-Abgeordneten nicht.

(Beifall bei Anja Hajduk GAL)

Es ist ein Wunsch der Fraktion, dass ich eine gewisse Länge nicht überziehe, was ich kaum schaffen werde. Aber ich werde mir Mühe geben.

(Thomas Böwer SPD: Von daher war das ein wichtiger Hinweis!)

Herr Senator Uldall! Es freut uns Sozialdemokraten: Sie sind in dieser Frage angekommen. Wer sich Ihre Wortbeiträge aus den Jahren 1976 und 1977 vor Augen hält, als Sie Abgeordneter der Hamburgischen Bürgerschaft waren und sich vehement gegen das Engagement Hamburgs bei MBB stemmten, wo sozusagen die Urzelle des Aufbruchs auf Finkenwerder lag, der hätte nicht gedacht, dass Sie das schaffen. Aber Sie sind ein lernfähiger Mann und heute angekommen. Ihre Position wird geteilt und wir bedanken uns dafür bei Ihnen.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte kurz zum Begriff Gemeinnützigkeit Stellung nehmen, weil sich dies natürlich auf den ersten Blick schwer erschließen lässt. Der Begriff Gemeinwohl wäre hier richtiger, denn denken wir an die Gemeinnützigkeit, denken wir immer an die Abgabenordnung im Steuerrecht. Dort wird ein als gemeinnützig anerkannter Verein nach Paragraph sowieso geführt, der keine Steuern mehr zahlen muss. Ich wollte nur vorbeugen, dass das nicht gemeint ist. Wir gehen weiterhin davon aus, dass an diesem Standort alle Unternehmen Steuern zahlen.

D Worum geht es hier? Es geht in mehreren Urteilen um die Aussage des Bundesverfassungsgerichts, dass es auch möglich ist, dass ein privatnützige tätiges oder privatrechtlich organisiertes Unternehmen über den Unternehmenszweck selbst oder über die mittelbaren Folgen einen sehr hohen Beitrag zum Gemeinwohl leisten kann. Damit sind wir beim Grundgesetz angelangt.

Das Bundesverfassungsgericht sagt, ob Gemeinwohlinteresse vorliegt, hat der Gesetzgeber durch Gesetz zu bestimmen und nicht die entsprechende Regierung durch eine einfache Verordnung. Deshalb liegt dieses Gesetz jetzt auch vor. Es ist völlig unstrittig, Frau Pauly, dass dieses Gesetz dem Ziel dient, den weiteren Planungsverlauf des Projektes zusätzlich mit abzusichern. Hier wird auch nicht drum herum geredet. Den Vorwurf von Herrn Rumpf, den ich heute in der „Welt“ lesen konnte, dass alles ordnungsrechtlich ganz schlimm sei, kann ich darum nicht nachvollziehen.

(Ingrid Cords SPD: Der hat ja auch gar keine Ahnung!)

Denn im Zuge der deutschen Einheit sind zum Beispiel sämtliche Projekte – von der A 20 bis zum Transrapid –

(Burkhardt Müller-Sönksen FDP: Das sollten Sie besser nicht erwähnen!)

auf eine eigenständige gesetzliche Grundlage gestellt worden mit dem Ziel, den Planungsablauf aufgrund des hohen Gemeinwohlinteresses besser umsetzen zu können.

Frau Pauly, Ihren Hinweis, dass Airbus selbst ein blendendes Beispiel für aktive Mittelstandsförderungspolitik ist, teile ich außerordentlich.

(Beifall bei Wolf-Dieter Scheurell SPD)

* Ergebnisse siehe Seiten 375 und 376.

(Werner Dobritz SPD)

- A Nicht nur bei Airbus arbeiten 8000 Menschen, sondern es sind inzwischen in Hamburg und in der Hamburger Region 13 000 Arbeitnehmer, die bei 400 Zulieferern und Dienstleistern tätig sind. Sie müssen doch zugeben, dass die Sozialdemokratie seit 1977 beste Mittelstandspolitik in dieser Stadt geleistet hat.

(Beifall bei der SPD)

Was den Zeitdruck angeht: Dieser war nicht – wie ein bekannter Hamburger Journalist in der „Welt“ schrieb – dadurch entstanden, dass wir die Bürgerschaftswahl erreichen wollten. Der Zeitdruck war dadurch entstanden, dass das Unternehmen Zeitvorgaben machte, weil alle französischen Konkurrenten, die in der EU-Kommission oder in Toulouse selbst mitarbeiten konnten, fast monatlich – Herr Senator Uldall wird sich das bestätigen lassen – das Stöckchen höher gehalten haben, immer wieder neue Anforderungen nach Hamburg geschickt und neue Zeitachsen aufgegeben haben. Vor diesem Hintergrund waren wir natürlich unter Zeitdruck. Am Ende gibt es dann möglicherweise einige Punkte – Sie kennen ja den Spruch: Auf hoher See und vor Gericht ..., wenn es den lieben Gott dann gibt ... –, die zum Beispiel beim Oberverwaltungsgericht in Schleswig hängen bleiben. Darüber redet man nicht wehmütig und wehleidig, sondern es ist die Aufgabe der Politik, zu handeln und dieses durch andere Alternativen und Nachbessern, wo es auch immer geht, wieder flottzumachen. Das ist die Aufgabe von Politik und dies erwarten wir vom Senat.

(Beifall bei der SPD)

Neben den Äußerungen, die heute von der FDP gefallen sind und die andeuteten, dass in dieser Sachfrage die Koalition – ich sage einmal – ein wenig bröckelte,

B

(Burkhardt Müller-Sönksen FDP: Davon kann nicht die Rede sein!)

gibt es natürlich auch einen Punkt, Frau Pauly, auf den ich zurückkommen möchte.

Es mag ja sein, dass auch in Ihrem Sinne die Entscheidung für eine Straßenanbindung zu spät getroffen worden ist, aber sie wurde in der letzten Legislaturperiode definitiv getroffen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Es geht doch nicht an, wenn man keine Alternative hat, dass dann der Verkehrssenator mit sehr viel Dilettantismus in die Süderelberegion fährt und sagt: Ich mache das Fass wieder auf und überlege einmal, ob ich das oder das oder beides will. Als Endergebnis kommt heraus, dass es nun eine riesengroße Koalition der Neinsager im Süderelbauraum gibt. Mit diesem Dilettantismus gefährden Sie Tausende von Arbeitsplätzen auf Finkenwerder.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Wir erwarten vom Senat, dass er für die Zukunft die richtigen Schlüsse aus den OVG-Urteilen zieht und dort nachbessert, wo es notwendig und auch möglich ist, oder eine Alternative entwickelt. Wir erwarten – das habe ich auch in die Presseerklärung hineingeschrieben –, dass in diesem Jahr der Eckpfeiler, sozusagen die Grundfestung der Finanzierung, endlich sattelfest gemacht wird und dass die in Hamburger Besitz befindlichen EADS-Anteile erfolgreich an Daimler-Chrysler verkauft werden. Wir erwarten, dass auch die Summe, die bisher in den Drucksachen steht, realisiert wird.

Herr Senator Uldall, der Ausbau von Airbus war in der letzten Legislaturperiode ein aktiver, industriepolitischer Beitrag, dem Ziel näher zu kommen, die Arbeitslosigkeit in Hamburg erheblich abzubauen. Sie wissen, dass wir es in vier Jahren geschafft haben, die Zahl von 100 000 auf 70 000 zu senken.

C

Für die nächsten vier Jahre muss es Ihr und unser aller Ziel sein, auf nur 50 000 Arbeitslose minus X zu kommen. Das sind nur zwei Dritteln von dem, was wir selbst geschafft haben. In diesem Sinne wünschen wir uns, dass Sie das Projekt auf Finkenwerder auch weiter fördern und endlich in die Scheuer einfahren. – Danke schön.

(Beifall bei der SPD und bei Farid Müller GAL)

Vizepräsident Peter Paul Müller: Das Wort hat Frau Abgeordnete Ahrons.

Barbara Ahrons CDU:* Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Herr Dobritz, an der Aufregung über die Straßen auf Finkenwerder trägt nach wie vor die SPD die Schuld. Sie hätten nämlich schon längst in die Puschen kommen können, dann wäre das alles jetzt nicht nötig gewesen.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP – Dr. Andrea Hilgers SPD: Das ist ja langweilig!)

Ich möchte trotzdem noch einmal auf die Bedeutung zurückkommen.

Hamburg war bereits in der Vergangenheit einer der wichtigsten Standorte der Luftfahrtindustrie und wird diese Stellung mit der Erweiterung der Produktionsfläche der DASA immer weiter ausbauen. Der A380 wird zum Synonym für die Wirtschaftsmetropole Hamburg. Es war die richtige Entscheidung für die DASA-Erweiterung auf Finkenwerder. Die CDU-Bürgerschaftsfraktion hat diese Entscheidung immer mitgetragen und aus voller Überzeugung gegen jede Widerstände verteidigt.

D

Fakt ist: Durch den Erhalt und den Ausbau der DASA in Hamburg wird auch in Zukunft ein wichtiger Standort erhalten bleiben und ausgebaut werden. Arbeitsplätze werden nicht nur im Werk selbst erhalten, sondern auch in den Zuliefererbetrieben gesichert und ausgebaut. Hierüber hat sich Herr Dobritz schon lang und breit ausgelassen. In diesem Falle muss ich Sie auch unterstützen, Herr Dobritz.

Selbst kleine und mittlere Handwerksbetriebe aus der Metropolregion Hamburg profitieren unmittelbar von der DASA. Die DASA ist damit ein wichtiger Faktor, um Hamburg langfristig Beschäftigungs- und Einkommenschancen zu sichern.

Die zahlreichen Baumaßnahmen in Milliardenhöhe sind das größte Konjunkturprogramm der Nachkriegsgeschichte für die krisengeschüttelte Bauwirtschaft in Hamburg überhaupt. Mindestens 50 bis 60 Prozent des Auftragsvolumens kommen unmittelbar den mittelständischen Unternehmen in der Bauwirtschaft zugute; das haben auch die aktuellen Erhebungen bewiesen.

Das gilt erst recht, wenn die weltweite Krise in der Luftfahrt, die natürlich maßgeblich durch die Terroranschläge am 11. September verursacht wurde, überstanden, die Kurzarbeit vorüber ist und die Produktion auf vollen Touren läuft. Hamburg wird dann noch mehr als in den vergangenen Jahren erheblich von der DASA profitieren.

(Barbara Ahrons CDU)

- A Wenn die Chance der Erweiterung der DASA auf Finkenwerder vertan worden wäre, dann hätte der Industriestandort Hamburg an zukünftigen Entwicklungen in der hochtechnologisierten Luftfahrtindustrie nicht teilnehmen können und wäre über kurz oder lang unter anderem beim Wettbewerb mit Toulouse unterlegen.

Von dort hatte man gespannt im Rahmen des Wettbewerbs um den A380 nach Hamburg geschielt und gerne weitere Produktionsabschnitte übernommen. Toulouse stand bereit und wird auch in Zukunft bereitstehen, wenn wir auch nur im Geringsten an unserem Bekenntnis zum Luftfahrtindustriestandort Hamburg Zweifel aufkommen lassen.

Trotz alledem sind die Stimmen der Kritiker noch nicht verstummt und zahlreiche Gerichtsverfahren anhängig. Auch wenn die Gegner vereinzelt Teilerfolge vor Gericht erzielen, gerät das Projekt dadurch insgesamt nicht in Gefahr. Sicherlich hat in einem Rechtsstaat jeder Bürger das Recht, staatliche Entscheidungen juristisch nachprüfen zu lassen. Aber die Bürgerschaft muss die Interessen des Gemeinwohls fest im Blick haben und alles dafür tun, dass gleichermaßen richtige und wichtige Entscheidungen zum Wohle Hamburgs Bestand haben.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Wir müssen und werden handwerklich korrekt arbeiten. Das heißt, unsere Entscheidungen müssen politisch und juristisch wasserdicht werden. Wünschenswert wäre es gewesen, wenn der vorherige Senat durch handwerkliche Fehler und Nachlässigkeit keine unnötigen Angriffsflächen für Kritiker geschaffen hätte und uns allen diese Zitterpartie nach der Anordnung des Baustopps Ende 2000 erspart geblieben wäre.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Dadurch wäre damals beinahe das gesamte Projekt gescheitert.

Um die Erweiterung der DASA auf Finkenwerder und die Zukunft Hamburgs als Luftfahrtindustriestandort für alle Zeiten wasserdicht zu machen, liegt dieser Gesetzentwurf des Senats zu seinem Erhalt und zu seiner Stärkung heute vor.

Das Gesetz wird die planrechtlichen Verfahren zur DASA-Erweiterung endgültig absichern. Die DASA-Erweiterung auf Finkenwerder dient dem Allgemeinwohl. Sie sichert den Luftfahrtstandort Hamburg, sie schafft ein riesiges Investitionsprogramm und schafft und sichert Arbeitsplätze. Davon waren wir und davon sind wir noch immer überzeugt.

Wir werden diesen Gesetzesentwurf in den Ausschuss überweisen, dort beraten und dann hier beschließen.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Vizepräsident Peter Paul Müller: Das Wort hat der Abgeordnete Butenschön.

Gunnar Butenschön Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Beim Lesen des Senatsantrags fiel mir ein grünes Lieblingsstichwort ein: Nachhaltigkeit. Bei den Grünen steht dieser Begriff für eine

Klientelpolitik gegen die schweigende Mehrheit der Bevölkerung. Was irgendwie der genervten SPD aus dem Kreuz geleiert wurde, darf auf keinen Fall umkehrbar sein.

Wir betreiben eine andere Politik der Nachhaltigkeit. Wir sorgen für die Interessen der Masse der Bevölkerung dieser Stadt, vor allem in den Bereichen Sicherheit, Wirtschaft, Verkehr und Bildung. Wir stehen für eine Wirtschaftspolitik, die das Allgemeinwohl auch mal über die Wünsche einzelner Anwohner stellt.

(Vizepräsident Farid Müller übernimmt den Vorsitz.)

Standortsicherung, in einem Ausmaß wie bei der Airbusmontage, muss auch gegenüber der Industrie glaubwürdig wirken.

Sie wirkt bereits unglaublich, wenn die Zustimmung, wie bei der GAL, mit einem öffentlichen Hickhack, zähneknirschend und kuriosen Forderungen verbunden wird.

Unsere Bewerbungsbroschüren für Großprojekte bedienen keine Klientelpolitik. Sie werden dort sicher nicht den Hinweis finden, dass Erkundungsarbeiten für ein zentrales Projekt der Wirtschaftspolitik unserer Stadt eingestellt werden, wenn ein eigens angestellter Ornithologe eine bestimmte Anzahl an Löffelentenpaaren sichtet oder vielleicht wie beim Wachtelkönig auch nur hört.

(Christian Maaß GAL: Ha, ha, hal)

Wer solche Bedingungen an ein zentrales Standortprojekt knüpft und sich insgeheim wünscht, dass dieses scheitert, handelt politisch falsch.

Noch falscher handelt jeder, der den heute vorliegenden Entwurf ablehnt. Wer heute zum Beispiel der Forderung des NABU nach Gesetzesablehnung nachgibt, gräbt der Stadt das Wasser ab. Deshalb ist unsere Zustimmung zum vorliegenden Entwurf ebenso klar, wie allen Politikern und Bürgern die Bedeutung des Projektes klar sein sollte. Hamburg wird zum drittgrößten Flugzeugbaustandort weltweit. 4000 neue Arbeitsplätze entstehen und die Ausbildungskapazitäten von EADS und der Lufthansa werden erweitert.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Insgesamt 26 000 Arbeitsplätze zusammen mit den rund 300 Zulieferfirmen profitieren davon – und mit ihnen Hamburg.

(Anja Hajduk GAL: Das haben wir alles schon vor einem Jahr beschlossen! – Krista Sager GAL: Alles unsere Leistung! Das haben Sie nur nicht gemerkt!)

Neue und zukunftsfähige Technologien kommen zum Einsatz. Hamburg als weltweit konkurrenzfähiger Standort der Luftfahrtindustrie und der Hochtechnologie wird dauerhaft gesichert. Hamburg baut langfristige Beschäftigungs- und Einkommenschancen aus. Sich diesen Argumenten zu verschließen, kann nicht im Interesse des Gemeinwohls dieser Stadt sein.

(Christian Maaß GAL: Mit wem reden Sie eigentlich?)

Wir sind alle gewählt, um das Wohl der Stadt zu mehren; die Senatoren haben sogar einen Eid darauf geleistet. Deshalb nehmen wir unsere Verantwortung in der Senats- und der Koalitionsfraktion sehr ernst und begrüßen die Überweisung an den Wirtschaftsausschuss, denn wir sorgen für

C

D

(Gunnar Butenschön Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

- A den Wirtschaftsstandort Hamburg. Nachhaltig. – Vielen Dank.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Vizepräsident Farid Müller: Der Abgeordnete Maaß hat das Wort.

Christian Maaß GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! An diesem Gesetz ist die Ansiedlung von EADS doch nun nicht die wirkliche Neuigkeit; den Eindruck könnte man manchmal gewinnen. Dieses Projekt hat Rotgrün damals auf den Weg gebracht, als Sie, Herr Butenschön, sich wahrscheinlich noch nicht für Politik interessiert haben.

(Beifall bei der GAL und der SPD – *Dirk Nockemann Partei Rechtsstaatlicher Offensive:* Sie wollen doch chinesische Fahrradverhältnisse für Hamburg schaffen!)

Das eigentliche Problem an diesem Gesetz liegt doch in der Wahrung der Verfassung. Das ist ein tatsächlich gravierendes Problem, über das wir hier diskutieren sollten und das es wert ist.

Der Inhalt dieses vorgelegten Gesetzentwurfes ist mit dem Begriff einer Lex Airbus treffend auf den Punkt gebracht. Der Zweck besteht – kurz gesagt – darin, dass alle vergangenen, aber vor allem auch alle zukünftigen Maßnahmen zugunsten von EADS am Standort Finkenwerder als dem Gemeinwohl dienend definiert werden. Dass gerade die zukünftigen Maßnahmen nicht näher beschrieben werden, ist das rechtlich Problematische.

- B Der Senat verfolgt mit dem Gesetz den Zweck

(*Hartmut Engels CDU:* Das steht sogar als Ausnahmeregelung im Naturschutzgesetz von Herrn Porschke!)

– Sie können auch gleich noch reden; lassen Sie mich doch bitte zu Ende sprechen –, erstens rechtliche Hindernisse für die Enteignung von Bürgerinnen und Bürgern in Neuenfelde bezüglich der Verlängerung der Start- und Landebahn aus dem Weg zu räumen und zweitens – Herr Uldall hat es erwähnt – insoweit die Werkserweiterung mit den Lärm betroffenen rechtlich abzusichern.

Über diesen unmittelbaren Zweck hinaus ist die rechtliche Tragweite dieses Gesetzentwurfs überhaupt noch nicht abzusehen, weil für zukünftige Maßnahmen keine Abgrenzung vorgesehen ist. Die GAL-Fraktion lehnt diesen Gesetzentwurf in dieser Form aus drei Gründen ab. Er ist demokratisch fragwürdig, verfassungsrechtlich höchst zweifelhaft und in seiner sachlichen Kernaussage schlicht falsch und geht aus meiner Sicht ins rechtliche Nirvana.

Ich komme zum ersten Grund, dem Demokratieverlust. Das Demokratieproblem bei diesem Gesetzentwurf liegt nicht so sehr in der Entscheidung der bereits durchgeführten oder bei den in der Umsetzung befindlichen Maßnahmen, denn sie sind bekannt. Das Problem liegt in den zukünftigen Maßnahmen. Hier sind alle erdenklichen zukünftigen Maßnahmen erfasst, die als dem Allgemeinwohl dienend beschrieben werden. Die Bürgerschaft gibt der EADS mit diesem Gesetz einen Freifahrtsschein, ohne dass tatsächlich sichergestellt ist, dass mit diesen zukünftigen Maßnahmen, die wir noch gar nicht kennen, ein herausragender Nutzen für die Öffentlichkeit und die Wirtschaft verbunden wäre.

Wir haben damals direkt abgewogen, welches der Nutzen und wie hoch die Kosten für die Allgemeinheit sind. Wir bei Rotgrün haben uns damals für dieses Projekt entschieden und gesagt, wir können es verantworten und wollen es durchziehen. Wenn aber die Waagschalen noch nicht gefüllt sind und überhaupt noch nicht sicher ist, welche zukünftigen Projekte durchgeführt werden sollen, kann man jetzt doch noch nicht per se behaupten, es diene dem Allgemeinwohl.

(Beifall bei der GAL – *Dr. Willfried Maier GAL:* Das ist eine Entmündigung des Parlaments!)

Demokratie bedeutet nach meiner Überzeugung auch, dass die wichtigen gesellschaftspolitischen Fragen im Parlament entschieden werden.

(Beifall bei *Dr. Hermann-Diethelm Stehr CDU*)

Es ist aus meiner Sicht eine wesentliche Frage, ob Bürgerinnen und Bürger zugunsten eines privaten Unternehmens enteignet werden dürfen. Eine ebenso wesentliche Frage ist es, ob man Bürgern Lärm zumutet, den sie nach unseren allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen nicht zu dulden brauchen.

Aus diesen Gründen hat das Bundesverfassungsgericht in der Boxberg-Entscheidung festgestellt, dass derartige Belastungen von Bürgerinnen und Bürgern zugunsten anderer nur aufgrund eines Gesetzes durchgeführt werden dürfen. Das Parlament muss also diese Abwägungsentcheidung durchführen, die ich eben gerade beschrieben habe, und dazu müssen die Argumente auf dem Tisch liegen.

Darin liegt im Übrigen auch der wesentliche Unterschied zur Stendal-Entscheidung, Herr Dobritz, die Sie angesprochen haben. Das war damals zwar auch ein Einzelfallgesetz, aber dem Gesetzgeber waren alle maßgeblichen Umstände bekannt, dass die Durchführung des Eisenbahnbau in Stendal tatsächlich dem Allgemeinwohl dient. Hier wissen wir überhaupt noch nichts.

Die Entscheidung, ob Bürger ausnahmsweise zugunsten anderer Privatpersonen enteignet werden dürfen, wird nach diesem Gesetzentwurf in der Zukunft nicht mehr in diesem Haus gefällt werden, so wie es das Bundesverfassungsgericht vorsieht, sondern über die Grundrechte von Bürgern wird dann in Vorstandssitzungen von Aktiengesellschaften in Stuttgart, Detroit oder Toulouse entschieden. Meine Damen und Herren, diese Selbstentmachtung des Staates zugunsten von multinationalen Konzernen ist nicht das, was wir uns unter Demokratie vorstellen. Sie ist das genaue Gegenteil

(Beifall bei der GAL)

und wegen Entwicklungen wie dieser sind Zehntausende Menschen in Seattle, Göteborg und Genua – aus meiner Sicht vollkommen zu Recht – auf die Straße gegangen.

(Beifall bei der GAL – *Dirk Nockemann Partei Rechtsstaatlicher Offensive:* Sie definieren, was Demokratie ist!)

Meine Damen und Herren, unsere verfassungsrechtlichen Zweifel beruhen nicht nur auf den eben geschilderten Argumenten zur Wesentlichkeitslehre des Bundesverfassungsgerichts. Daneben scheint es mir außerordentlich zweifelhaft, dass der einfache Gesetzgeber im Vorwege und in dieser Allgemeinheit den in Artikel 14 Grundgesetz gebrauchten Begriff des Gemeinwohls definieren kann.

(Glocke)

C

D

(Christian Maaß GAL)

- A **Vizepräsident Farid Müller** (unterbrechend): Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Christian Maaß (fortfahrend): Nein.

Die Kriterien des Boxberg-Urteils sind aus unserer Sicht nicht erfüllt, weil eine dauerhafte Sicherung von Arbeitsplätzen oder andere mittelbare Vorteile für die Allgemeinheit für zukünftige Maßnahmen nicht sichergestellt sind, weil wir sie nicht kennen. Nach dem 11. September 2001 wissen wir, dass auch die zukünftigen Arbeitsplätze für die bereits in der Durchführung befindlichen Maßnahmen wohl wieder infrage gestellt sind, denn anders kann ich mir nicht erklären, dass Kurzarbeit bei EADS in dieser Form eingeführt wurde.

Zum dritten und abschließenden Argument gegen das Gesetz ist zu sagen, dass die Kernaussage schlichtweg falsch ist. Die Kernaussage lautet, dass alles, was für das Industrieunternehmen EADS gut ist, gleichzeitig für die Allgemeinheit gut ist. Seit Adam Smith kann man zwar ohne Zweifel behaupten, dass erfolgreiche Unternehmen gewöhnlich auch einen volkswirtschaftlichen Nutzen bringen – wenn man einmal von externen Kosten absieht –, aber das ist doch wohl nicht das, was mit dem Begriff Allgemeinwohl gemeint ist, denn das ist nichts Besonderes. Jedes Unternehmen erbringt einen volkswirtschaftlichen Nutzen. Mit dem gleichen Argument müssten Sie morgen ein Gesetz vorlegen, wonach der Erhalt der Bier-Produktion am Standort Altona, die Choko-Crossies-Produktion am Standort Wandsbek oder die Nivea-Produktion in Eimsbüttel dem Gemeinwohl dienen, denn Holsten, Nestlé und Beiersdorf

(Dr. Andrea Hilgers SPD: Schmeckt auch!)

- B sichern auch Hunderte von Arbeitsplätzen. Gleichwohl würde niemand auf die Idee kommen, diese Unternehmen als Wohltätigkeitsvereine zu bezeichnen. Es hat einen Grund, warum diese Unternehmen Aktiengesellschaften und keine eingetragenen Vereine sind. Sie dienen primär der Vermehrung des Wohlstands der Aktionäre und was für die Gesellschaft abfällt, ist diesen Unternehmen naturgemäß zweitrangig.

Ich möchte noch eine abschließende Bemerkung machen. Auch die in der Umsetzung befindlichen Maßnahmen muss man neu betrachten, nachdem das Ausgleichskonzept jetzt zusammengebrochen ist. Dieses Parlament – das ist uns als Grüne besonders wichtig – steht in der Verantwortung, dass ein naturräumlicher Ausgleich für die Beeinträchtigung jetzt stattzufinden hat. Der Senat steht in der Pflicht, hier ein neues Ausgleichskonzept vorzulegen. Diese verfassungsrechtlichen und anderen Fragen müssen ebenfalls im Rechtsausschuss, im Umweltausschuss und nicht nur im Wirtschaftsausschuss geklärt werden. Deswegen beantragen wir die Überweisung dieses Gesetzes an die genannten Ausschüsse. Dafür bitte ich um Ihre Zustimmung.

(Beifall bei der GAL)

Vizepräsident Farid Müller: Der Abgeordnete Rumpf hat das Wort.

Ekkehard Rumpf FDP: Eigentlich wollte ich anders anfangen. Herr Maaß, Ihre Bedenken kommen in der Tat ein bisschen spät.

(Christian Maaß GAL: Wir haben das Gesetz doch nicht vorgelegt!)

Dieses Gesetz ist fast eine Zwangsnotwendigkeit.

(Dr. Willfried Maier GAL: Nein, so nicht! – Krista Sager GAL: Nein, nicht in dieser Form! – Anja Hajduk GAL: Herr Rumpf, berauben Sie sich nicht Ihrer eigenen Argumente, die Sie noch brauchen werden! – Zuruf von Werner Dobritz SPD)

– So ist es und genau deswegen stehe ich auch hier. Sie wissen es und Herr Zuckerer weiß es, denn Sie sind da gewesen.

Der Erhalt und die Stärkung des Luftfahrtindustriestandortes Hamburg liegen im Interesse aller hier vertretenen Fraktionen. Ich denke, das gilt auch weiterhin für Sie. Wir streiten hier über den besten Weg zu dem gemeinsamen Ziel, das ist der Punkt.

Es ist ein offenes Geheimnis, dass nicht nur ich, sondern auch andere Teile der Hamburger FDP der Vorgehensweise des alten Senats in dieser Sache trotz grundsätzlicher Befürwortung des Projekts mit Bedenken begegnet sind. Bedenken, die, wie die bisherige Rechtsprechung der verschiedenen Verwaltungsgerichte gezeigt hat, nicht ganz unbegründet waren. Diese Bedenken bestanden durchaus von Anfang an und Sie kannten das Boxberg-Urteil auch schon vor dem Erlass des Planfeststellungsbeschlusses;

(Zuruf von Krista Sager GAL)

es wird von Bedeutung sein, warten Sie es ab.

(Krista Sager GAL: Nein, es geht um dieses Gesetz!)

So hat die Hamburger FDP immer wieder auf das mangelhafte und untransparente Planungsverfahren und die daraus resultierenden juristischen Unsicherheiten für das gesamte Projekt hingewiesen. An einige Kritikpunkte möchte ich noch einmal erinnern.

Erstens: Ich nenne die unseres Erachtens damals unzureichende Wirtschaftlichkeitsanalyse. Das der damaligen Senats- und Bürgerschaftsentscheidung zugrunde liegende Prognos-Gutachten hält nach Beurteilung anderer Gutachter und des Verwaltungsgerichts Hamburg den Anforderungen an eine Wirtschaftlichkeitsbetrachtung nach der Finanz- und Haushaltssordnung nicht stand.

(Dr. Willfried Maier GAL: Haben Sie jetzt ein neues gefordert?)

– Nachträglich geht das schlecht, Herr Maier.

Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang auch – das ist ein weiterer Punkt –, dass nach der EADS-Entscheidung, die Produktion zwischen Hamburg und Toulouse zu teilen, keine neue Betrachtung aufgestellt wurde, obwohl Prognos, Ihr Koalitionsvertrag und der Planfeststellungsantrag von einer alleinigen Endmontage des Superfliegers in Hamburg ausgegangen sind.

Zweitens: Die Frage nach der Landebahn. Das gegenwärtige Planfeststellungsverfahren geht von einer Landebahnlänge von 2684 Metern aus, obwohl die Anforderungen der DASA 1998 bereits von einem Bedarf von 3150 Metern mindestens und bei voll ausgestatteten Flugzeugen von 3500 Metern ausgegangen sind. Das nährte den Verdacht, dass der alte Senat laut Plan zunächst nur 2684 Meter feststellen ließ, um Betroffenheiten im Gebiet vor Ort vorerst zu verhindern, die aufgrund der Unzulässigkeit des Eingriffs in die Rechte Dritter durch ein privatnütziges Planvorhaben nur schwer auszuräumen gewesen wären. Damit sind wir genau an diesem Punkt.

C

D

(Ekkehard Rumpf FDP)

A Drittens: Auch die Auswahl der Ausgleichsmaßnahmen – von Ihnen ausgewählt – stieß auf Kritik; deswegen war die jetzige Forderung auch ein bisschen daneben. Die Zurückweisung der Beschwerde der Freien und Hansestadt Hamburg bezüglich der Haseldorfer Marsch in der letzten Woche hat diese Kritik zum Teil auch bestätigt.

Der Ihnen vorliegende Gesetzentwurf ist noch unter der Ägide des alten Senats initiiert worden; machen wir uns da nichts vor.

(Anja Hajduk GAL: Sie können ja jetzt was Neues bringen!)

Er ist der Versuch einer Heilung des jetzigen Verfahrens auf legislativer Basis. Wir haben im Wirtschaftsausschuss bestimmt noch die Möglichkeit, ausgiebiger darüber zu diskutieren. Herr Zuckerer ist mittlerweile anwesend, mit ihm haben wir es schon mal vor Ort gemacht.

Daher möchte ich hier nur einige grundsätzliche Bedenken meinerseits zur Dienlichkeit und zum Zweck dieses Gesetzes äußern. Das Gesetz soll eine der Überprüfung der dritten Gewalt unterworfen Tatsachenfrage, nämlich die nach der Gemeinnützigkeit, festschreiben. Das ist nicht so unüblich – Herr Dobritz hat es bereits erwähnt –, wie man als Verwaltungsrechtler, wenn man von der Uni kommt, meinen mag. Es entbehrt aber nicht einer ordnungspolitischen Problematik. Wir schreiben im Grunde genommen fest, ob eine Sache schwarz oder weiß ist. Das ist nicht unproblematisch. Ferner muss diese Festschreibung gerade rückwirkend gelten, wenn sie auf das gegenwärtige Verfahren Einfluss nehmen soll. Auch bei der zunehmenden Aushöhlung des Rückwirkungsverbotes des Grundgesetzes durch das Verfassungsgericht kann man diesbezüglich durchaus Bedenken haben, es rückwirkend gelten zu lassen.

(Krista Sager GAL: Ja!)

Schließlich entfaltet dieses Gesetz natürlich eine enteignungsrechtliche Vorwirkung, auch für weitere Vorhaben rund um das Werk.

(Anja Hajduk GAL: Na, sehen Sie!)

Daher lautet meine abschließende Bitte: Ich lade Sie ein in das Alte Land, es ist im Moment noch etwas verschlossen, aber das ändert sich Ende nächsten Monats, kommen Sie hin und gucken Sie es sich an. Ich bitte Sie darum, bei allem, was Sie in Bezug auf dieses Projekt beschließen, darauf zu achten, dass das, was Sie am Ende vielleicht zerstört haben werden, nicht wertvoller ist als das, was Sie schaffen. – Danke.

(Beifall bei der FDP, der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und vereinzelt bei der GAL)

Vizepräsident Farid Müller: Gibt es weitere Wortmeldungen? – Frau Sager, Sie haben das Wort.

Krista Sager GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich bin doch schon etwas verwundert, dass Sie in diesen Reihen einerseits dem Beitrag von Herrn Rumpf erheblichen Applaus spenden,

(Wolfhard Ploog CDU: Warum auch nicht?)

es sich andererseits aber mit diesem Gesetz so leicht machen.

Herr Rumpf, ich finde, Sie hätten etwas deutlicher sagen müssen, dass dieses Gesetz eine völlig neue Qualität in die

gesamte Diskussion hineinbringt. Denn es geht nicht darum, das abzusichern, worüber wir uns hier alle einig sind, sondern es wird ein Freibrief für die Zukunft ausgestellt. Es wird gesagt, wenn sich EADS in der Zukunft etwas ausdenkt, was wir noch gar nicht kennen, wird von vornherein die Gemeinnützigkeit anerkannt und damit ein Eingriff in Privatrechte legitimiert. Das ist in der Tat eine völlig neue Qualität

(Ekkehard Rumpf FDP: Das ist doch nichts Neues!)

und bringt uns hinsichtlich der Diskussion um die Verlängerung der Landebahn in Neuenfelde in eine andere Situation.

Am Ende der letzten Legislaturperiode hat EADS selbst gesagt, sie wisse nicht, ob und wann sie eine längere Landebahn brauche. Es gab ebenfalls eine Diskussion mit der EADS darüber, dass sie die längere Landebahn eventuell nur für die vollbetankten Flugzeuge benötige, die einen Auslieferungsort erreichen sollen, der besonders weit entfernt ist. Es gab diese Diskussion auch vor dem Hintergrund der Schwierigkeit von Eingriffen in das Privatrecht und ob es diesbezüglich nicht vertretbar sei, dass diese voll betankten Flugzeuge von Fuhlsbüttel aus starten und somit keine lange Landebahn gebaut werden müsse.

Wenn Sie jetzt aber ein solches Gesetz mit einem Freibrief für die Zukunft beschließen, wird diese Diskussion mit der EADS, solche voll betankten Flugzeuge von Fuhlsbüttel aus starten zu lassen, kaum noch möglich sein, weil Sie von vornherein sagen, dass Sie den Eingriff in das Privatrecht heute schon mal ganz „easy“ machen. Ich finde es schlecht, dass wir diese Verhandlungsposition

(Rose-Felicitas Pauly FDP: Das ist doch Ihr Gesetz! – Wolfhard Ploog CDU: Was wollen Sie eigentlich sagen?)

im Interesse der Arbeitsplätze, aber auch der Bewohnerinnen und Bewohner von Neuenfelde für zukünftige vernünftige Lösungen hier so leichtfertig verschlechtern.

(Beifall bei der GAL)

Vizepräsident Farid Müller: Herr Dobritz, Sie haben das Wort.

(Rose-Felicitas Pauly FDP: Herr Dobritz, sagen Sie doch mal, dass der Ausstieg aus dem Projekt billig ist!)

Werner Dobritz SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich finde zwei Dinge bemerkenswert. Das eine sind in der Tat die Redebeiträge der GAL. Frau Sager, da ich weiß, was Sie wissen und gewusst haben und was Sie alles, wenn wir in der Koalition geblieben wären, hätten entscheiden müssen und auch entschieden hätten,

(Krista Sager GAL: Gerade weil ich es weiß!)

komme ich nicht umhin zu sagen, dass das, was Sie hier formulieren, zwar ein Stück Qualität hat, aber es erinnert mich ein wenig an die Weißfußindianer.

(Beifall bei der SPD, der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP – Krista Sager GAL: Nein, das ist es nicht!)

Das mag auf den ersten Blick etwas hart klingen, aber es scheint mir so

(Christian Maaß GAL: Weil wir uns an die Verfassung halten, Herr Dobritz!)

C

D

(Werner Dobritz SPD)

- A – nein, ich komme auch noch zu Ihnen –, als ob Sie sich sozusagen mit Konsequenzen, die mit dieser Investition natürlich weiterhin auf uns zukommen, jetzt anders auseinandersetzen möchten, als sie es als Regierungspartei mussten. Ich komme diesbezüglich auch gleich noch zu Ihren Ausführungen.

Sie haben, wie ich finde, in den letzten vier Jahren zum Thema der Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen auch inhaltlich einen großen Schritt nach vorne gemacht. Deshalb möchte ich Sie bitten, weil mir und meiner Fraktion sehr daran gelegen ist, dass Sie bei diesem inhaltlichen Sprung, den Sie organisiert haben, auch bleiben. Das wäre für die zukünftigen Debatten über Wirtschaftspolitik sicherlich sehr hilfreich.

(Antje Möller GAL: Das ist jetzt peinlich, Herr Dobritz!)

Herr Rumpf, nun komme ich zu Ihnen. Frau Pauly wurde sozusagen vorgeschnickt. Sie musste, weil sie schon einmal im Parlament war, den Eindruck erwecken, als ob das, was sie in der „Welt“ alles von sich gegeben hat, eine absolute Minderheitenposition ist. Nachdem Sie das hier vorgetragen haben und im Grunde wie ein regelhafter Bedenkensträger aufgetreten sind und auch Frau Pauly eigentlich mehr Zweifel geäußert hat, muss die SPD feststellen, dass in dieser Sachfrage der kleinste Koalitionspartner dabei ist, Ihnen, Herr Senator Uldall, abhanden zu kommen.

(Beifall bei der SPD – Ekkehard Rumpf FDP: Das wird Ihnen nicht gelingen!)

Das ist so. Und weil es in der Sache notwendig ist,

(Ekkehard Rumpf FDP: Wir diskutieren mehr, als bei Ihnen erlaubt war!)

- B hat die SPD auch erklärt, dass in dieser Sachfrage die große Koalition gilt. Wir werden dieses Projekt, das notwendig ist, dort, wo es erforderlich ist, mit absichern.

Zweitens: Nun komme ich noch zu den weiteren Punkten, die vorgetragen wurden. Herr Maaß, Enteignungen waren bisher durch das Parlament möglich und sind es nach diesem Beschlusss nun nicht mehr. Enteignungen finden in diesem Land grundsätzlich auf der Grundlage des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland statt. Die Entscheidungen derer, die die Enteignungen vornehmen – und das sind Verwaltungen und Regierungen und niemals Parlemente –, sind in jedem Einzelfall vor deutschen Gerichten, Verwaltungsgerichten, Oberverwaltungsgerichten und im Zweifelsfall auch vor dem Bundesverfassungsgericht überprüfbar.

(Christian Maaß GAL: Und da werden sie auch zu Fall gebracht!)

In diesem konkreten Fall geht es nur um den einen Punkt, dass eine solche Entscheidung, ob Gemeinwohl vorliegt, wie es das Bundesverfassungsgericht gesagt hat und es auch hier in der Begründung steht, nicht durch eine Regierung festgestellt werden kann, sondern ausschließlich durch den Gesetzgeber, mit der Zielsetzung, dass nachteilige Wirkungen, die auf die Rechte Dritter entstehen, auch materiell ausgeglichen werden können. Das ist im Zweifelsfall ohne ein entsprechendes Gesetz und die Feststellung durch den Gesetzgeber so nicht möglich. Das heißt, wir setzen nur einen klaren Hinweis des Oberverwaltungsgerichts Hamburg um. Wenn wir das Gesetz beschließen, geschieht das auf der Grundlage der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts. Dagegen ist beim besten Willen nichts zu sagen.

C Völlig richtig und legitim ist die Forderung und wir werden das auch tun, denn das gehört zur parlamentarischen Beratung eines Gesetzes: Es geht in die Ausschüsse, denn ein Gesetz wird nicht ohne Ausschussberatung verabschiedet.

(Karl-Heinz Ehlers CDU: Na, na, da gibt es ganz andere Erinnerungen bei mir!)

- Nein, wir sind immer in die Ausschüsse gegangen.

(Zuruf von Karl-Heinz Ehlers CDU)

- Sie hatten nicht immer so viel Lust, in die Ausschüsse zu kommen und das Gesetz zu beraten, aber in die Ausschüsse sind sie immer gegangen.

(Beifall bei der SPD)

Herr Maaß, ich finde die Frage, die Sie darüber hinaus gestellt haben, inwieweit nämlich ein Gesetz den Spielraum breit öffnet oder inwieweit es die Maßnahme als solches präzise enger fasst, völlig legitim.

(Anja Hajduk GAL: Das ist doch unser Punkt!)

Darüber können wir vor allem im Rechtsausschuss und in anderen Ausschüssen reden.

(Krista Sager GAL: Das wollen wir!)

Nach Kenntnis der Gesetze und der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts bin ich persönlich aber der Meinung, dass dieses Gesetz verfassungskonform, ausreichend und auch zielgerichtet ist. Deshalb ist meine politische Position heute schon, dass wir dieses Gesetz, wenn es zurückkommt, im Parlament so auch annehmen werden.

(Beifall bei der SPD und bei Rolf Gerhard Rutter Partei Rechtsstaatlicher Offensive) D

Vizepräsident Farid Müller: Gibt es weitere Wortmeldungen? – Frau Sager, bitte.

Krista Sager GAL: Herr Dobritz, ich möchte nur eine kurze persönliche Bemerkung machen, damit das nicht so stehen bleibt. Es geht mir nicht darum, mich aus irgendeiner Entscheidung der Vergangenheit zu verabschieden.

(Barbara Ahrons CDU: Das hört sich aber eben so an!)

Ich stehe dazu, auch dazu, dass es eine schwierige Abwägung war, aber zum Wohle Hamburgs und vieler Menschen in dieser Stadt. Aber gerade, weil ich nicht nur weiß, welche Diskussionen hinter uns liegen, sondern auch, welche in der Zukunft möglicherweise noch vor uns liegen,

(Rolf Kruse CDU: Dafür werden wir schon sorgen!)

warne ich in diesem Hause davor, eine Blanke-Ermächtigung für die Zukunft auszustellen.

(Beifall bei der GAL)

Vizepräsident Farid Müller: Das Wort hat Senator Uldall.

(Uwe Grund SPD: Ein Wort an Herrn Rumpf!)

Senator Gunnar Uldall: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich bin ja ein altgestandener Parlamentarier und ich habe mir immer alles vorstellen können in meinem Leben. Dass ich als Senatsvertreter aber einmal hier stehen würde und Entscheidungen, die Frau Sager und andere Kollegen aus ihrer Fraktion im Senat getroffen haben, ge-

(Senator Gunnar Uldall)

A gen sie selber verteidigen müsste, hatte ich in meinem Leben nie erwartet.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP – *Krista Sager GAL*: Das müssen Sie nicht!)

Frau Kollegin Sager, ich muss sagen, diese Vorstellung war eigentlich der Qualität, die wir von Ihnen gewohnt sind, nicht würdig.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU – *Krista Sager GAL*: Sie machen sich das sehr einfach!)

Meine Damen und Herren, es geht in dieser Frage zunächst einmal darum, wie das weitere Verfahren, den Lärmschutz betreffend, behandelt wird.

(*Christian Maaß GAL*: Dann schreiben Sie es da hinein!)

Es geht nicht um so große Dinge, die Sie hier angesprochen haben, Herr Maaß; ich komme gleich noch einmal auf Ihre drei Punkte zu sprechen.

Es geht darum, ob ein Hinweis, den das Oberverwaltungsgericht uns gegeben hat, entsprechend umgesetzt wird.

(*Krista Sager GAL*: Dann bleiben Sie dabei!)

Ich kann nur noch einmal das sagen, was von einem anderen Kollegen in dieser Debatte eben auch schon vorgebracht wurde. Ich habe mit den Arbeiten in der Behörde doch jetzt nicht plötzlich bei Null angefangen. Ich habe die vorbereitenden Arbeiten bereits vorgenommen und die hat Ihr Senat zu vertreten gehabt, Frau Sager.

(*Krista Sager GAL*: Haben Sie sich das unterjubeln lassen?)

B Es wäre hier ein guter Auftritt gewesen, wenn Sie sich eben beim zweiten Mal etwas zurückgenommen hätten, statt dieses noch einmal zu bestätigen.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP – *Manfred Mahr GAL*: Das wäre für Sie einfacher gewesen!)

Ich möchte nur noch kurz einmal sagen, dass ich mich über das freue, was Sie gesagt haben, Herr Kollege Dobritz, aber ich verstehe Ihre Einlassung gegen den Kollegen Rumpf nicht. Ich finde es völlig legitim, dass ein Abgeordneter hier seine Auffassung auch einmal so vortragen kann. Dieses spricht für die Liberalität, nicht nur der FDP, sondern für die Liberalität unserer gesamten Koalition, dass wir solche unterschiedlichen Meinungen auch verkraften können.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP – *Uwe Grund SPD*: Und was machen Sie, wenn das fünf tun, Herr Uldall?)

Ich möchte die drei Punkte, die der Herr Kollege Maaß angesprochen hat, noch einmal kurz anführen. Erstens: Er bezweifelt die demokratische Legitimation, die sich ergeben würde, wenn wir dieses Gesetz so beschließen würden. Er hatte gesagt, dass dann in Detroit oder in Stuttgart beschlossen werde, was hier in Hamburg umgesetzt wird. Nein, Herr Kollege, wir lassen uns das nicht aus der Hand nehmen, was hier in Hamburg beschlossen wird. Falls es einmal zu den von Ihnen apostrophierten Enteignungen kommen sollte, werden wir hier in Hamburg in jedem einzelnen Fall entscheiden und nirgendwo anders.

(*Christian Maaß GAL*: Aber nicht im Parlament!)

C Zweitens: Es wurde gesagt, es gebe in Deutschland sehr hohe Hürden. Von denen ist hiermit keine einzige Hürde außer Kraft gesetzt worden.

Drittens: Sie haben formuliert, was für EADS gut sei, sei für die Allgemeinheit gut, das sei wohl die Auffassung, die dieser Senat und diese Koalition vertrete. Ich finde, dass diese Formulierung Sie etwas entlarvt. Damit wird hier überhaupt nicht gesagt, dass wir eine Unterwerfung unter die EADS vornehmen, sondern unser Anliegen ist es, Weichenstellungen für die Zukunft der Stadt nach vorne zu tragen und rechtlich abzusichern, Herr Kollege. Das, was Sie hier gebracht haben, ist letztlich das Zeichen dafür, dass die GAL wieder da angekommen ist, wo sie einmal vor 20 Jahren gewesen ist.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP – *Krista Sager GAL*: So einfach können Sie sich das nicht machen!)

Vizepräsident Farid Müller: Der Abgeordnete Maaß wünscht das Wort.

Christian Maaß GAL: Herr Uldall, wenn Sie es wirklich so meinen, wie Sie eben gesagt haben, dass das Gesetz lediglich für den Lärmschutz und nur für die Vergangenheit und bezüglich der Landebahnverlängerung oder anderer Maßnahmen nicht für zukünftige Enteignungen gelten soll, dann frage ich Sie, warum Sie es dann nicht in das Gesetz schreiben. Sie haben ein Gesetz vorgelegt, das vollkommen offen ist und die Türen für alle möglichen Maßnahmen öffnet, wobei in diesem Parlament später nicht mehr entschieden werden soll, ob für diese zukünftigen Maßnahmen auch das Allgemeinwohl gilt. Das ist schon noch eine Hürde, die nach dem Bundesverfassungsgericht in diesem Parlament entschieden werden muss. Das allein ist unser Punkt.

(Beifall bei der GAL)

Zur Klarstellung daher meine Bitte: Wenn Sie es so meinen, bitte ich darum, dass das Gesetz auch tatsächlich so gefasst wird. Ich nehme mit Genugtuung zur Kenntnis, dass dieses jetzt im Protokoll steht, denn es kann für die spätere Gesetzesauslegung einmal sehr hilfreich sein.

(Beifall bei der GAL – *Manfred Mahr GAL*: Das war gut!)

Vizepräsident Farid Müller: Gibt es weitere Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache 17/308 an den Wirtschaftsausschuss zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig beschlossen.

Wer möchte die Drucksache zusätzlich beratend an den Rechtsausschuss und den Umweltausschuss überweisen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist dieser Überweisungsantrag mit Mehrheit abgelehnt worden.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 19 auf, Drucksache 17/313, Antrag der SPD-Fraktion, Flächen für die „wachsende Stadt“.

**[Antrag der Fraktion der SPD:
Flächen für die „wachsende Stadt“
– Drucksache 17/313]**

Die GAL-Fraktion beantragt eine Überweisung dieser Drucksache federführend an den Bau- und Verkehrsausschuss sowie beratend an den Wirtschaftsausschuss. Wer wünscht das Wort? – Herr Quast, Sie haben es.

A Jan Quast SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die sozialdemokratisch geführten Senate haben in den Neunzigerjahren die besondere Herausforderung einer wachsenden Stadt gemeistert. 130 000 Menschen haben nach Öffnung der Grenzen und nach dem Fall der Mauer in Hamburg ein neues Zuhause gefunden. Über 75 000 neue Wohnungen wurden in Hamburg seit 1990 in einem gewaltigen Kraftakt genehmigt und fertig gestellt, über 60 Prozent davon öffentlich gefördert.

Im letzten Sommer hat die CDU das Thema „Wachsende Stadt“ entdeckt, nur rund zehn Jahre nachdem die großen Einwohnerzuwächse begonnen haben und gut vier Jahre nachdem die CDU hier im Hause den Flächennutzungsplan abgelehnt hat, der Flächen für 40 000 neue Wohnungen und rund 700 Hektar Gewerbegebiete ausweist. Aber spät ist besser als nie.

(Beifall bei der SPD)

Dabei gehe ich allerdings davon aus, dass die CDU das Ziel ernst meint und damit nicht nur zum Studium ihres Wahlprogramms anregen wollte.

Die CDU hat nun also auch ihre Vision. Damit aus ihrer Vision Konzepte für unsere Stadt werden, wollen wir gerne helfen. Sozialdemokraten haben in der Vergangenheit gezeigt, wie aus Ideen Konzepte und Bauvorhaben werden, zum Beispiel in Neu Allermöhe, wo Wohnungen für Tausende von Menschen entstanden sind, oder wie die HafenCity, in der Arbeitsplätze für 20 000 Menschen und Wohnungen für 12 000 Menschen entstehen werden.

Die Koalition hat sich ein ehrgeiziges Ziel gesetzt: Um 300 000 Einwohner will sie die Bevölkerungszahl Hamburgs steigern. Wer sich die Wachstumszahlen der Neunzigerjahre vor Augen führt, wer sich der Anstrengung bewusst ist, den die Bewältigung dieses Zustroms von nur 130 000 Menschen bedurfte, der kann erahnen, welche Herausforderung dies für Hamburg bedeutet und dass dies nur bei einem breiten Konsens möglich sein wird.

Insofern ist es verständlich, dass sich die Koalition kein zeitliches Ziel gesteckt hat. Unverständlich ist allerdings, warum die Mittel für Stadtplanung und Bürgerbeteiligung zusammengestrichen werden sollen. Sie wollen die Einwohnerzahl um 300 000 Menschen steigern und kürzen die nötigen Planungsmittel um 300 000 DM. Das passt nicht zusammen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Unabhängig davon, ob Hamburgs Einwohnerzahl um 300 000, 200 000 oder 100 000 Bürger steigen soll, ergibt sich eine Reihe von Fragen, zum Beispiel die nach Ihrem Konzept für eine wachsende Stadt. Dafür sei es zu früh, legte der Bausenator im Bauausschuss dar. Wenn es denn aber so weit ist mit Ihrem Konzept, Herr Senator Mettbach, werden Sie uns sicherlich auch erklären, wie es zu den Wachstumszielen passt, wenn Sie in Neugraben-Fischbek nur 1250 Wohneinheiten anstatt der ursprünglich geplanten 3500 bauen wollen.

(*Karl-Heinz Ehlers CDU:* Das wollen Sie doch selber nicht mehr! Das ist doch Unsinn, völliger Quatsch!)

Zunächst zwei andere Fragen. Was soll die Menschen veranlassen, nach Hamburg zu kommen, und woher sollen die Menschen kommen? Nach Hamburg zieht es neue Einwohner, wenn es genügend Arbeitsplätze gibt, wenn bezahlbarer Wohnraum vorhanden ist und wenn ein attrakti-

ves Angebot an Grün- und Freizeitflächen, an Kinderbetreuungseinrichtungen und kulturellen Angeboten bereite steht.

Aber statt von neuen Arbeitsplätzen hören wir – zum Beispiel heute – nur, wo Sie Stellen streichen wollen, gerade auch bei sozialen Einrichtungen. Sie schaffen keinen bezahlbaren Wohnraum, sondern Sie wollen die städtischen Wohnungen von GWG und SAGA verkaufen und Sie erhalten die soziale Infrastruktur der Stadt nicht, sondern dampfen sie nach und nach ein.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD – *Ralf Niedmers CDU: Blödsinn!*)

Die andere Frage ist, woher die 300 000 Menschen kommen sollen, wenn doch tatsächlich ein Bevölkerungsrückgang prognostiziert wird. Ein begrüßenswerter Stopp oder eine Umkehr der Abwanderung ins Umland reichen nicht aus, um das ehrgeizige Ziel der Zweimillionenmetropole zu erreichen. Auch der Import von einigen Staatsräten nach Hamburg ist sicherlich kein echter Beitrag. Ein Beitrag wäre sicherlich aber, meine Damen und Herren von der CDU, wenn die CDU ihre Blockadehaltung zum Zuwanderungsgesetz aufgeben würde, auch im Sinne des Wirtschaftsstandorts Hamburg.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und der GAL)

Die SPD will die wachsende Stadt. Das Ziel ist richtig und für Hamburgs Wirtschafts- und Finanzkraft wichtig. Wir haben dazu in den letzten Jahren eine Reihe von Bebauungsplänen auf den Weg gebracht.

An vielen Orten dieser Stadt kann man sehen, wo neue Wohnquartiere für junge Familien entstanden sind und noch entstehen. Wir wollen, dass Familien mit Kindern in Hamburg bleiben, und haben dafür Programme entwickelt, um der Abwanderung ins Umland entgegenzuwirken. Wir wollen aber auch Hamburgs besonderen Charakter erhalten als attraktive grüne Stadt am Wasser. Wachstum darf nicht zu Lasten der Lebensqualität in dieser Stadt gehen. Deshalb müssen wir mit den Ressourcen vernünftig umgehen.

(Glocke)

Vizepräsident Farid Müller (unterbrechend): Gestatten Sie eine Zwischenfrage, Herr Abgeordneter?

Jan Quast (fortfahrend): Nein, später.

Bei Bereitstellung von Flächen für den Wohnungsbau und Gewerbe ist dem Rechnung zu tragen. Es ist besonders auf Konversionsflächen zurückzugreifen und auf Nachverdichtung zu setzen. Wichtig ist, die verschiedenen Interessen wie auch Umwelt- und Naturschutz zu berücksichtigen, sodass sich hier die Hamburgerinnen und Hamburger weiter wohl fühlen, und das Ganze ist sozialverträglich zu gestalten.

Lassen Sie uns gemeinsam in die Diskussion zur wachsenden Stadt einsteigen. Wir sind schon gespannt auf die Wachstumsstrategie der Koalition. Legen Sie uns die nötigen Informationen vor über die bereits baurechtlich zur Verfügung stehenden Flächen und folgen Sie unserem Antrag.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

C

D

A **Vizepräsident Farid Müller:** Der Abgeordnete Mehlfeldt hat das Wort.

Jürgen Mehlfeldt CDU:* Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Bei einer Analyse der Einwohnerzahlen besteht tatsächlich kein Zweifel: Hamburg war im Hinblick auf seine Bevölkerung in den Neunzigerjahren eine wachsende Stadt. Der Hauptgrund hierfür war die Wiedervereinigung und die Erweiterung um die fünf neuen Bundesländer. Wir sind uns alle darin einig, dass Hamburg auch ohne diese Sonderkonjunktur auf Wachstumskurs bleiben soll, denn in den letzten Jahren stagnierte nicht nur der Bevölkerungsstand, sondern wir haben sogar eine Abwanderung von circa 9000 Menschen pro Jahr. Darum brauchen wir ganz neue Konzepte und Impulse.

(*Antje Möller GAL: Auf die warten wir!*)

Über die große Linie besteht im Grunde ein breiter Konsens. Wir alle – oder fast alle – möchten für die alten und neuen Hamburger Bürgerinnen und Bürger ausreichend schönen Wohnraum zu akzeptablen Preisen zur Verfügung stellen und für unsere Wirtschaft die benötigten Flächen anbieten.

(*Barbara Duden SPD: Das machen wir doch schon die ganze Zeit!*)

Vergessen dürfen wir in diesem Zusammenhang auch nicht den Bedarf an Verkehrsflächen in einer Metropole, welche auch Platz in Anspruch nehmen.

(*Uwe Grund SPD: Das ist wahr!*)

Wir alle wollen unser schönes Hamburg als eine Stadt mit vielen Grün- und Wasserflächen erhalten und weiterentwickelt wissen. Ich sehe auch einen direkten Zusammenhang zwischen dem Bevölkerungswachstum und dem sehr hohen Erholungs- und Freizeitwert, den unsere Stadt den Menschen bietet.

Ein sehr wichtiger Punkt, welcher die Schönheit unserer Stadt ausmacht, ist die geschlossene Struktur der Innenstadt. Die Skyline der Hamburger City ist in erster Linie durch die Hauptkirchen und durch unser Rathaus und nicht durch eine gigantische Ansammlung von Hochhäusern geprägt. Dies soll und muss auch in Zukunft so bleiben, meine Damen und Herren.

Dieses sind verschiedene Ziele, denen man leicht zustimmen kann. Doch hier beginnt das große Problem der Stadtentwicklungspolitik. Wir brauchen Flächen. Hier kommt es in der Regel zu Zielkonflikten zwischen den zuwiderlaufenden Interessen. Entscheidungen sind dann mitunter schmerhaft, auch für die, die sie treffen müssen.

Ich bin aber sicher, mit Kreativität und Phantasie und Handlungsbereitschaft werden wir diese benötigten Flächen finden.

Ohne Zweifel ist die HafenCity eines der wichtigen Zukunftsvorhaben unserer Stadt und im Zusammenhang mit der aktuellen Bewerbung für die Olympischen Spiele sind in diesem Bereich viele Wachstumspotenziale, die modernen Ansprüchen gerecht werden.

Sehr gut finde ich, dass beim Projekt HafenCity nach meiner Einschätzung über die Parteidistanzen hinweg eine sehr sachorientierte und konstruktive Zusammenarbeit besteht. Ich bin mir sicher, dass dies auch in Zukunft mit zusätzlichen Ideen des neuen Senats so bleiben wird.

Eine Stadt, die auf immer neuen Flächen in das Umland wächst und im Inneren von verödeten Flächen gekennzeichnet ist, wäre wie ein hohler Baum.

(*Barbara Duden SPD: Das spricht doch alles gegen die wachsende Stadt!*)

C

Darum wird sich vieles sinnvoll durch innere Verdichtung und weitere Ergänzung im Bestand umsetzen lassen. Auch die Möglichkeiten in der rückwärtigen Bebauung oder der Grundstücksteilungen sind noch längst nicht ausgeschöpft. Aber manches wird nur durch großflächige Maßnahmen möglich sein. Zu berücksichtigen ist aber, dass für Baumaßnahmen auch ein Naturausgleich erforderlich ist und dass dieser auch in Hamburg stattzufinden hat und stattfinden wird.

(*Beifall bei Antje Möller GAL*)

Die Bereitstellung der erforderlichen Gewerbegebäuden ist mir ein besonders wichtiges Anliegen, denn die zukünftige Bevölkerung braucht Arbeitsplätze. In diesem Zusammenhang erscheint es mir aus aktuellem Anlass auch erforderlich, dass eine wesentlich restriktivere Politik hinsichtlich der Zweckentfremdung von Gewerbegebäuden durchgeführt wird.

Mir macht zunehmend Sorge, dass private, als Gewerbegebiet ausgewiesene Grundstücke, die gut geeignet für Handwerksbetriebe oder anderes Gewerbe sein könnten, in den Blickwinkel von Selbstbedienungsmarktketten gekommen sind. Da in vielen alten Bebauungsplänen kein Ausschluss von großflächigen Einzelhandelsbetrieben vorgesehen ist, wird diese Lücke zunehmend genutzt. Hierdurch gehen uns wertvolle Gewerbegebäuden verloren. Die hiermit verbundenen negativen Tendenzen für die lokalen Zentren sind ein anderes, aber ebenso wichtiges Thema. Hier muss dringend etwas geschehen.

Insgesamt ist der Antrag positiv zu bewerten, da endlich alte CDU-Forderungen von Ihnen aufgegriffen wurden. Besonders möchte ich hier die geforderte Priorität im Eigentumssegment erwähnen. Die im Antrag formulierten Anliegen sind durchaus berechtigt und jedem von uns ist klar, dass Flächen für uns als Stadtstaat ein sehr kostbares Gut sind. Deshalb versteht sich der sorgsame Umgang von selbst.

Nun glaubt die SPD-Fraktion, im Fordern von Darlegungen, Mitteilungen und Berichten mitwirken zu können. Dies ist sinnvoll, denn ich hatte in der Vergangenheit das Gefühl, der alte rotgrüne Senat war nur gewillt, über das absolut Nötigste zu informieren. Doch diese Zeiten sind vorbei.

(*Barbara Duden SPD: Ach, nee, Herr Mehlfeldt!*)

D

Es hat sich schnell herumgesprochen, dass der neue Senat und die ihn tragenden Bürgerschaftsfraktionen für Offenheit und eine faire Diskussion stehen. So auch in diesem Falle.

Den vorliegenden Antrag möchten wir in diesem Sinne an den Bauausschuss und Wirtschaftsausschuss überweisen. Dort haben wir die beste Möglichkeit, den sorgsamen Umgang der verfügbaren Flächen zu diskutieren und dann aber auch zu gestalten und umzusetzen. – Ich bedanke mich.

(*Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP*)

Vizepräsident Farid Müller: Der Abgeordnete Pramann hat das Wort.

Jens Pramann Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Damit Hamburg als grüne Metropolregion Europas wachsen kann,

(Jens Pramann Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

- A müssen wir erst einmal den rotgrünen Zopf abschneiden. Den haben wir hier lange genug hin und her geschleppt.

(Vereinzelter Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der CDU)

Wie uns die Vergangenheit zeigt, ist eine grün getünchte Regierung noch lange kein Garant für eine nachhaltige ökologische Stadtentwicklung.

(Barbara Duden SPD: Die machen Sie jetzt!)

Umso mehr freuen wir uns, wenn die Opposition in ihrem Antrag „Wachsende Stadt“ Kernpunkte aus unserer Koalitionsvereinbarung aufgreift und nun endlich zu verstehen scheint, worum es eigentlich geht.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Es reicht eben nicht aus, nur Konzepte anzuschieben, um sie dann in ihrer Eigendynamik untergehen zu lassen, sondern Konzepte müssen sinnvoll umgesetzt und genauso einer Erfolgskontrolle unterzogen werden.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP – Norbert Frühauf Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Das ist es nämlich!)

Genau das tun Senat und Behörden im Falle der Flächenverwendung für die wachsende Stadt. Sie sind längst dabei zu prüfen, welche Flächen dem Wohnungsbau und dem Gewerbe effektiv zugeführt werden können. Mit der Prüfung, Bewertung und Ergebnisdarlegung ihrer angeschobenen Vorlagen nahm es die alte Regierung dagegen nicht sonderlich genau. Ich denke hier vor allem an die immer wieder aufgeschobene Bewertung des Programms zur sozialen Stadtteilentwicklung. Sie haben bisher keine

- B Bewertung der Stadtteilentwicklung vorgenommen. Man findet sie nicht.

(Barbara Duden SPD: Das ist doch Quatsch! Drei Berichte gibt es dazu!)

Kaum sitzen Sie auf der Oppositionsbank, verlangen Sie vom Senat innerhalb kürzester Zeiträume Stellungnahmen, wozu Sie selbst in Jahren nicht fähig gewesen sind.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Nichtsdestotrotz freuen wir uns über jeden Versuch, das Niveau der Oppositionspolitik anzuheben, falls man von einem solchen überhaupt sprechen kann.

(Barbara Duden SPD: Das fällt immer auf den Redner zurück!)

Ich erinnere mich weiterhin daran, dass wir in der Diskussion um die Mobilisierung von Gewerbeträßen für die wachsende Stadt von Vereinbarungen ausgingen, die auf der Kooperation von STATT-Partei und SPD in der 15. Legislaturperiode beruhen. Der Flächenwert von circa 30 Hektar – das heißt also, jährlich sollen circa 30 Hektar verabreicht für Gewerbe zur Verfügung stehen – ist noch von der alten Regierung als unterer Schwellenwert definiert worden. Um für die Zukunft gerüstet zu sein, müssen städtebauliche Leitziele überdacht und vor dem Hintergrund sich wandelnder Bedürfnisse der Bevölkerung neu beurteilt werden.

Halten wir uns die Bilder der Satellitensiedlungen vom Mümmelmannsberg und von Steilshoop vor Augen: alles Folgen der kurzsichtigen Regierung der sechziger und siebziger Jahre.

(Dr. Willfried Maier GAL: In ganz Europa!)

C

Deshalb ist es notwendig, Vorhaben ganzheitlich zu prüfen und mit Weitsicht zu planen. Wir wollen die Stadt attraktiver machen, fit sein für Olympia und verhindern, dass die Menschen aus der Stadt abwandern.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP – Krista Sager GAL: Da haben Sie aber im Moment die falsche Verkehrspolitik!)

Dieses Ziel schaffen wir nur mit einem komplexen Maßnahmenpaket, wie es in den Bereichen Verkehr, Sicherheit und Sauberkeit bereits erfolgreich angelaufen ist. Die Menschen sollen möglichst in ihren eigenen vier Wänden wohnen können. Nachbarschaftliche Solidarität statt Parkplatzzank vor der Haustür muss in einer Gemeinschaft von Jung und Alt gestärkt werden.

Auch in diesem Zusammenhang lehnt sich die Opposition an die Kernbestandteile unserer Koalitionsvereinbarung, indem sie dem so genannten Eigentumssegment Priorität einräumt. Nichts anderes wollen wir und vor allem leisten wir auch dazu. Umsteuerungsprozesse müssen jedoch schrittweise geplant und vollzogen werden. Keine andere Stadt zeichnet sich durch einen so vielfältigen Baum- und Grünflächenbestand aus wie Hamburg.

(Beifall bei Antje Möller GAL)

Dass wir sorgfältig und sparsam mit diesen Flächen umgehen, steht überhaupt nicht zur Diskussion.

(Krista Sager GAL: Na, das wollen wir mal sehen!)

Aber hier muss ein realistischer Weg gegangen werden, der nicht in einer grünen Sackgasse enden darf.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Dass man vornehmlich auf recyclebare Flächen und Nachverdichtung setzt, anstatt auf Grünflächen zurückzugreifen, ist doch auch nichts Neues. Kein Begriff wurde außerdem mit dem Wachsen von Stadt und Gesellschaft am Runden Tisch so zerredet wie der Nachhaltigkeitsbegriff. Dabei herausgekommen ist eine Vielzahl von wohlklingenden Definitionen, die wenig Pragmatisches haben. Wenn schon der ehemalige Bürgermeister Ortwin Runde einen Baum der Nachhaltigkeit pflanzt, darf man nicht gleich erwarten, unter dessen Schatten zu weilen, wenn man den Baum nicht richtig astet und pflegt.

(Wolfhard Ploog CDU: Sehr richtig!)

Wir stellen uns der Nachhaltigkeitsthematik, indem wir die Probleme angehen, sach- und fachgerecht Nägel mit Köpfen machen.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Dazu gehört auch, dass wir offen sind für neue Ideen. Zu lange hat der rotgrüne Filz Ideen und Alternativen auf den verschiedensten Ebenen ersticken. Das kristallisiert sich ganz klar in vielen Gesprächen mit Behördenressorts heraus.

(Dr. Mathias Petersen SPD: Nennen Sie mal ein Beispiel! – Wolfgang Franz SPD: Aber wie?)

Eines steht fest: Hamburg will wachsen und die Hamburger wachsen mit und halten zu ihrer Stadt.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

(Jens Pramann Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

- A Die angedachte Zielmarke von zwei Millionen Menschen ist dabei Schritt für Schritt strategisch zu erklimmen, ohne dass man den Atem verliert. Diese einmalige historische Chance wollen wir nicht versäumen.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Vizepräsident Farid Müller: Die Abgeordnete Möller hat das Wort.

Antje Möller GAL:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Manchmal fällt einem fast nichts ein, was man eigentlich noch antworten soll.

(*Dirk Nockemann Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Ihnen ist noch nie etwas eingefallen!*)

Da legt der Kollege von der SPD einen absolut fundierten, fachlichen, sachlichen Beitrag vor, mit dem fast alles gesagt ist,

(Beifall bei der GAL und der SPD)

und Sie, von der CDU, aber natürlich auch von der

(*Norbert Frühauf Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Na, wie heißen wir?*)

– nein, ich überlege gar nicht mehr, wie Sie wirklich heißen
– kleineren Koalitionsfraktion, legen einen Beitrag vor, der sich inhaltlich immer gerade daneben bewegt. Er kommt an keinem einzigen Punkt auf das Thema, wie Sie eine Aufgabe lösen wollen, die Sie nicht durch den Koalitionsvertrag, sondern durch den Ersten Bürgermeister in die Welt gesetzt haben, diese Stadt zu zwei Millionen Einwohnern aufzupusten. Wie wollen Sie das eigentlich realisieren?

B

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Man hört dazu nicht einen konkreten Satz und das ist das Traurige.

(Vereinzelter Beifall bei der GAL und der SPD – *Karl-Heinz Ehlers CDU: Wenn es nach Ihnen ginge, hätten wir schon die zwei Millionen! Aber die falschen!*)

Wir hatten dazu bereits vier Ausschussdebatten, zwei im Bau- und Verkehrsausschuss und zwei im Haushaltungsausschuss. Es gibt nicht einen konkreten Ansatz, den man mitnehmen und zu dem man sagen kann, da wissen Sie, wie es gehen soll, da wollen Sie etwas anders machen. Sie wissen auch, dass es nicht Ihre Idee ist, dass eine wachsende Stadt auch eine stabile Stadt ist, dass man Strukturen in den Quartieren nur erhalten kann, wenn die Abwanderung gestoppt wird.

(*Henning Tants CDU: Ja, das hätten Sie doch tun können!*)

Das ist absolut nicht Ihre Idee, aber Sie kommen nicht mit einem konzeptionellen Ansatz. Sie reden bunt durcheinander.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Herr Freytag ist leider nicht da, aber vielleicht kann ich den stellvertretenden Fraktionsvorstand der CDU fragen, wer stadtentwicklungspolitischer Sprecher in Ihrer Fraktion ist, nachdem Herr Schulz nun auf der anderen Seite sitzt. Herr Mehlfeldt, ich schätze Sie sehr für Debatten über das Handwerk; das haben wir lange Zeit getan. Aber Stadtentwicklung ist noch nicht Ihr Metier. Sie haben über die

C Kirchen geredet, über die Skyline und auch darüber, dass wir keine Hochhäuserskyline haben wollen. Das ist aber nicht das Thema. Wir müssen darüber reden, wie wir die Abwanderung in dieser Stadt stoppen und was man in den unterschiedlichen Quartieren in dieser Stadt tun muss. Das hat der rotgrüne Senat erfolgreich getan, auch wenn Sie das vielleicht noch nicht mitbekommen haben.

(*Peter Lorkowski Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Mümmelmannsberg!*)

Wir haben neu erschlossene Gebiete für den Miet- und Eigentumswohnungsbau. Auch das ist die alte Legende, dass in dieser Stadt mit Rotgrün kein Eigentumswohnungsbau möglich war. Das ist ein absurdes Gerede. Sie müssen sich die Zahlen ansehen. Wir haben im Parlament über zwei Jahre eine intensive Auseinandersetzung darüber geführt, angefangen mit einer Enquete-Kommission „Stadtentwicklung“ vor ungefähr fünf Jahren, die sich genau mit diesem Thema beschäftigt hat. Es wurde versucht, die Konzepte, die in anderen Städten, die fast alle unter Abwanderung zu leiden haben, erfolgreich umgesetzt werden, hier in Gang zu setzen. Es ist ein Versuch. Man kann nur Angebote machen und Sie kommen nicht einmal konkret mit einem Satz.

Herr Müller-Sönksen hat kürzlich in einer Diskussion, bei der ich das Vergnügen hatte, dabei zu sein, gesagt, auf Kleingärten greifen wir zu. Herr Senator Mettbach sagt im „Hamburger Abendblatt“, wir müssen kleinteilig denken. Kleinteilig bei 300 000 Leuten, die Sie in die Stadt holen wollen? Was für ein absurder Gedanke. Der bestehende Flächennutzungsplan hat ein Wohnflächenreservepotenzial von ungefähr 25 000 Wohneinheiten. Nun wissen wir alle, wie die durchschnittliche Haushaltsgröße in der Bundesrepublik ist. Vielleicht pusten wir auch die noch ein bisschen auf und sagen, das gibt 50 000 Menschen. Das ist hoch gerechnet, das ist übertrieben gerechnet. Wo wollen Sie 300 000 Menschen unterbringen, wenn sie auf Einfamilienhäuser setzen? Das ist die eine Frage, zu der Sie nicht ansatzweise eine Antwort geben.

(Beifall bei Krista Sager und Christa Goetsch, beide GAL)

D Die andere Frage hat der Kollege Quast von der SPD auch schon angeführt. Was machen wir eigentlich mit der Bevölkerungsprognose, die sich europaweit immer deutlicher abzeichnet? Es gibt zukünftig keinen Bevölkerungszuwachs, den wir mit Arbeitsplätzen oder mit wunderbaren Wohnungsangeboten in diese Stadt locken können. Wir werden uns bescheiden müssen mit dem sehr großen Ziel, die Abwanderung zu stoppen. Dabei sind wir, aber nicht bei dieser aufgepusteten Zahl von zwei Millionen Menschen.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsident Farid Müller: Herr Rumpf hat das Wort.

Ekkehard Rumpf FDP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Antrag ist durchaus spannend. Ich frage mich nur, warum er erst jetzt kommt. Warum haben Sie den nicht gestellt, als Sie selber noch in der Regierung waren?

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive – *Bernd Reinert CDU: Sehr richtig!*)

Ich werde ihn Punkt für Punkt abarbeiten, da das am sinnvollsten zu sein scheint. Der erste Punkt ist durchaus okay.

(Ekkehard Rumpf FDP)

- A Wir müssen zusehen, dass wir die bestehenden Kataster, die in verschiedenen Behörden durchaus vorhanden sind, zusammenfassen und uns darüber Gedanken machen, ob die Flächen in der Form oder in der anderen Form genutzt werden können. In welcher Form werden Sie überhaupt im Moment genutzt? Es gibt Flächen im Staatseigentum, von denen der Staat zum Teil gar nicht mehr weiß, dass sie ihm gehören, zum Beispiel bei der Stadtentwässerung und dergleichen. Das sind in der Tat Aufräumarbeiten, die wir leisten müssen und die geleistet werden sollten. Eine Übersicht wird nämlich wichtig sein.

In der Umweltbehörde gibt es einen Kataster. Dieser ist sehr kleinteilig und deswegen sehr gut geeignet. Er bezieht sich auf die Flächenbelastung, auf Altlasten. Aber der ist, weil er so kleinteilig ist, vielleicht auch für andere Sachen zu verwenden. Er soll demnächst ins Internet gestellt werden. Das heißt, da sind wir durchaus einer Meinung.

Zu Ziffer 2: Hier gehen unsere Meinungen schon eher auseinander. Über den Erhalt des Charakters Hamburgs als grüne Stadt am Wasser brauchen wir uns gar nicht zu unterhalten. Das ursprüngliche Stadtbild Hamburgs soll natürlich erhalten bleiben. Aber die Verdichtung und verdichtete städtische Wohnformen sind nicht unbedingt das Allheilmittel. Dann sollte man sich darüber Gedanken machen, von wem wir wollen, dass er hier bleibt. Das ist nämlich eine sehr spannende Frage. Diejenigen, die das urbane Leben bevorzugen, haben kein Problem, in Hamburg eine Wohnung zu finden, beispielsweise in Eimsbüttel oder in Eppendorf.

(Zuruf von der SPD: Bauwagen!)

Die urbanen Lebensformen sind in Hamburg durchaus gegeben. Nur, die Familien, die weggegangen sind, sind B Familien mit einem Kind oder mit zwei Kindern. Die wollen nicht in der Innenstadt wohnen, sondern die wollen ein Haus, um das sie herumlaufen können. Das ist der Punkt. Wir müssen zusehen, dass diejenigen, die in den letzten Jahren ins Umland gezogen sind, vielleicht wieder zurückkommen, aber auf jeden Fall diejenigen, die jetzt nachwachsen, bleiben. Da ist der Ansatz der rückwärtigen Bebauung, der Grundstücksteilung ein Weg.

Zu Ziffer 3: Die Bereitstellung von reinen Gewerbegebäuden ist zwar der richtige Ansatz, aber es ist auch wieder nur ein Weg. Gerade das urbane Leben, das Sie unter zweitens beschrieben haben, zeichnet sich durch die Durchmischung – Wohnen, Leben und Arbeiten – aus. Auch da gibt es bestimmte Wege, das noch zu intensivieren, zum Beispiel über eine Lockerung der Nutzungsausweisung. Darüber können wir reden.

Ziffern 4 und 5: Die Prüfung, die wir im Rahmen der jetzt zusammengelegten Behörde für Bau und Verkehr und Stadtentwicklung vornehmen, muss erst einmal abgeschlossen sein.

(Vizepräsidentin Rose-Felicitas Pauly übernimmt den Vorsitz.)

Den Zeitplan dafür machen wir uns selbst. – Danke.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Vizepräsidentin Rose-Felicitas Pauly: Das Wort hat Senator Mettbach.

Senator Mario Mettbach: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Möller, ich möchte mit dem anfangen, was Sie angesprochen haben.

C Zunächst verstehe ich nicht, wieso Sie über die Forderung von konzeptionellen Ansätzen sprechen können, denn genau das haben wir bei Rotgrün vermisst. Bei Ihnen ist in dem Bereich nichts anderes gelaufen als Flickschusterei. Sie haben in keiner Weise irgendwelche Konzepte aufgezeigt, die eine Abwanderung ins Umland hätten verhindern können.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP – *Erhard Pumm SPD: 60 000 Wohnungen!*)

Wenn ich Herrn Quast höre, der als Erfolg verkauft, dass in den Neunzigerjahren 130 000 Menschen zugezogen seien, dann frage ich: Lag es an Ihren Konzepten, dass Sie entsprechende Maßnahmen getroffen haben oder dass es plötzlich keine DDR mehr gab und die Menschen von dort hier hergeströmt sind?

Ich sage Ihnen klipp und klar: Das sich daraus entwickelte Ergebnis ist – auch wenn es eine Situation war, auf die Sie keinen Einfluss hatten –, dass es Gebiete gibt, die wir heute als soziale Brennpunkte bezeichnen.

(Dr. Willfried Maier GAL: Die sind 20 Jahre vorher entstanden!)

Genau das ist der Punkt. Wenn ich kleinteilig sage, dann spreche ich nicht davon, dass wir noch ein Allermöhe, Steilshoop oder Jenfeld schaffen wollen.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

D Wir werden auch nicht den Fehler machen – wenn wir über eine wachsende Stadt sprechen –, den Menschen weismachen zu wollen, dass dieses innerhalb einer Legislaturperiode möglich ist. Das ist ein Prozess, der sicherlich über eine zweite oder dritte Legislaturperiode hinaus dauert. Insofern hat die neue Koalition etwas länger damit zu tun; das werden wir dann auch umsetzen.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP – *Uwe Grund SPD: Die Zeit werden Sie nicht haben!*)

Der erste Grundstein, der gelegt werden muss, ist, vernünftig ein Wirtschaftswachstum und eine Wirtschaftsförderung hinzubekommen. Denn dann schaffen wir Arbeitsplätze. Und wenn wir Arbeitsplätze haben, erhalten wir höhere Steuereinnahmen und können mehr Geld in Einfamilien- und Reihenhäuser oder auch in den geförderten qualitativen Wohnungsbau stecken, den die Menschen auch annehmen.

Heute haben wir in vielen Bereichen kleine Wohnungen, die qualitativ schlecht ausgestattet sind. Wenn wir die Menschen in der Stadt halten oder nach Hamburg holen wollen, dann müssen wir auch ein entsprechendes qualitatives Wohnraumangebot schaffen.

Der nächste Punkt ist der Bereich Verkehr, der zu einer wachsenden Stadt gehört. Wenn Sie die Stadt zuprollen und anfangen, die Hauptverkehrsstraßen dichtzumachen, dürfen Sie sich nicht wundern, dass die Menschen lieber ins Umland ziehen, weil sie in Hamburg noch nicht einmal vernünftige Verkehrsverhältnisse antreffen.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP – *Barbara Duden SPD: Dann bauen Sie doch die großen Straßen!*)

Zum Thema Flächenentwicklung lassen Sie mich auch noch einen Punkt sagen.

(Glocke)

(Senator Mario Mettbach)

A **Vizepräsidentin Rose-Felicitas Pauly** (unterbrechend): Herr Senator, gestatten Sie der Abgeordneten Möller eine Zwischenfrage?

Senator Mario Mettbach (fortfahrend): Nein, ich möchte in Ruhe das beantworten, was hier schon gesagt worden ist.

Wenn Sie, die SPD-Abgeordneten, in Ihrem ersten Punkt die Forderung aufstellen, darzulegen, welche Flächen für Wohnungsbau- und Gewerbeansiedlung bereits jetzt zur Verfügung stehen, dann frage ich Sie allen Ernstes: Was haben Sie eigentlich in den 44 Jahren Ihrer Regierungsverantwortung gemacht? Denn genau eine solche Aufstellung, die Sie jetzt fordern, haben Sie nicht zustande gebracht.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Dieser Senat hat zunächst eine Ermittlung in Angriff genommen, welche Flächen für Industrie, Gewerbe und Wohnungen überhaupt zur Verfügung stehen, damit wir einen Überblick über die vorhandenen Flächen gewinnen. Sie werden auf einer Datenbank mit entsprechenden Bewertungen erfasst. Der Ausfluss dieser ersten Maßnahme ist, dass wir im März der SENKO eine entsprechende Vorlage über Wohnungsbau- und Gewerbegebäuden vorlegen werden. Wer also glaubt, dass wir untätig gewesen sind und nichts machen würden, der irrt sich ganz gewaltig.

Herr Quast, lassen Sie mich auch noch eine Sache klarstellen. Sie sprechen Neugraben-Fischbek an und dass wir dort 1250 statt 3500 Wohnungen bauen würden. Lassen Sie mich eines dazu sagen:

B Erstens: Die 1250 Wohnungen sind im Gegensatz zu den 3500 im Bezirk Harburg unstrittig und werden von der Bevölkerung angenommen.

Zweitens: Sie sind ökologisch vernünftiger. Ich bin sicher, der Wachtelkönig wird bei 1250 Wohnungen nicht wieder auftreten.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP – *Antje Möller GAL*: Das stimmt wieder!)

Sie haben auch den Bereich Stellenstreichungen angeprochen und kritisiert, dass dieser Senat sie vornehmen muss.

Erstens: Das hat gerade die SPD mit dem Rasenmäherprinzip viel besser beherrscht als der neue Senat.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Zweitens: Wenn Sie allen Ernstes glauben, eine wachsende Stadt zu bekommen, indem Sie die Verwaltung aufblähen,

(*Barbara Duden SPD*: Wir reden von Planungsmitteln, nicht von Leuten! Sie wissen nicht, wovon Sie reden! – *Krista Sager GAL*: Es geht nicht um Stellen!)

anstatt in der freien Wirtschaft Arbeitsplätze zu schaffen, dann sagen Sie mir bitte, wie Sie das in den Griff bekommen wollen.

Als letzten Punkt möchte ich das ansprechen, was auch von der SPD-Fraktion genannt worden ist: Wohnungsverkäufe.

C Herr Quast! Verkäufe an Mieter von Wohnungen, die nicht mehr gebunden sind, bringen Geld für die Wohnungsunternehmen und versetzen sie in die Lage, wieder neuen Wohnraum zu schaffen. Darum geht es und um nichts anderes. Ich freue mich auf die Diskussion im Bau- und Verkehrsausschuss.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Rose-Felicitas Pauly: Herr Abgeordneter Dr. Stehr, Sie haben das Wort.

Dr. Hermann-Diethelm Stehr CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Quast, Sie haben einige Worte gewählt, die sich zum Teil gut anhören. Aber Sie haben – das ist schon gesagt worden – Neu Allermöhe als gutes Beispiel dargestellt; das ist aberwitzig. So können wir nicht fortfahren, hier muss ein Umdenken stattfinden.

Frau Möller, Sie beklagen die Abwanderung. Stattdessen hat der rotgrüne Senat die Abwanderung durch Untätigkeit im Bereich des Bebauungsplans NF 15 geradezu befördert. Es gibt mehrere Beispiele, wie aus falsch verstandener rotgrüner Ideologie Baumöglichkeiten verhindert wurden sind.

Ich nenne für den Bezirk Harburg den Bebauungsplan Hausbruch 2, der unter Ihrer Mehrheit umgeplant worden ist. Dort werden Baurechte so extrem weggenommen, dass auf einem 20 000 Quadratmeter großen Grundstück nur noch ein Haus errichtet werden darf. Dazu fällt mir nichts mehr ein, als dass man tatsächlich Bauen verhindern möchte. Dieses kann nicht unsere Zielsetzung sein. Deswegen brauchen wir das Wachsen der Stadt als neue Zielsetzung.

D Wir müssen die Abwanderung stoppen und nicht den Wohnungsbau. Wir brauchen auch hochwertigen Wohnungsbau, aber dieser allein reicht nicht, sondern wir brauchen Flächen für EADS-Ingenieure. Wir reden in Harburg auch von den so genannten Professorenhäusern, die wir für die Menschen brauchen, die wir gern an die TU Harburg berufen möchten, damit sie gerade nicht nach Jesteburg oder ins Umland nach Jork ziehen.

(*Barbara Duden SPD*: Dann brauchen wir auch Polizisten- und Krankenschwesterwohnungen!)

Das schaffen wir nur, wenn wir bereit sind, in Hamburg Wohnungsbauflächen zur Verfügung zu stellen. Diese werden wir erschließen und nicht weiterhin blockieren. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Vizepräsidentin Rose-Felicitas Pauly: Das Wort hat der Abgeordnete Silberbach.

Manfred Silberbach Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Meine sehr geehrten Damen und Herren von der Opposition! Dass Sie mit dem Begriff „Wachsende Stadt“ nichts anfangen können, kann ich mir vorstellen. Eines muss ich dazu sagen: Unter einer wachsenden Stadt verstehen wir nicht das, was in den vergangenen Jahren gemacht worden ist, dass nämlich immer mehr Familien mit Kindern aus dieser Stadt herausgedrängt wurden. Sie findet man, weil kein wertvoller Wohnraum zur Verfügung gestellt wurde, in Niedersachsen wieder.

(Manfred Silberbach Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

- A Hier muss eines gemacht werden, es muss für Menschen, die in der Stadt wohnen, und darüber hinaus für diejenigen, die die Möglichkeit sehen, eventuell in die Stadt zurückzuziehen, auch Wohnraum geschaffen werden. Dazu gehören selbstverständlich auch die entsprechenden Schulvor aussetzungen, sodass auch junge Familien in der Stadt bleiben und dass nicht – wie zum Beispiel im Süderelberbaum, Harburg, Steilshoop und in anderen Gebieten – junge Familien mit Kindern wegziehen, weil sie keine Möglichkeit haben, für ihre Kinder eine vernünftige Schulausbildung zu bekommen.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Dass Sie sich darüber aufregen, Frau Cords, kann ich mir vorstellen. Sie haben zu diesem Problem immer geschwiegen.

(Christa Goetsch GAL: Das ist der größte Blödsinn!)

Es ist Tatsache, dass bis zu 30 Prozent der Schüler aus diesen Gebieten keinen Schulabschluss bekommen. Dass die Eltern dann aus der Stadt wegziehen, kann ich nachvollziehen. Sie haben nämlich keine Hoffnung mehr, dass sich etwas ändert. Diese Hoffnung wollen wir den Menschen in dieser Stadt wiedergeben. Sie sollen nicht nur hier wohnen bleiben, sondern es sollen auch andere wieder zurückkommen.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Es ist nicht nur so, dass die Menschen wegziehen, die wir in Hamburg halten wollen, sondern wir verlieren schon über 30 Prozent Einkommen- und Lohnsteuer an die Länder Schleswig-Holstein und Niedersachsen. Das sind Gelder, die für Hamburg verloren gehen. Die Menschen arbeiten zwar noch in Hamburg, sind aber zwischenzeitlich weggezogen. Das ist allein Ihre Schuld,

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und vereinzelt bei der CDU)

weil Sie gesagt haben: Lasst die Menschen doch wegziehen! Sie haben nicht dafür gesorgt, dass sie hier bleiben. Das verstehen wir nicht unter einer wachsenden Stadt.

Die GAL war natürlich schon seit langer Zeit dagegen. Wenn Herr Ebermann dieses heute hören könnte,

(Krista Sager GAL: Sie leben ja in der Vergangenheit! Sie sollten in Rente gehen!)

würde er sagen, dass Sie wieder da angekommen sind, wo er damals war; er würde bestimmt wieder gern zu Ihnen zurückkommen. Sie sind in Ihrer Entwicklung stehen geblieben und in die Zeit zurückgefallen, als Sie in das Parlament eingezogen sind.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Wir werden den Menschen, die in den sozial benachteiligten Stadtteilen wohnen, Hoffnungen geben und die Schule so reformieren, dass sie den Mut haben, in Hamburg zu bleiben, und nicht wegziehen. – Schönen Dank.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Rose-Felicitas Pauly: Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Maier.

Dr. Willfried Maier GAL: Meine Damen, meine Herren! Dass Sie von der PRO-Partei neu im Parlament sind und

von allen vorher bereiteten Konzepten nichts wissen können, das verstehe ich. C

(Jens Pramann Partei Rechtsstaatlicher Offensive:
Aber wir leben doch hier!)

Dass Sie von der CDU aber so weit unter das Niveau der Diskussion der letzten Legislaturperiode gehen, das verstehe ich nicht mehr.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Sie alle wissen, dass wir das Problem haben, die Menschen in der Stadt zu halten, dass wir aber nicht die Flächen wie ein Flächenland haben. Wir haben in der gesamten letzten Legislaturperiode eine Diskussion darüber geführt, wie wir es schaffen, bei dichter städtischer Bebauung Eigentumsformen zu entwickeln, die angenommen werden. Da waren Sie mit im Boot. Aber jetzt wird der Unsinn verkündet, die Stadt auf der begrenzten Fläche unseres Stadtstaates in Form von Einfamilienhäusern wachsen zu lassen. Wie soll denn das passieren?

Es wird ebenso der Unsinn verkündet, breitere Straßen zu bauen, denn das würde dazu führen, dass mehr Menschen nach Hamburg kommen.

(Ingrid Cords SPD: Die fahren nach draußen!)

Sie wissen doch ganz genau, je breiter die Ausfallstraßen sind, umso mehr Menschen suchen sich außerhalb der Stadt Wohnungen, weil dort die Grundstücke billiger sind.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Nirgends ist der Flächenverbrauch und die Besiedlung so schnell fortgeschritten wie im Kreis Lüneburg. Wissen Sie, woran das liegt? An der neuen Autobahn. Das kann sich doch jeder an drei Fingern abzählen.

Herr Mettbach sagte, dass es überhaupt keine Konzepte gab, aber jetzt kämen die großen. Bisher haben Sie doch noch nur das vorgetragen, was Sie von uns in der Schublade gefunden haben;

(Beifall bei der GAL und der SPD – Karl-Heinz Warnholz CDU: Warum haben Sie das nicht gemacht?)

das ist doch verrückt.

Auch die Bürgermeister-Visionen, von der HafenCity über den Domplatz bis zum Jungfernstieg, hat der Bürgermeister von uns aus der Schublade genommen. Sie sind auch hier schon erörtert worden. Was soll das?

Solange wir so diskutieren, kommen wir in keinem Punkt weiter. Sie können Ihre Redebeiträge vielleicht noch zwei Monate damit beginnen, welches Chaos wir hinterlassen hätten. Danach kommt von Ihnen Luft.

(Krista Sager GAL: Heiße Luft!)

Ich möchte Sie doch sehr bitten: Lassen Sie diesen Unsinn am Anfang weg und reden Sie in der Sache weiter. Dann kommen wir wirklich ein Stück weiter als mit diesen leeren Debatten. Das ärgert mich wirklich, denn wir haben keine konzeptionslose Stadtentwicklungs- und Verkehrsentwicklungspolitik gemacht. Es gibt möglicherweise Unterschiede, aber dann reden Sie darüber, anstatt leere Reden zu halten.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Vizepräsidentin Rose-Felicitas Pauly: Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Tants.

A **Henning Tants** CDU: Frau Vorsitzende, meine Damen und Herren! Herr Maier, ich habe Sie selten so echauffiert gesehen wie eben.

(Uwe Grund SPD: Aber er hat Recht!)

Ich will Ihnen gar keine Konzeptlosigkeit vorhalten, aber Ihre Konzepte, die Sie hin- und herbewegen und hin- und hergedacht haben, waren für diese Stadt erfolglos. Was helfen Konzepte, die keinen Erfolg bringen?

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Das ist das eine. Ich möchte hier keine lange Rede halten.

Frau Möller, bei Ihnen hat mich – auch bei Herrn Maier – ganz fürchterlich geärgert, dass Sie so tun, als ob Sie alle Anträge der Opposition zur wachsenden Stadt in der letzten Legislaturperiode angenommen hätten.

(Elke Thomas CDU: Genau!)

Sie haben sie Punkt für Punkt abgelehnt und noch nicht einmal zugelassen, dass darüber in den Ausschüssen entsprechend geredet wurde.

(Barbara Duden SPD: Die hat's doch gar nicht gegeben!)

Sie wissen, wir haben in der letzten Legislaturperiode über die 6000 DM diskutiert, die wir pro Abwanderer verloren haben gegenüber dem, wenn sie in der Stadt geblieben wären. Wir haben über Flächen diskutiert und viele Konzepte vorgelegt, aber jedes Konzept haben Sie abgelehnt.

(Erhard Pumm SPD: B-Pläne haben Sie alle abgelehnt!)

B Frau Möller, wenn Sie heute so tun, als hätte es dazu nichts gegeben,

(Jens Kienscherf SPD: Hat es auch nicht!)

dann schauen Sie doch einmal in die Protokolle. Was ist denn das für eine leere, hohle Debatte, wenn Sie sich schlicht und ergreifend weigern, die konzeptionelle Arbeit der Opposition hinsichtlich der letzten vier Jahre innerlich zur Kenntnis zu nehmen? Kommen Sie doch endlich einmal dort an, wo Sie wirklich sind. Schauen Sie in die Protokolle, dann wissen Sie auch, welche Konzepte es für diese Stadt gibt.

Ich gebe Ihnen Brief und Siegel, dass nach zwei Monaten keine Luft kommt, sondern es werden nach drei, vier Monaten Taten folgen.

(Anja Hajduk GAL: Endlich!)

Nehmen Sie sich einmal die Zeit und schauen Sie in die Protokolle!

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Vizepräsidentin Rose-Felicitas Pauly: Herr Abgeordneter Pramann, Sie haben das Wort.

Jens Pramann Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Meine Damen und Herren! Ich bin neu im Parlament. Aber was Sie hier veranstalten, entbehrt jeder Grundlage.

Sie müssen doch überlegen, warum die Menschen wegziehen. Erzählen Sie doch nichts! Wenn sich die Menschen hier nicht wohl fühlen, können wir die tollsten Häuser hinstellen. Das ist doch das A und O. Menschen bleiben in

dieser Stadt, wenn sie sich wohl fühlen, aber nicht, wenn sie so dreckig ist und wir ihnen keine Sicherheit und

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

etwas Vernünftiges wie Schulen, Sportstätten und so weiter anbieten. Wir diskutieren hier doch nicht über Flächen, ob wir Wohnungen oder Einfamilienhäuser bauen oder ob es zwei- oder dreigeschossige Gebäude sind, sondern wir müssen bei den Menschen anfangen. Das tragen wir vielleicht noch etwas uneinvorogenommen vor, doch wir wissen, was die Menschen draußen sagen. Sie ziehen deswegen weg,

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und vereinzelt bei der CDU und der FDP)

weil sie – das sagte auch Herr Silberbach – keine vernünftigen Schulen für ihre Kinder finden, sie sich nicht sicher fühlen und die Stadt so dreckig von Ihnen hinterlassen wurde.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und vereinzelt bei der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Rose-Felicitas Pauly: Frau Abgeordnete Duden, Sie haben das Wort.

Barbara Duden SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich glaube, man kann den neuen Abgeordneten zunächst empfehlen, dass sie die vorliegenden mittlerweile drei Berichte zur sozialen Stadtentwicklung aus der letzten Legislaturperiode lesen. Das zu dem einen Argument, dass wir uns nicht darum gekümmert hätten.

(Richard Braak Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Das ist doch nur Papier!)

Zum zweiten Argument, wie wir das Thema „Wachsende Stadt“ aufgegriffen haben. Wir waren eine wachsende Stadt, ohne dass wir viel dazu tun mussten. Die Zeiten haben sich geändert.

(Wolfgang Drews CDU: Sie haben die Zeit verpennt!)

– Ich glaube, Sie haben noch so viel Redezeit, dass Sie sich nacheinander melden können. Das würde zur Qualität dieser Debatte wesentlich beitragen.

(Beifall bei der SPD – Dr. Michael Freytag CDU: Zwischenrufe machen ist lebendig!)

Man muss sich doch einmal vor Augen führen, dass man, um als Metropole Gewicht zu haben – hier sind wir doch hoffentlich alle miteinander in einem Boot –, etwas dafür tun muss. Wenn Sie heute diese röhrend einfachen Argumente vorbringen, ist man leicht in der Versuchung, dazu etwas zu sagen.

Wenn Menschen aus Städten wegziehen, weil es da ein wenig komisch ist, dann würden solche Städte wie Frankfurt oder New York viele Einwohner loswerden. Es gibt eine Attraktivität, die man auch urban definieren kann. Das müssen wir nicht begreifen, aber ich kann Ihnen nur eines sagen: Ich wohne in einem sozialen Brennpunktbereich, in dem man durchaus zureckkommen und auch vor der Hamburger Bürgerschaft reden kann. Das nur dazu.

Herr Tants, den ich einmal vor vielen Debatten als kleines Karo bezeichnet habe – das nehme ich ausdrücklich zurück –, hat heute die Argumente seiner Rede selbst gebracht: Alles, was er sagt, sei leer und hohl. Das ist es auch.

C

D

(Barbara Duden SPD)

- A Ich gebe Herrn Maier ausdrücklich Recht. Die Qualität von Debatten, die wir in der Vergangenheit zur Qualität der Stadtentwicklungs politik geführt haben, habe ich heute auf der Seite des Hauses nicht wiedergefunden.

(Beifall bei der SPD und der GAL – Dr. Michael Freytag CDU: Jetzt haben Sie es uns aber gegeben!)

– Es geht hier überhaupt nicht um das Geben, Herr Freytag. Es geht darum, dass man das nicht vergessen darf, was man diskutiert hat.

(Petra Brinkmann SPD: So ist es! Genau!)

Ich erinnere mich sehr wohl an einige Anträge von Herrn Tants, Familienlotsen einzuführen und mehr Einfamilienhäuser zu bauen. Nun ist es so eine Sache mit dem Staat und den Einfamilienhäusern. Ich bezweifle, dass wir in Hamburg 300 000 Menschen in Einfamilienhäusern unterbringen können, um einen qualitativ guten Zuzug für diese Stadt zu erreichen.

(Dr. Michael Freytag CDU: Das sagt doch auch gar keiner!)

Dann möchte ich den letzten Punkt betonen, weshalb ich überhaupt hier rede.

Ich habe in der vergangenen Legislaturperiode immer wieder gesagt, dass es nicht die Bezirksabgeordneten der SPD waren, die in den Bezirksversammlungen gegen die Bebauungspläne gestimmt haben, um Wohnungsbau möglich zu machen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

B Es waren auch nicht die Bezirksabgeordneten der SPD, die sich im Verbund mit Bürgerinitiativen dagegen gewehrt haben, Gewerbe in einzelnen Bezirken anzusiedeln.

(Petra Brinkmann SPD: So ist es! – Wolf-Dieter Scheurell SPD: Genau!)

Wenn wir in dieser Frage gemeinsam etwas erreichen, dann sind wir eine wachsende Stadt.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Vizepräsidentin Rose-Felicitas Pauly: Frau Abgeordnete Möller, Sie haben das Wort.

Antje Möller GAL:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Weil es gerade so schön ist, setze ich noch eins drauf.

Es waren nicht die Abgeordneten der GAL und der SPD, die das Wohnprojekt in Klein Borstel verhindert haben, dass dies nicht schon jetzt realisiert worden ist.

(Beifall bei der GAL und der SPD – Petra Brinkmann SPD: Genau!)

Das Projekt ist genau ein Beispiel, das jedenfalls aus unserer Sicht nötig wäre, um attraktive neue Wohnstandorte in dieser Stadt zu schaffen. Es ist die Mischung von Wohnungen und Eigentum, die dicht an die öffentlichen Verkehrsmittel und bestehenden Zentren und so weiter angebunden sind.

Es gibt eine empirische Studie aus den letzten Jahren, die ich – Frau Duden hat schon die drei Berichte empfohlen – zum Lesen empfehle. Diese Studie ist genau auf die Hamburger Bedürfnisse zugeschnitten und hat sich ausführlich mit der Motivation der Abwanderung aus der Stadt beschäftigt.

C Sie hat die Menschen befragt, als sie anfingen, sich etwas Neues zu suchen, und als sie etwas gefunden hatten. Lesen Sie dieses nach. Dann werden Sie vor allem drei Dinge lernen:

Erstens möchte man nicht im Verkehrslärm wohnen.

Zweitens möchte man ein bezahlbares Grundstück und ein funktionierendes Umfeld haben.

Und drittens möchte man gern seinen Arbeitsplatz in der Stadt behalten.

Dass wir zunächst die Arbeitsplätze schaffen müssen, ist mehr ein Seitenargument. Aber die Frage lautet: Wie schaffen wir es, dass wir den Menschen sagen, dass sie ihren Arbeitsplatz zwar in der Stadt haben, sie aber auch dann hier wohnen bleiben sollen? Das ist die Aufgabe.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Vizepräsidentin Rose-Felicitas Pauly: Das Wort hat der Abgeordnete Reinert.

Bernd Reinert CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es vergeht keine Debatte mehr, ohne dass Zensuren verteilt werden.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Allein dieses trägt ganz erheblich zum Niveauverlust bei,

(Wolf-Dieter Scheurell SPD: Jeder blamiert sich selbst am besten!)

Herr Scheurell, wenn man zunächst einmal dem Vorredner bescheinigen muss, er sei schlecht informiert, habe schlecht geredet und es doch früher alles besser gewesen sei. Ich will mich an dieser Form der Auseinandersetzung nicht beteiligen.

(Beifall bei der SPD – Barbara Duden SPD: Das machen Sie ja nie!)

Ich möchte einfach darauf hinweisen, wie die Stadtentwicklungs politik der letzten Jahrzehnte ausgesehen hat.

Es ist schon das Stichwort Neu Allermöhe-West gefallen, wo es einen sehr hohen Anteil von 85 Prozent an sozialem Wohnungsbau gibt. Wir haben zehn Jahre nach Baubeginn in Neu Allermöhe-West immer noch nicht alle Flächen für den sozialen Wohnungsbau an die Bauträger übergeben können, weil diese sagen, dass dafür der Markt fehle. Das ist eine Tatsache.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Wenn Sie die Flächen für den mehrgeschossigen Wohnungsbau an der Westkante der Bahn anbieten wie Sauerbier, dann können Sie nicht sagen, dass Sie in den letzten Jahren alles richtig gemacht haben. Hier müssen Sie etwas verkehrt gemacht haben.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Ein weiterer Punkt. Es wurde über die Abwanderungsproblematik gesprochen. Ich frage die ehemaligen Regierungsfraktionen: Wer hat denn in der vergangenen Wahlperiode mit Hamburger Steuergeldern den sozialen Wohnungsbau in Schleswig-Holstein gefördert, damit die Abwanderung gefördert

(Bernd Reinert CDU)

A

(*Dr. Willfried Maier GAL*: Das haben wir in der letzten Legislaturperiode gestoppt!)

und damit dafür gesorgt, dass Hamburg mit jedem Abgewanderten 6000 DM an Steuereinnahmen verloren hat?

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Wenn Frau Duden jetzt die Legende verbreitet,

(*Barbara Duden SPD*: Das ist keine Legende!)

die CDU hätte in der vergangenen Wahlperiode in diversen Bezirken irgendwelche Projekte verhindert, dann sagen Sie mir bitte einmal, wo wir die Mehrheit hatten. In Wandsbek gab es eine große Koalition, ansonsten lagen die Mehrheiten immer auf Ihrer Seite. Sie konnten dort machen, was Sie wollten.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP – *Wolfgang Franz SPD*: Das ist auch in Ordnung!)

Wenn wir uns letztlich darin einig sind, dass wir – was die Flächennutzung angeht – einen hochwertigen Wohnungsbau mit neuen Konzepten für diese Stadt brauchen, dann hätte ich vom vorherigen Senat auch erwartet, dass er das Projekt der Überdeckelung der Autobahn im Bereich Bahrenfeld energisch vorantreibt, denn was wir dort an Flächen gewonnen hätten, hätten wir mittlerweile schon längst verkaufen können.

(*Dr. Mathias Petersen SPD*: Das können Sie jetzt machen!)

Wir sind dazu entschlossen.

(*Dr. Willfried Maier GAL*: Bringen Sie es zu Ende! Wir haben es begonnen! – *Wolfgang Franz SPD*: Gib Gas!)

B

Es ist jahrelang von jemandem verzögert worden, der jetzt dort im Hintergrund steht. Ich bin froh, dass jetzt andere das Sagen haben.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Vizepräsidentin Rose-Felicitas Pauly: Meine Damen und Herren! Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Wir kommen jetzt zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache 17/313 federführend an den Bau- und Verkehrsausschuss und mitberatend an den Wirtschaftsausschuss zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist die Drucksache einstimmig überwiesen worden.

Ich rufe Punkt 17 der Tagesordnung auf: Antrag der Fraktionen der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP zur Verbesserung des Verkehrsflusses auf den Hauptverkehrsstraßen unter Berücksichtigung der Interessenlage aller Verkehrsteilnehmer.

[Antrag der Fraktionen der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP:

Verbesserung des Verkehrsflusses auf den Hauptverkehrsstraßen unter Berücksichtigung der Interessenlage aller Verkehrsteilnehmer

– Drucksache 17/304 –]

Wer wünscht das Wort? – Herr Wohlers, Sie haben das Wort.

Reiner Wohlers Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren!

C

Ich glaube kaum, dass ich jetzt dazu beitragen kann, dass sich dieser Flügel ein wenig beruhigt; es geht um den Verkehr in der Stadt Hamburg.

Die Freie und Hansestadt Hamburg, eine Stadt, die zu den größten Warenumschlagplätzen der Welt gehört, geriet in Gefahr, eines ihrer wichtigsten Standbeine zu verlieren, die Erreichbarkeit für alle Verkehrsteilnehmer. Hamburg lebt vom Handel, von der Produktion, vom Transport und von seiner Zentrumsfunktion. Hamburg muss erreichbar bleiben für seine Partner, Kunden und Gäste. Ein leistungsfähiges Verkehrsnetz ist lebenswichtig und unverzichtbar für eine weltoffene Freie und Hansestadt Hamburg.

Angesichts der zusammenwachsenden Regionen von Nord- und Mitteleuropa wird Hamburg dem Anspruch, Verkehrsknotenpunkt des Nordens zu sein, gegenwärtig kaum gerecht. Die Bürgerinnen und Bürger leiden unter den Folgen einer auf allen Ebenen ideologiegeprägten Verkehrspolitik sowohl im überregionalen als auch im regionalen Bereich. Beispiele hierfür gibt es zuhauf und es würde den Rahmen des Abends sprengen, sie alle aufzuführen.

Unter Rotgrün wurde der motorisierte Individual- und Wirtschaftsverkehr verteufelt, die Menschen und Unternehmen in ihrer Beweglichkeit eingeschränkt und schikaniert und die Umwelt durch in Kauf genommene Staus hochgradig belastet. Unter dem Motto „Verkehrsbehinderung und Verkehrsverhinderung um jeden Preis“ war es wohl die Aufgabe des ehemaligen Bausenators, den fahrenden Individual- und Wirtschaftsverkehr auf den Straßen in ruhenden Verkehr umzuwandeln. Dies passierte quasi vornehmlich durch inszenierte Staus und die Ignoranz von zeitgerechten Verkehrskonzepten. Die Angabe von Staulängen wurde in Hamburg nicht mehr in Kilometern ausgedrückt, sondern in so genannten Wagnern – was für eine Auszeichnung.

D

(*Ingo Egloff SPD*: Jetzt drücken wir sie in „Mettbach“ aus!)

Man wollte die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt mit repressiven Methoden dazu zwingen, was sie nicht wollten: Verzicht auf persönliche individuelle Mobilität. Zum städtischen Leben gehört aber Mobilität und eine attraktive City muss jederzeit individuell von allen erreichbar sein.

Hamburgs Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer stehen viel zu oft im vom alten Senat gewollten Stau. Der Verkehr in Hamburg muss wieder fließen, die Staugefahr muss auf ein Minimum reduziert werden. Es müssen wieder ausreichend Parkmöglichkeiten geschaffen werden. So können auch Kosten und Zeit für alle Beteiligten gespart werden. Unser Innensenator, Herr Ronald Schill, hat am vergangenen Donnerstag eindrucksvoll bewiesen, dass man aktive Verkehrspolitik auch mit bereits anerkannten und günstigen Mitteln vorantreiben kann. Mit der Einführung von 181 grünen Pfeilen an Kreuzungen und Einmündungen setzt der neue Senat einen weiteren zentralen Punkt der Koalitionsvereinbarung um.

(*Wolfgang Franz SPD*: Welchen Nutzen hat der Wirtschaftsverkehr davon?)

Die Wartezeit an Ampeln verringert sich. Insbesondere außerhalb der Hauptverkehrszeiten erwies sich der grüne Pfeil nicht nur in den fünf neuen Bundesländern als effektives Mittel zur Verbesserung des Verkehrsflusses.

(Reiner Wohlers Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

- A Der durch den neuen Bausenator, Herrn Mettbach, bereits abgeschaffte Unsinn bezüglich der Stellplatzabgabe wird den Stellplatzverkehr deutlich sinken lassen

(Ingo Egloff SPD: Warum denn? – Barbara Duden SPD: Das verstehe ich nicht!)

und Ziele in Zentrumslage werden für Besucher wieder interessanter.

(Ingo Egloff SPD: Bauen Sie mehr Stellplätze?)

– Gehen Sie bitte ans Mikrofon und fragen Sie mich dann.

Der Senat wird ersucht, auch weiterhin auf diese bürger-, umwelt- und wirtschaftsfreundliche Verkehrspolitik zu setzen. Es muss Schluss sein mit den aufgepressten Verkehrsschikanen. Stattdessen müssen Modelltechniken wie Verkehrsbeschleunigungs- und Leitsysteme zur Attraktivität des Verkehrsknotenpunkts Hamburg und seiner City beitragen. Wir bitten den Senat, alle Maßnahmen zur Verbesserung des Verkehrsflusses im Netz der Hauptverkehrsstraßen zu ergreifen.

Unter Berücksichtigung der Interessen aller Verkehrsteilnehmer und bei strikter Einhaltung aller Sicherheitsaspekte sollen dabei insbesondere folgende Maßnahmen geprüft werden: Optimierung von Ampelschaltungen unter Einbeziehung von Fußgängerlichtsignalanlagen in Grüne-Welle-Schaltungen für alle Verkehrsteilnehmer – hierzu wird uns die Technik der Telematik gute Dienste leisten – und eine maßvolle Reduzierung von Fahrbahnnebenflächen, sofern dadurch eine Verflüssigung des Verkehrs erreicht werden kann.

Nur durch die Schaffung eines der Zeit angemessenen leistungsfähigen Verkehrsnetzes kann Hamburg den Ansprüchen eines zusammenwachsenden Nordeuropas gerecht werden und als Metropole seinen Bürgerinnen und Bürgern sowie den Menschen Nordeuropas dienen. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Rose-Felicitas Pauly: Das Wort hat Frau Duden.

Barbara Duden SPD: Frau Präsidentin, Herr Wohlers! Das war nun der erste Antrag zur Verkehrspolitik des Bürger senats oder der Koalition und da ist schon deutlich geworden, dass es in Wirklichkeit eine verkehrte Politik ist. Sie haben gesagt – das Einzige, bei dem ich mit Ihnen übereinstimme –, die strikte Einhaltung aller Sicherheitsaspekte und die Berücksichtigung aller Verkehrsteilnehmer seien sozusagen das Credo der Hamburger Verkehrspolitik. Es wird niemanden in diesem Hause geben, der völlig dagegen ist; das war aber im Übrigen seit Jahren Inhalt hamburgischer Politik.

Nun haben Sie ein paar Punkte genannt, um deutlich zu machen, warum Sie diesen Antrag stellen. Es ist eine Mär, die sich überall verbreitet, Hamburg wäre wirtschaftsfeindlich und Lastwagen würden nicht durchkommen. Ich bin zwar nicht selbst im Wirtschaftsausschuss, aber mir ist gesagt worden, dass Senator Uldall vor einigen Sitzungen lobend erwähnt hat, dass sich in Hamburg der Containerumschlag sehr stark positiv nach oben entwickelt habe mit dem Argument, in Rotterdam ginge er deshalb nach unten, weil die Lkws durch Staus behindert würden, aber in Hamburg liefen alles sehr gut und deshalb hätte Hamburg diese riesigen Zuwächse.

(Wolf-Dieter Scheurell SPD: Hört, hört!)

C

Das zur Wirtschaftsfeindlichkeit. Aber ich erwarte eigentlich gar nicht, dass man immer weiß, was einzelne Senatoren in verschiedenen Ausschüssen sagen.

Ich verstehe überhaupt nicht – das sollten Sie sich vielleicht noch einmal erklären lassen – den Zusammenhang zwischen dem Wegfall der Stellplatzabgabe und den Stellplätzen; da erwarten Sie ja einen Zuwachs. Mir ist nicht ganz klar, wie das gehen soll. Ich glaube, dass Sie spätestens in einem halben Jahr wissen, was Sie sich damit angetan haben, diese Stellplatzabgabe sozusagen im Vorfeld zu opfern und noch nicht zu wissen, was man daraus alles Schönes finanzieren kann.

Aber wir sollten uns mit den Spiegelstrichen in Ihrem Antrag auseinandersetzen, erstens mit der grünen Welle. Das kann man wirklich nur ironisch kommentieren und sagen, Gott sei Dank erwähnen Sie noch die Fußgängerlichtsignalanlagen als grüne Welle. Man ist als Fußgänger geradezu dankbar, dass man nicht neuerdings Sprintstiefel anziehen muss, um über die Straße zu kommen, sondern es im Antrag der Koalition eine Überlebenschance für rote und grüne Ampelmännchen gibt.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der CDU: Große Begeisterung!)

– Nach solch einer dicken Debatte ist man natürlich ein bisschen müde, das erkenne ich an.

(Dirk Nockemann Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Ampelmännchen und Ampelweibchen!)

– Ampelmännchen, rot und grün habe ich gesagt, Ampelweibchen können Sie ja noch als richtungsweisenden Antrag Ihrer Gleichstellungspolitik hier einbringen.

D

Die Grüne-Pfeil-Problematik, die Herr Wohlers auch schon erwähnt hat, ist natürlich ganz toll. Hamburgs Autofahrer auf dem Weg nach rechts, das mag so sein, darüber kann man durchaus diskutieren. Nur ist Ihr erstes Beispiel die Ecke Messberg und es entzieht sich mir ein bisschen die Sinnhaftigkeit für einen grünen Pfeil an einer Straße, an der es keine eigene Abbiegerspur nach rechts gibt. Vermutlich war es so, dass am Messberg die meisten Fotografen diesen grünen Pfeil fotografieren wollten. Wir können noch nicht richtig erkennen, was daran sozusagen der Weg in eine neue Verkehrspolitik sein soll.

Der zweite Spiegelstrich ist aber viel interessanter, die berühmten Fahrbahnnebenflächen, und ich vermute, dass das der eigentliche Grund Ihres Antrags ist. Was sind denn eigentlich Fahrbahnnebenflächen? In der Straßenverkehrsordnung steht davon überhaupt nichts. Es kann sich doch nur um schmale Grünstreifen, um Fahrradwege oder vielleicht um Fußwege handeln.

(Anja Hajduk GAL: Bürgersteigel!)

– Genau, Bürgersteige klingt viel schöner.

(Karl-Heinz Ehlers CDU: Bürger- und Bürgerinnensteige heißt das!)

Und die gewonnene Fläche soll dann natürlich der Verbreiterung von Straßen zugute kommen. Das sagen Sie zwar nicht so richtig, aber ausschließlicher Sinn und Zweck dieses Antrags ist das doch. Das ist ein bisschen dünn, das Konzept ist eigentlich gar keines, aber es ist immerhin der erste Antrag dieses Senats zur Verkehrspolitik und das ist in der Tat als Stadt die verkehrte Politik. Gedanken haben Sie sich darüber überhaupt nicht gemacht, Sie haben

(Barbara Duden SPD)

A nur gesagt, man müsse einmal gucken, ob die weggenommen werden könnten.

Ich hätte eigentlich erwartet, dass, wenn so viele Fraktionen einen gemeinsamen Antrag stellen, man sich zumindest einmal die Mühe gemacht hätte, ein einziges Beispiel zu nennen, wo man Fahrbahnnebenflächen, also Bürgersteige, umwandeln möchte, um breitere Straßen zu bekommen. Das kann natürlich auch ein Projekt zur Urbanität dieser Stadt sein: Bürgersteige zum Hochklappen. Das wäre wirklich eine gute Sache,

(Beifall bei der SPD und der GAL)

weil man immer dann, wenn man verhindern will, dass viele Leute aus dieser Stadt herauskommen, die Bürgersteige herunterklappen könnte; das schließt nahtlos an die Debatte zur wachsenden Stadt an.

Da muss man also noch etwas nachdenken, denn was nützt den Bürgern, die die roten und grünen Ampelmännchen als Bestandsschutz haben, die Möglichkeit, sich in dieser Stadt zu bewegen, wenn es keine Bürgersteige mehr gibt. Und ich kann mir nicht vorstellen, dass wir so viele unnötige Fahrbahnnebenflächen in dieser Stadt haben, die man mühelos zu großen Straßen machen könnte.

Und was nahezu selbstverständlich ist, über Finanzierung und Geld redet man in diesem Zusammenhang überhaupt nicht. Das muss irgendwo zuhau herumliegen, denn wenn der Senat etwas verbessern will, muss er sich doch auch Gedanken darüber machen, wo er das Geld hernehmen will. Alleine aus der Ersparnis für die Grünpflege durch die Bezirke, weil es dann ja keine Grünstreifen an Fahrbahnen mehr geben wird, kann man das nicht machen.

B Geradezu vornehm finde ich die Tatsache, dass der Senat ersucht wird, zu planen und zu berichten. Ist Ihre Koalition denn nicht neugierig, was berichtet wird? Dem Senat einen Termin zu nennen, bis wann er berichten soll, haben Sie schlichtweg vergessen. Da waren wir ein bisschen energischer. Wenn wir ein Berichtersuchen beschlossen haben, haben wir denen immer gesagt, bis wann sie berichten sollen. Deshalb fürchte ich, dass Sie bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag darauf warten können. Dass wir diesen Antrag ablehnen, ist nahezu selbstverständlich.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Vizepräsidentin Rose-Felicitas Pauly: Das Wort hat der Abgeordnete Herr Reinert.

Bernd Reinert CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Liebe Frau Duden, so ändern sich die Zeiten. Früher hat man immer in das Votum hineingeschrieben, der Senat möge der Bürgerschaft bis zum ... berichten und in der Regel hat er nie berichtet. Wir schreiben jetzt einmal kein Datum hinein

(Beifall bei Walter Zuckerer und Barbara Duden, beide SPD)

und sind sicher, dass dieser Senat berichten wird, denn dieses ist ein Senat, der etwas tut.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Das Thema Grüne-Welle-Schaltungen ist offensichtlich gedanklich auch bei Ihnen angekommen. Zum zweiten Teil Ihrer Rede möchte ich angesichts meiner Worte von vorhin vorsichtig formulieren, dass, liebe Frau Duden – genau das war auch die Intention der Antragsteller –, andere Inter-

pretationen möglich sind. Ich gehöre zwar an und für sich zu den Verfechtern von Kurzzeitparkplätzen am Straßenrand, aber wenn ich unmittelbar vor einer Kreuzung durch das Aufheben von drei Kurzzeitparkplätzen eine längere Abbiegespur schaffen kann, dann erspare ich es vielleicht jeden Tag Hunderten von Leuten, im Stau zu stehen, und erreiche damit umweltentlastende Effekte. Deshalb ist das eine sehr sinnvolle Maßnahme, die wir hier vorschlagen.

Fahrbahnnebenflächen, liebe Frau Duden, sind eben nicht nur die von Ihnen genannten Bürgersteige, Radwege und Grünstreifen,

(*Krista Sager GAL: Dann schaffen Sie aber die Parkplätze ab, die Herr Mettbach gerade geschaffen hat!*)

es sind auch Stellplätze. Wir haben ganz klar in unserem Antrag formuliert, dass die Interessen aller Verkehrsteilnehmer hierbei berücksichtigt werden sollen.

(*Barbara Duden SPD: Aber das Lenkrad immer in der Hand!*)

Von daher war, um es positiv zu formulieren, Ihre Stellungnahme zu diesem Antrag ein beeindruckendes Beispiel absurdem Theaters.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Vizepräsidentin Rose-Felicitas Pauly: Das Wort hat Frau Sager. Frau Sager, ich möchte Ihnen gerne signalisieren, dass der GAL-Fraktion heute Abend noch insgesamt 16 Minuten Redezeit für die letzten Debatten zur Verfügung stehen.

C

Krista Sager GAL: So lange wollte ich hier weiß Gott nicht reden.

Meine Damen und Herren! Es gibt schon wieder ein neues Gerücht in dieser Stadt, ein ganz böses,

(*Dirk Nockemann Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Sie arbeiten viel mit Gerüchten!*)

das Gerücht, dass der Senat die grüne Welle für alle dadurch herstellen wolle, dass er alle Ampeln gleichzeitig auf Grün stellt. Das ist natürlich erstens gemein und zweitens unwahr. Aber ich muss Ihnen leider sagen, dass Sie mit diesem Antrag diesem Gerücht in der Sache schon verdammt nahe gekommen sind.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Was Sie hier über die Interessen aller Verkehrsteilnehmer fabulieren, hört sich im Begründungsteil zwar noch halbwegs vernünftig an, aber in der Sache lassen Sie dann doch ziemlich die Hosen herunter. Sie können doch nicht die grüne Welle für alle Autos schaffen und dann den Fußgängern einreden, sie könnten gleichzeitig auch noch alle Grün haben.

Und wenn Sie sagen, Sie wollten jetzt endlich Fahrbahnnebenflächen beseitigen, um noch mehr Verkehrsflächen für den Autoverkehr zu schaffen, dann hoffe ich einerseits, dass Sie nicht die Parkplätze beseitigen, die Herr Mettbach gerade eingerichtet hat, andererseits zeigt es aber, wohin die Reise bei Ihnen geht. Sie glauben im Ernst, dass mehr Autofahren, schneller Autofahren, mehr Fläche für Autofahren ...

(Glocke)

D

(Krista Sager GAL)

- A **Vizepräsidentin Rose-Felicitas Pauly** (unterbrechend): Frau Sager, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Krista Sager (fortfahrend): Nein, jetzt bin ich gerade so gut in Fahrt.

(Burkhardt Müller-Sönksen FDP: Grüne Welle!)

– Genau, jetzt habe ich gerade die grüne Welle beim Reden erwischt und die will ich mir nicht durch so einen Autofahrer wieder streitig machen lassen.

Das Problem bei Ihnen ist doch, dass Sie selber hochideologisch an dieses Thema herangehen. Es ist nämlich wirklich Ideologie, zu glauben, mehr Mobilität sei dadurch zu schaffen, dass mehr Menschen schneller Auto fahren. Das ist kein Mobilitätskonzept für eine Großstadt und schon gar nicht für eine wachsende Großstadt.

(Beifall bei Wolfgang Franz SPD)

Wenn Sie die relativ gute Fließgeschwindigkeit, die wir in Hamburg haben – das hat Herr Senator Mettbach sogar bestätigt –, in einer wachsenden Stadt erhalten wollen, dann müssen Sie dafür sorgen, dass in Zukunft mehr Menschen andere Verkehrsträger benutzen als das Auto. Sie müssen ein Konzept haben, wie mehr Menschen in Zukunft freiwillig das Fahrrad mit Freude benutzen

(Dirk Nockemann Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Den Roller!)

und wie mehr Menschen in Zukunft den öffentlichen Personennahverkehr nutzen, damit Sie mehr Fließgeschwindigkeit für den Wirtschaftsverkehr erreichen können.

(Beifall bei Christian Maaß GAL und Wolfgang Franz SPD)

- B Sie setzen da die völlig falschen Signale. Mehr Tempo 60, mehr Platz für Parkplatzsucher in der Innenstadt, Busspuren weg, Taxispuren weg

(Bernd Reinert CDU: Was?)

sind alles falsche Signale. Und weil Sie in der letzten Debatte über die Familien mit Kindern gesprochen haben, die Sie in der Stadt halten wollen: Bei den Eltern von kleinen Kindern kommen diese Signale in Ihrer Verkehrspolitik durchaus an. Diese Eltern machen sich große Sorgen und sehen durchaus, dass das Verkehrsklima durch diese Signale in dieser Stadt rauer und brutaler geworden ist und das ist das Einzige, was Sie in Bezug auf Mobilität bisher erreicht haben.

(Beifall bei der GAL und bei Barbara Duden SPD)

Was Sie in der Stresemannstraße verbrochen haben,

(Bernd Reinert CDU: Also Frau Präsidentin, verbrochen!)

zeigt doch genau, dass ein Konzept, das so tut, als wenn Sie alle Interessen im Kopf hätten, nicht funktioniert.

(Burkhardt Müller-Sönksen FDP: Doch, wir haben es im Kopf!)

Sie haben die Busspur beseitigt; das ist gegen die Menschen, die mit dem öffentlichen Personennahverkehr fahren. Sie haben gleichzeitig die Taxispur beseitigt; das ist gegen die Menschen, die zumindest ab und zu ein Taxi benutzen als Teil eines öffentlichen Personennahverkehrssystems. Und Sie haben im Grunde noch nicht einmal ein Konzept, wie Sie jetzt den Autofahrern eine Freude machen können, denn die Autofahrer wollen in erster Linie in

der Stresemannstraße schneller fahren. Das tun sie im Moment auch, egal was sie versprechen, sie fahren derzeit im Schnitt fünfzig; ich habe es nämlich am Wochenende selbst einmal beobachtet.

(Burkhardt Müller-Sönksen FDP: Selbst gemessen, mit der Hand? – Gegenruf von Rolf Gerhard Rutter Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Geschätztl!)

– Da steht doch ein Polizeiwagen, der Ihnen anzeigt, was Sie fahren. Da können Sie sehen, mit welcher Geschwindigkeit dort gefahren wird.

Gleichzeitig werden die Autofahrer, die jetzt glauben, sie könnten in der Stresemannstraße zügiger fahren, spätestens an der Sternbrücke merken, dass sie da nur eine Spur zur Verfügung haben, wenn sie aus der Innenstadt kommen; da ist es dann nichts mehr mit zügigem Verkehr. Das heißt, ob der Verkehr fließt, entscheidet sich nicht am Tempo, entscheidet sich noch nicht einmal an der Verkehrsfläche, sondern entscheidet sich dort, wo Interessen im Verkehr aufeinanderstoßen, wo Kreuzungen sind, wo andere Verkehrsteilnehmer in eine andere Richtung wollen. Das sind die Probleme und für diese Probleme haben Sie kein Konzept und keine Lösung.

Wenn Sie uns jetzt einen Antrag vorlegen, wieder mehr Flächen in der Stadt für den Kfz-Verkehr zur Verfügung stellen zu wollen, dann ist das der falsche Weg und schafft auch nicht mehr Lebensqualität in dieser Stadt.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsidentin Rose-Felicitas Pauly: Das Wort hat der Abgeordnete Rumpf.

Ekkehard Rumpf FDP: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich habe lange darüber nachgedacht, aber nach den letzten Redebeiträgen der Opposition weiß ich endlich, warum das in den letzten Jahren mit dem Verkehr in dieser Stadt nicht funktioniert hat.

(Anja Hajduk GAL: Das ist wirklich eine gute Redel!)

Frau Sager, der Zusammenhang zwischen Tempo und Fließgeschwindigkeit ist in der Tat nachgewiesen. Sie bekommen nämlich pro Quadratmeter Straße mehr Verkehr bei niedrigeren Geschwindigkeiten auf die Straße. Der Trick ist nur der, das so hinzubekommen, dass er trotzdem noch fließt.

(Krista Sager GAL: Sie sagen den Leuten immer, sie sollen schneller fahren!)

– Nein, warten Sie es ab. – Der Witz an der Geschichte ist der, dass bei der Komplexität des Hamburger Verkehrsnetzes in der Tat ein telematisches System zur Verkehrsregelung notwendig wäre.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Das geht aber nicht von jetzt auf gleich, denn das kostet auch etwas. Es gibt verschiedene Modelle in München und Stuttgart, die hervorragend funktionieren, die von Siemens und BMW ausgearbeitet worden sind.

(Uwe Grund SPD: Sind Sie schon öfter in Stuttgart gefahren; sonst würden Sie solchen Unsinn nicht reden! Ich komme daher!)

Das heißt, telematische Systeme sorgen dafür, dass auf den Hauptverkehrsstraßen zu den Hauptstoßzeiten die Geschwindigkeit heruntergeregt wird, so dass die Stra-

C

D

(Ekkehard Rumpf FDP)

A Ben mehr Verkehr aufnehmen können. In dem Moment, wo die Verkehrsströme wieder etwas nachlassen, wird die Geschwindigkeit wieder hochgefahren und das aufeinander abgestimmt. Das wäre das Ziel der ganzen Übung.

Bis dahin sind aber andere Lösungen erforderlich. Hamburg hat zurzeit etwas mehr als 1700 Ampelanlagen. Etwas mehr als 1400 davon werden durch den Zentralcomputer im Polizeipräsidium gesteuert. Wir sind da gewesen, die geben sich wirklich Mühe, im Rahmen der politischen Begrenzung den Verkehrsfluss hinzubekommen. Das Problem ist nur, dass zum Beispiel eine Fußgängerbedarfsampel, die auf einer Hauptverkehrsstraße nicht in die Reihe geschaltet ist, das ganze System zum Erliegen bringt und das ist hiermit gemeint. Wenn Sie die Fußgängerbedarfsampel nicht im selben Takt schalten wie die anderen, brauchen Sie die anderen auch nicht in einen Takt zu schalten und das ist das Problem, das wir im Moment haben.

(Barbara Duden SPD: Die Fußgänger als Problem oder was? – Glocke)

Vizepräsidentin Rose-Felicitas Pauly (unterbrechend): Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Ekkehard Rumpf (fortfahrend): Aber ja.

(Burkhardt Müller-Sönksen FDP: Das nenne ich lebendigen Parlamentarismus!)

Zwischenfrage von Michael Dose SPD: Ist es richtig, dass Hamburg im Vergleich zu anderen europäischen Städten eine ganz ordentliche Fließgeschwindigkeit vorzeigen kann?

B **Ekkehard Rumpf** (fortfahrend): Diese Fließgeschwindigkeit mag vielleicht statistisch bestehen, weil Sie einige Straßen mit in die Statistik einfließen lassen, auf denen natürlich fließender Verkehr herrscht; aber im Innenstadtbereich gilt das ganz bestimmt nicht. Da funktioniert es in München oder Stuttgart wesentlich besser.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Ein Beispiel dafür: Fahren Sie einmal um 22 Uhr vom Niedendorfer Markt zum Theodor-Heuss-Platz, eine Hauptverkehrsstraße, und halten sich strikt *immer wieder* an Tempo 50. Ich sage *immer wieder*, weil Sie *immer wieder* auf Tempo 50 beschleunigen müssen, da Sie sage und schreibe auf diesem Stück sechzehnmal an einer roten Ampel stehen.

(Burkhardt Müller-Sönksen FDP: Meine Strecke!)

Das lässt sich ohne weiteres besser lösen, zum Beispiel durch die Einbeziehung der Bedarfsampeln in diese Steuerung.

Den zweiten Punkt hat Herr Reinert schon angesprochen. Die Fahrbahnnebenflächen, Frau Duden, sind nicht in erster Linie Fußgänger- oder Radwege, sondern Park- und Stellplätze. Das heißt, wir müssen ein Konzept entwickeln, um den ruhenden Verkehr von der Straße zu bringen, denn der begrenzte Straßenraum in Hamburg, den wir nicht beliebig erweitern können – da sind wir uns einig –, ist langfristig zu schade, um Autos darauf abzustellen. Das bedeutet, dass wir mit Quartiersgaragen diese Stellplätze wieder schaffen müssen,

(Elisabeth Kiausch SPD: Wer soll das bezahlen?)

denn auch hier gilt es, erst das Angebot zu schaffen und dann den Bedarf.

C

Beides sind wichtige Schritte zu einer pragmatischeren Verkehrspolitik, wie wir sie vor der Wahl angekündigt haben. Ein Berichtszeitpunkt für den Senat ist unnötig, denn im Gegensatz zu seinem Vorgänger berichtet dieser Senator auch ab und zu einmal etwas. – Danke schön.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Vizepräsidentin Rose-Felicitas Pauly: Das Wort hat Herr Senator Mettbach.

Senator Mario Mettbach: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich habe eben die Anmerkungen zum Bericht gehört. Selbstverständlich werde ich Ihnen jetzt noch nicht berichten, aber ich verspreche Ihnen, es zu machen, wenn wir diese Sachen geprüft haben.

Lassen Sie mich ein paar Anmerkungen zu dem machen, was eben gesagt wurde. Zunächst, Frau Duden, fand ich es hochinteressant, erstmalig von der SPD zu hören, warum es überhaupt eine Stellplatzabgabe gab.

(Barbara Duden SPD: Das ist doch Quatsch!)

Sie haben wortwörtlich gesagt, sie werden noch feststellen, was man aus der Stellplatzabgabe alles finanzieren konnte. Ihnen ging es also nicht darum, die Begrenzung von Stellplätzen zu regeln, sondern den Topf zu füllen, den mein Vorgänger, Herr Wagner, ja auch immer gut gefüllt hatte

(Ingo Egloff SPD: Da haben Sie doch noch was von!)

und der auch gut gefüllt übernommen wurde.

D

(Erhard Pumm SPD: Was machen Sie jetzt damit?)

Nur, wenn es das Ziel war, damit etwas zu machen, dann frage ich mich, warum es gebunkert wurde.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP – Barbara Duden SPD: Was machen Sie denn damit?)

– Es ausgeben für vernünftige Verkehrsmaßnahmen.

Zweiter Punkt, Frau Duden. Wenn Sie sagen – ich zitiere wortwörtlich –, wir können nicht richtig erkennen, was beim grünen Pfeil die neue Verkehrspolitik ist, dann zeigt es genau das Problem, das die SPD schon seit Jahren hatte. Sie sind nicht in der Lage, zu erkennen, wo die Probleme im Verkehr liegen, und können deswegen auch keine vernünftigen Lösungen vorzeigen.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Lassen Sie mich einen dritten Punkt ansprechen, Frau Duden. Sie haben die Frage gestellt, woher das Geld denn kommen soll, um solche Maßnahmen zu machen; ich vermute mal, aus dem Hamburger Haushalt, und ich vermute mal, dass die Bürgerschaft im Rahmen der Haushaltsberatungen entsprechende Mittel zur Verfügung stellen wird, um ihren politischen Willen entsprechend durchzusetzen.

Sehr geehrte Frau Sager, Ihre Idee, alle Ampeln gleichzeitig auf Grün zu schalten, ist hochinteressant. Ich kann mir gut vorstellen, dass das ein Gedanke ist, der nicht erst in dieser Legislaturperiode bei Ihnen geboren wurde, sondern früher, weil das die einzige Möglichkeit wäre, das Ziel

(Senator Mario Mettbach)

- A der Grünen, nämlich den Verkehr in Hamburg lahm zu legen, vernünftig hinzubekommen.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP – Dr. Andrea Hilgers SPD: Alberner Kram!)

Ich habe gesagt, wir haben in Hamburg eine relativ gute Fließgeschwindigkeit. Ich bedanke mich, dass Sie das wortwörtlich zitiert haben: „relativ gut“. Aber ich würde ganz gerne dafür sorgen, dass das Wort „relativ“ aus diesem Zusammenhang gestrichen wird und wir auf eine gute Fließgeschwindigkeit kommen und die sehe ich bei 28 km/h noch nicht.

Sie haben mich aufgefordert, durch Maßnahmen des ÖPNV den Individualverkehr zu fördern. Wenn ich mich einigermaßen richtig erinnere, dann betrifft das unter anderem zum Beispiel die S-Bahn-Anbindung Stade–Buxtehude an das Hamburger Netz, ein uraltes Thema wie viele andere Themen in Hamburg auch.

(Bernd Reinert CDU: Sehr richtig!)

Auch die rotgrüne Koalition hat es nicht geschafft, dieses Problem zu lösen. Wir haben es innerhalb der ersten drei Monate mit einer Verbindung nach Stade und dem Ziel, die Pendler auf die S-Bahn zu bekommen, gelöst.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Ich verstehe Ihr Argument wirklich nicht, wenn Sie begründend sagen, in der Stresemannstraße sei die Busspur weggenommen worden und damit verhindere man, dass die Leute auf den Bus umsteigen. Glauben Sie denn, Frau Sager, dass der Lkw-Fahrer, der seine Ware von der Autobahn Richtung Innenstadt befördert, demnächst mit dem Bus fährt, wenn wir die Busspur belassen; das kann ich nicht nachvollziehen.

(Krista Sager GAL: Na, das war aber jetzt ein bisschen dümmlich, dieses Argument!)

Und wenn Sie sagen, die Eltern machen sich Sorgen, gebe ich Ihnen vollkommen Recht. Das Interessante ist nur, dass die Eltern wie jeder andere in Hamburg auch sich dann Sorgen machen, wenn sie den Verkehr an sich vorbeifließen oder stehen sehen, in dem Moment, wo die gleichen Eltern mit den Kindern im Auto sitzen und im Stau in der Stresemannstraße stehen, dann aber wie jeder andere in gleichem Maße schimpfen; auch das muss man einmal deutlich sagen.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Gerade die Stresemannstraße hat doch bewiesen, dass man den Verkehr zum Fließen bringen kann. Ich hatte immer die Überzeugung, eine Straße sei dafür da, dass der Verkehr fließt, und nicht, dass er steht; und genau das haben wir gemacht.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Was die Geschwindigkeit in der Stresemannstraße betrifft, sei Ihnen noch einmal klar gemacht, dass wir immer noch Tempo 30 haben. Und außer der Anzeige, welche Geschwindigkeit gefahren wird, wird ja auch geblitzt. Nach einer Probephase, einer Warnphase zur Einführung und Orientierung wird jetzt nicht nur geblitzt, sondern auch kassiert.

(Dr. Andrea Hilgers SPD: Abzockerei!)

Ich gehe davon aus, dass sich das Ganze schnell wieder relativiert.

Zu den Lichtzeichenanlagen lassen Sie mich noch zwei Anmerkungen machen.

Erstens: Etwa 15 Prozent der Hamburger Lichtsignalanlagen sind nicht rechnergesteuert. Da können wir uns also ausrechnen, welche Luft wir noch haben, um hier den Verkehr zum Fließen zu bringen. Bei den Ampelschaltungen selbst haben wir durch unterschiedliche Schaltungen – das ist keine Zahl, die ich mir ausgedacht habe, sondern sie wurde mir von meinem Verkehrsexperten genannt – circa 30 Prozent Luft. Das heißt, wir haben zu 30 Prozent die Möglichkeiten, bei den Ampelschaltungen Veränderungen vorzunehmen, die wir dann zugunsten der Grünen Welle einsetzen können; genau das machen wir auch.

Sie sagen, dass wir nicht mit Konzepten arbeiten würden. Dazu kann ich Ihnen weiterhin verraten, dass wir einen Runden Tisch mit Verkehrsamateuren eingerichtet haben, die sich mit Telematik, dem ADAC und anderen Dingen beschäftigen und die Autos bauen.

(Dirk Nockemann Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Es sind ja keine Grünen dabei!)

Das heißt, wir werden dafür sorgen, dass die Lichtzeichenanlagen demnächst so geregelt sind, dass erstens alle rechnerisch gesteuert sind und zweitens verkehrsabhängig laufen.

Ein letztes Beispiel zur Politik der Grünen und Roten zum Verkehr. Da sage ich nur: Wer jeden Tag den Horner Kreisel befahren muss, der weiß – um den Ball im Hinblick auf die Stresemannstraße zurückzuspielen, Frau Sager –, was dort verbrochen wurde.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Rose-Felicitas Pauly: Meine Damen, meine Herren! Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Wir kommen zur Abstimmung.

Wer möchte den Antrag aus der Drucksache 17/304 annehmen? – Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Das ist ohne Enthaltungen mit Mehrheit angenommen.

Wir kommen dann zum Tagesordnungspunkt 20: Antrag der SPD-Fraktion zur Stärkung der Prävention in der Gesundheitspolitik.

**[Antrag der Fraktion der SPD:
Stärkung der Prävention in der Gesundheitspolitik
– Drucksache 17/314 (Neufassung) –]**

Die CDU-Fraktion beantragt eine Überweisung der Drucksache an den Gesundheitsausschuss. Wer möchte das Wort? – Herr Senator Rehaag.

(Vizepräsident Berndt Röder übernimmt den Vorsitz)

Senator Peter Rehaag: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gesundheit ist eine bedeutsame Voraussetzung, um am gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben teilzuhaben. Gesundheit ist – wie jeder weiß – Voraussetzung für Lebensqualität, sie gewährleistet aber auch, dass die Bürgerinnen oder Bürger produktiv sein können, und ist damit Garant für wirtschaftliche und gesellschaftliche Stabilität.

(Senator Peter Rehaag)

- A Der Sachverständigenrat für die konzertierte Aktion im Gesundheitswesen hat das in seinem Anfang 2001 veröffentlichten Gutachten zur Bedarfsgerechtigkeit und Wirtschaftlichkeit, Bedeutung von Gesundheitsberichterstattungen, Gesundheitsförderung und Präventionen für das Ziel der bestmöglichen Gesundheitsentwicklung der Menschen nachdrücklich bestätigt.

(Glocke)

Vizepräsident Berndt Röder (unterbrechend): Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Ehlers?

Senator Peter Rehaag (fortfahrend): Nein, meine Rede möchte ich bis zum Ende ausführen.

Der Rat plädiert dringend für die Stärkung der Gesundheitsförderung und Prävention als lohnende und notwendige Zukunftsinvestitionen und fordert eine intersektorale, präventive Gesundheitspolitik, die über das Gesundheitswesen hinaus unter anderem auf Bildungsarbeits-, Verkehrs-, Stadtentwicklungs- und Umweltpolitik Einfluss nimmt. Die Entwicklung der Gesundheit sei auch abhängig von Entscheidungen und Planungen in diesen Politikfeldern.

Hamburgs Leistungen bei der Gesundheitsförderung und der Präventionen können sich durchaus sehen lassen.

(*Petra Brinkmann SPD*: Dank des rotgrünen Senats!)

- Das ist durchaus auch ein Kompliment an die Vergangenheit;

(*Petra Brinkmann SPD*: Genau!)

- B das sage ich ganz offen.

Die Hamburgische Arbeitsgemeinschaft für Gesundheitsförderung als Gesundheitskonferenz mit fast 70 Mitgliedsinstitutionen – dazu gehören Ärzte- und Apothekenkammer sowie Gewerkschaften, Behörden, Krankenkassen und so weiter – oder die Kontakt- und Informationsstelle für Selbsthilfegruppen mit den drei regionalen Stützpunkten in Altona, Barmbek und Wandsbek sind Einrichtungen, die bundesweit als vorbildlich und beispielgebend gelten.

Die hamburgische Gesundheitsberichterstattung basiert mit dem im letzten Jahr herausgegebenen Lebensgesundheitsbericht „Stadtdiagnose II“ auf fundierter Grundlage. Eines der zentralen Ergebnisse: Gesundheit ist in Hamburg ungleich verteilt. Wer in benachteiligten Stadtgebieten lebt, ist häufiger krank und stirbt früher als Bürgerinnen und Bürger in so genannten besseren Stadtteilen.

Deshalb wollen wir zusammen mit der Behörde für Bau und Verkehr Aktivitäten anstoßen und verstärken, die Gesundheit in den benachteiligten Gebieten fördern

(*Erhard Pumm SPD*: Ist das eine Regierungserklärung?)

und werden bereits im kommenden Monat die Veranstaltungsreihe „Gesunde soziale Stadt Hamburg“ starten.

(*Michael Neumann SPD*: Zur Sache! – *Petra Brinkmann SPD*: Lob haben wir jetzt genug gehabt!)

- Lassen Sie mich doch ausreden.

(*Michael Neumann SPD*: Aber zur Sache! – Glocke)

Lassen Sie mich nun zu den einzelnen Punkten des Antrages kommen.

Vizepräsident Berndt Röder (unterbrechend): Meine Damen und Herren Kollegen! Der Senat hat das verfassungsmäßige Recht, sich jederzeit zu Wort zu melden, ob Ihnen das gefällt oder nicht.

Senator Peter Rehaag (fortfahrend): Zur Sache. Die Aidsprävention gehört zu den Erfolgsbeispielen gelungener Vorsorge. In der Fortschreibung des Landesprogramms Aids von 1999/2000 heißt es, dass eine Normalisierung von Aids stattgefunden hat. Die präventiven Maßnahmen, die zu Beginn der Aidskrise eingeleitet wurden – insbesondere die Informationen und die Aufklärung der Öffentlichkeit –, haben eine ruhigere epidemiologische Entwicklung bewirkt.

Im Haushaltssatz 2002 haben wir über 1,3 Millionen Euro für die sechs von uns geförderten Aidsprojekte veranschlagt. Die beabsichtigte Absenkung von insgesamt 70 000 Euro im Rahmen der Einsparverpflichtungen, die heiß diskutiert wird, ist gesundheitspolitisch verantwortbar, weil die Existenz der Angebote nicht gefährdet wird.

(*Farid Müller GAL*: Das wissen Sie doch noch gar nicht! – *Dr. Andrea Hilgers SPD*: Da kann man auch anderer Auffassung sein!)

Die zielgerichteten Informationen der Öffentlichkeit insbesondere für Jugendliche im Alter von 13 bis 17 Jahren werden wir auch in diesem Jahr weiterentwickeln. Hier ist zu nennen: Aidspräventionskampagne im Rahmen Jugendfilmtage im Cinemaxx, Schulaufführung eines themenspezifischen Theaterstückes oder Senatsempfang zum Welt-Aids-Tag und anderes mehr. Die von mir genannte Einsparung in Höhe von 70 000 Euro beträgt knapp 5,3 Prozent des bisherigen Ansatzes.

Zu einem weiteren Punkt Ihres Antrages: Vorsorgeuntersuchungen im Kindergartenalter sind aus fachlicher Sicht grundsätzlich sinnvoll, weil damit Förderbedarfe erkannt und bearbeitet werden können, bevor das Kind das Schulalter erreicht. Zum anderen werden Vorsorgeuntersuchungen mit zunehmendem Kindesalter selten in Anspruch genommen.

Die Vorsorgeuntersuchungen gehören bekanntermaßen zu den Regelleistungen der gesetzlichen Krankenkassen

(*Petra Brinkmann SPD*: Richtig!)

und werden von den niedergelassenen Ärzten und Ärztinnen geleistet. Zur Verbesserung der diesbezüglichen Zusammenarbeit zwischen Arzt und Patient erscheint es sinnvoll, die Eltern anzuhalten, mit ihrem Kind zur Vorsorgeuntersuchung U 8 zu gehen, wenn es knapp vier Jahre alt ist.

Gesundheitsförderliche Maßnahmen für Kinder in Kinderbetreuungseinrichtungen werden zurzeit in einer Arbeitsgruppe mit der Bezeichnung „Neue Aufgaben des Schülärztlichen Dienstes“ gemeinsam mit dem Amt für Schule und in den Bezirken entwickelt; darüber wird später zu berichten sein.

Die ärztliche und zahnärztliche Vorsorge der Schülerinnen und Schüler ist ein wesentlicher Bestandteil der Prävention in der Hamburger Gesundheitspolitik. Nahezu 90 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Gesundheits- und Umweltämtern der Bezirke beraten und betreuen im Rahmen der schulärztlichen Aufsicht die Kinder und Jugendlichen. Die Arbeit der Landesgemeinschaft für Zahngesundheit ist derart erfolgreich, dass der Zahnstatus der Hamburger Schulkinder deutlich besser ist als der im Bundesdurchschnitt.

C

D

(Senator Peter Rehaag)

A (Petra Brinkmann SPD: Ja, unsere Leistung! – Erhard Pumm SPD: Da hat die SPD Schuld!)

Das ist eine Feststellung, die hier durchaus offen getroffen werden kann.

Circa 30 Prozent der Kinder nehmen die Früherkennungsuntersuchung U 9, also wenn das Kind gut fünf Jahre alt ist, nicht wahr. Hier übernimmt der Öffentliche Gesundheitsdienst eine wichtige sozialkompensatorische Aufgabe, da insbesondere Kinder aus sozial benachteiligten Familien ihren Kinderarzt nicht regelmäßig aufsuchen.

Der Schulärztliche Dienst unterstützt gleichermaßen die schulische Gesundheitsförderung, führt schulärztliche Hospitationen durch, bietet schulärztliche Sprechstunden in den Schulen an und berät Lehrerinnen und Lehrer in gesundheitlichen Fragestellungen. Diese Maßnahmen führen dazu, den Dialog zwischen Lehrern und Schulärzten zu verbessern und die Beteiligten insgesamt intensiver einzubeziehen.

Dem Antrag liegt wohl die Idee zugrunde, die Teilnahme an den Früherkennungsuntersuchungen zu erhöhen und die Anwesenheit der Schulärzte in den Schulen zu intensivieren. Dies unterstützen wir selbstverständlich grundsätzlich.

(Petra Brinkmann SPD: Das ist ja toll! Wunderbar!)

Eine Intensivierung einzelner Bereiche kann jedoch nur im Gesamtkonzept der Aufgabenwahrnehmungen des Schulärztlichen Dienstes gesehen werden und bedarf einer sorgfältigen Aufgabenplanung. Grundvoraussetzung ist, den Gesundheitszustand der Kinder zu kennen und auch Informationen über die Teilnahme an den Vorsorguntersuchungen zu haben. Auf dieser Grundlage kann eine effektiv und präventiv medizinische Beratung erfolgen. Die Wiedereinführung der Schuleingangsumtersuchung – wie sie im Koalitionsvertrag festgehalten wurde – wird eingeführt und schafft hierfür eine hervorragende Grundlage. Derzeit werden die entsprechenden Vorschläge konzeptionell erarbeitet.

Meine Damen und Herren! Suchtprävention hat aus meiner Sicht ebenfalls einen hohen Stellenwert. Zum einen werden in der Lenkungsgruppe Suchtpräventionen, die aus meinem Hause moderiert wird, und die suchtpräventiven Maßnahmen zwischen Behörden und Einrichtungen entsprechend koordiniert.

Zum anderen entwickelt meine Behörde zurzeit in Kooperation mit der Hamburgischen Arbeitsgemeinschaft für Gesundheitsförderung, beim Büro für Suchtprävention in der Sozialbehörde angesiedelt, sowie mit dem Suchtpräventionszentrum in der Behörde für Bildung neue Aufklärungsmaterialien wie zum Beispiel den Videofilm zum Thema Alkoholmissbrauch bei Kindern und Jugendlichen mit dem Titel „Trinkende Kids“. Erlauben Sie mir in diesem Zusammenhang auf die Arbeit des Büros für Suchtprävention als zentrale Koordinations- und Fachstelle entsprechend hinzuweisen.

Im Zusammenhang mit den Einsparverpflichtungen zum Haushalt 2002 wurde das Büro für Suchtprävention von Einsparungen ausgenommen und wird auch künftig mit einem Etat von circa 445 000 Euro gefördert.

Gesundheitsförderung und -prävention verdienen und benötigen die Unterstützung von der Politik, der Verwaltung, den Verbänden und auch der Wirtschaft. Wir tragen unseren Teil hierzu bei. Ich hoffe, dass Sie entsprechend unter-

stützend mitwirken werden. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP und bei Dr. Mathias Petersen, Renate Schade und Dr. Andrea Hilgers, alle SPD)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Dr. Petersen.

Dr. Mathias Petersen SPD: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Wichtigkeit dieses Antrages wird dadurch unterstrichen, dass der Senat zuerst spricht; das freut uns.

(Beifall bei der SPD, bei Manfred Mahr GAL und vereinzelt bei der CDU)

Das wichtige Thema Prävention, das wir heute Abend besprechen wollen, möchte ich doch noch einmal grundsätzlich durchleuchten.

Prävention in der Gesundheitspolitik bedeutet, dass wir durch vorbeugende Maßnahmen verhindern, dass Menschen erkranken, kränker werden und persönlich leiden müssen. Das verhindern wir, indem wir – wie zum Beispiel in der Zahnheilkunde – entweder primäre Prävention betreiben oder indem wir sterile Spritzen an Drogenabhängige abgeben und so HIV- und Hepatitis-Infektionen verhindern.

Mit der so genannten Sekundärprävention können wir zum Beispiel bei Drogenabhängigen, die an HIV erkrankt sind, durch helfende Maßnahmen verhindern, dass sich der Zustand von Erkrankten verschlimmert. Indem wir ihnen ein warmes Bett zur Verfügung stellen, damit sie nicht auf der Straße schlafen müssen.

Ein wichtiger Aspekt in der Prävention ist auch der volkswirtschaftliche Nutzen. Die alte Regel, dass 1 Euro, der jetzt für die Prävention eingesetzt wird, später 3 Euro für eine Behandlung erspart, trifft immer noch zu. Gerade weil wir von den kommenden Generationen den Schaden abhalten wollen, müssen wir Prävention ernst nehmen, wir sollten sie sogar ausbauen.

Nicht einmal 4,5 Prozent der gesamten Gesundheitsausgaben werden zurzeit in die Prävention investiert. Zahlreiche wissenschaftliche Studien belegen, dass eine verstärkte Prävention in Zukunft bis zu 30 Prozent der heutigen Gesundheitsausgaben einsparen kann. Unabhängig von dem volkswirtschaftlichen Nutzen der Prävention muss doch Einigkeit bei uns bestehen – Herr Senator, ich glaube, es besteht Einigkeit –, dass es die wichtigste Aufgabe des Gesundheitssystems ist, dafür Sorge zu tragen, dass Menschen nicht krank werden.

(Beifall bei der SPD, bei Wolfgang Beuß CDU, Frank-Michael Bauer Partei Rechtsstaatlicher Offensive und Dr. Dorothee Freudenberg GAL)

Herr Senator Rehaag, Sie haben dies gerade dargestellt. Im Widerspruch dazu steht die Androhung, dass Einsparungen gerade im Bereich der Aidsprävention oder bei der Aidshilfe bei „Hein & Fiete“, dem Magnus-Hirschfeld-Zentrum oder bei dem Angebot für „KIDS“ am Hauptbahnhof vorgenommen werden sollen.

Diese Einsparungen bedeuten, dass wir weniger Prävention betreiben können. Weniger Prävention ist auf keinen Fall gesundheitspolitisch vertretbar.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

(Dr. Mathias Petersen SPD)

A Dies bedeutet eine Sparpolitik auf dem Rücken der Schwachen und Kranken und unter volkswirtschaftlichem Aspekt – das habe ich schon angedeutet – auch noch auf dem Rücken unserer Nachkommen. Wir fordern Sie auf, Projekte wie „Drobill“ und „Subway“ zu erhalten.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Gerade ein Objekt wie „Subway“, in dem man sich um schwerstkranken Menschen kümmert, ihnen Wohnungen vermittelt und sie aus ihrer Ausweglosigkeit herausholt, ist für Hamburg notwendig. Sollten Sie Ihre Planungen umsetzen, überlassen Sie diese Menschen ihrem Elend. Es wäre eine rücksichtslose, kalte und herzlose Politik.

Was es bisher an Organisationen der Präventionen in Hamburg gegeben hat – Herr Senator Rehaag, das haben Sie erwähnt –, ist in der Bundesrepublik einmalig und muss erhalten bleiben.

Auch die Krankenkassen beteiligen sich zum Beispiel bei der HAG mit 75 000 Euro an diesem System. Wenn man diese Summe im Vergleich zu den jährlichen Gesamtausgaben der Krankenkassen von mehreren Milliarden Euro vergleicht, ist dies nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Andererseits ist es nicht allein Aufgabe der Krankenkassen, Präventionen zu betreiben. Ich stimme mit der Aussage überein – ich zitiere Ulf Fink, renommierter Sozialpolitiker der CDU-Bundestagsfraktion –:

„Es ist vorrangige Aufgabe der Politik, Prävention als gesamtgesellschaftliche Aufgabe zu begreifen und als solche auch zu vermitteln.“

(Dr. Andrea Hilgers SPD: Hört, hört!)

B Wir fordern Sie auf, die Hamburger Einrichtungen auszubauen, in denen gesundheitliche Prävention betrieben wird. Stimmen Sie unserem Antrag zu und bewahren Sie die Hamburgerinnen und Hamburger vor Krankheit, Leid und Elend. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt alsdann der Abgeordnete Wersich.

Dietrich Wersich CDU:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Prävention ist auch für die bürgerliche Regierungskoalition so wichtig, dass wir dafür im Haushalt 2002 mehr Geld vorgesehen haben als jeder andere Senat zuvor. Wir haben 110 000 Euro mehr für den Bereich der Prävention vorgesehen,

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP – *Dirk Nockemann Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Hört, hört!*)

als Sie im letzten Jahr aufgewendet haben.

Zu Ihrem Beitrag, Herr Petersen. Sie haben bezüglich der Drogeneinrichtungen in der Pressekonferenz zwei Einsparvorschläge gemacht, im öffentlichen Gesundheitswesen über 20 Prozent der Sach- und Fachausbaben zu sparen. In Ihrem Antrag fordern Sie genau für diesen Bereich, dass die Schulärzte mehr tun, mehr aufklären und verstärkt an die Eltern herangehen. Ich kann das nicht verstehen.

Im Bereich Verbraucherschutz und Veterinärwesen legen Sie uns einen Antrag vor, mit dem Sie über 30 Prozent einsparen wollen. Diese Vorschläge schauen wir uns gerne an. Aber hier zu sagen, dass wir mit kaltem Herzen die Ge-

C sundheit der Bürger aufs Spiel setzen würden, ist völlig verfehlt.

Es ist auch zu einfach zu sagen, dass 1 Euro in der Prävention 3 Euro bei der Behandlung spart. Dann hätten wir – ehrlich gesagt – überhaupt kein Problem mehr mit der gesetzlichen Krankenversicherung. Dass die in Berlin noch nicht auf die Idee gekommen sind, wundert mich.

(Dr. Mathias Petersen SPD: Hören Sie doch mal richtig zu, Herr Wersich! Nicht jetzt gespart, sondern später!)

So einfach ist das nicht, wir müssen differenzieren.

Sie haben das erfolgreiche Beispiel Zahngesundheit angeführt. Im Bereich der Drogenprävention ist es genauso, dass wir trotz der Präventionsbemühungen besonders an den Schulen riesige Probleme haben, weil immer mehr Kinder immer früher immer mehr Drogen konsumieren. Es ist doch nicht die Frage – wie in Ihrem Antrag formuliert –, dass die Drogenprävention an den Schulen erhalten bleibt, wie sie ist. Nein, im Gegenteil, sie muss gravierend verändert werden, damit die Kinder nicht in die Drogensucht abgleiten.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

In der heutigen Aktuellen Stunde haben wir über den Haushalt und die rotgrüne Legendenbildung debattiert. Ich habe es schon angesprochen, dass zusätzlich 110 000 Euro für den Gesamttitle „Zuwendung im Präventionsbereich“ vom neuen Senat eingestellt werden. Der Bereich der Aidshilfe – das ist richtig – wird auf 1 170 000 Euro abgeschmolzen. Damit landen wir aber nicht im Niveau der Steinzeit, sondern noch oberhalb des Niveaus des rotgrünen Senats im Jahr 2000. Denn damals haben Sie weniger Geld für diese Bereiche der Aidshilfe vorgesehen.

(Dr. Mathias Petersen SPD: 2001 hatten wir mehr!)

Jetzt an die Wand zu malen, dass wir hier überproportional bösartige Einsparungen vornehmen, ist verfehlt. In den vier Jahren Ihrer Regierungszeit haben alle diese Organisationen weniger Geld erhalten als jetzt vom neuen Senat.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Bitte lassen Sie auch in dieser Diskussion die Kirche im Dorf.

Wir müssen uns alle daranmachen, zu sparen. Wir wollen mehr für die Bildung und für die Sicherheit tun. Herr Eichel will, dass wir 2004 ausgeglichene Haushalte haben. Das geht nicht mit einer Kirchturmsmentalität, wenn gesagt wird, überall sparen, nur nicht in diesem Bereich.

(Farid Müller GAL: Sie sparen doch gar nicht! – Manfred Mahr GAL: Ich denke, Sie geben mehr aus!)

Auch die Zuwendungsempfänger können und sollen sich daran beteiligen.

Noch ein Wort zu den Schulen; das meiste ist schon gesagt worden. Senator Rehaag hat schon deutlich gemacht, dass die neue Regierung dafür sorgen will, dass die Schüler wieder untersucht werden, wenn sie in die Schule kommen. Genau das, was Sie in Ihrem Antrag fordern und beklagen, ist Ihr Rahmenmodell, das zwischen der damaligen BAGS und der BSJB im Jahre 1999 ausgehandelt wurde. Sie haben die Besuche der Schulärzte abgebaut. Das kor-

(Dietrich Wersich CDU)

- A rigiert dieser Senat und dazu bedarf es eigentlich nicht Ihres Antrages.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Ich glaube, wenn man diesen Antrag liest und die Vorgeschichte sieht, dann wird deutlich, dass Sie vielleicht ein wenig glücklich darüber sind, dass es einen politischen Wechsel gegeben hat, denn damit kommt neue Bewegung in die Politik. Wir tun wieder mehr für die Kinder und wir werden auch mehr für die Straßenkinder tun,

(Petra Brinkmann SPD: Wie denn?)

denn jetzt halten sich mehrere Hundert zunehmend verelendete Kinder am Hauptbahnhof auf. Die Therapieeinrichtungen gaben bekannt, dass im Jahre 1997 20 Prozent und im Jahre 1999 60 Prozent der Kinder aus diesem Milieu an Hepatitis C erkrankt waren. Angesichts dieser Zahlen ist es falsch zu behaupten, dass die bisherigen Maßnahmen ausreichen und gut sind;

(Dr. Mathias Petersen SPD: Das hat doch keiner gesagt! – Petra Brinkmann SPD: Aber Sie kürzen doch!)

das ist falsch. Wir müssen umsteuern, diese Kinder aus dem Hauptbahnhofmilieu herausholen und sie dort nicht stabilisieren. Dafür steuern wir um, sodass die Kinder aus diesem Milieu herauskommen.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Barth-Völkel.

- B Wolfgang Barth-Völkel Partei Rechtsstaatlicher Offensive:^{*} Herr Präsident, meine Damen und Herren! Sie fordern mehr Geld für Drogenpräventionen. Ich kann mich daran erinnern, dass ich im August letzten Jahres in allen Zeitungen – auch in der „Bild“-Zeitung – gelesen habe, dass ehemalige Mitglieder der GAL, die abgesplitterte REGENBOGEN-Gruppe, am Reesendamm – direkt neben dem Rathaus – öffentlich Hasch geraucht haben, um die Freigabe von Cannabis herbeizuführen.

(Dr. Dorothee Freudenberg GAL: Na, so was!)

Hasch und Alkohol sind aber der Einstieg für härtere Drogen und dürfen nicht verarmlost werden.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP – Petra Brinkmann SPD: Was haben wir denn damit zu tun?)

Haben Sie vielleicht vergessen, dass innerhalb der letzten zehn Jahre die Zahl von 2000 auf 20 000 Drogenabhängige gestiegen ist? Wie hat denn da Ihre Politik ausgesehen? Es ist immer einfach, den Karren, den Sie in den Dreck gefahren haben, von anderen wieder herausziehen zu lassen und diejenigen dann anzugreifen.

(Petra Brinkmann SPD: Da hat Ihr Senator was ganz anderes gesagt! Der hat uns gelobt!)

Sie fordern weiterhin, wie man aus den Zeitungen entnehmen kann, Konzepte wie Hilfsangebote von Crackkonsumenten. Dieses Modell gibt es seit fünf Jahren in Frankfurt. Schauen Sie sich dort einmal um und holen Sie sich die Ideen. Was haben Sie in den letzten Jahren denn überhaupt gemacht? Es ist nicht ganz einfach, ein Konzept aus dem Ärmel zu schütteln.

(Dr. Andrea Hilgers SPD: Lesen Sie das mal in der Rede vom Senator nach!) C

Das Thema Aids haben Sie ganz groß auf Ihre Fahnen geschrieben. Die Thematik beschäftigt uns nicht erst seit heute, sondern schon über zehn Jahre. Alles, was einmal mit Angst angefangen hat, irgendwann einmal abflaut und nicht mehr ganz so ernst genommen wird, liegt nicht an unserer Regierung, sondern an Ihnen. Die Hauptüberträgerinnen – die Hamburger Huren – sind zumindest schlauer geworden, sie haben dazugelernt. Auf sie kommt kein Freier mehr drauf, ohne dass er vorher ein Kondom überstreift. Man sollte trotzdem rechtzeitig in den Schulen beginnen, auf HIV hinzuweisen.

Was die medizinische Betreuung von Kindern und Jugendlichen durch die Wiedereinführung der Schuleingangsuntersuchung im Jahr vor der Einschulung und die medizinische und zahnmedizinische Untersuchung am Ende der Grundschulzeit angeht, wird diese zumindest in den sozial schwächeren Gebieten verbessert; das steht auch bei uns in den Koalitionsverträgen.

(Farid Müller GAL: Sagen Sie mal was zur Drucksache!)

Ich kann mich noch an einen Artikel in der „Welt“ von 1999 erinnern:

„Zahnvorsorge an Gymnasien fällt für 10 000 Schüler aus.“

Die Amtsärzte hatten nichts anderes zu tun, als sich um Zahngutachten für Asylbewerber zu bemühen. Auch da ist Ihre Politik verfehlt gewesen. Wir überweisen diese Drucksache deshalb an den Ausschuss.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der CDU – Dr. Andrea Hilgers SPD: Schade, dass keine Presse mehr da ist!) D

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort erhält die Abgeordnete Dr. Freudenberg.

Dr. Dorothee Freudenberg GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Wersich, wenn Sie hier erzählen, im Haushalt seien zusätzlich 110 000 Euro für Prävention bereitgestellt, dann kann ich das so nicht nachvollziehen.

Es ist in ganz wichtigen Bereichen gekürzt worden. Es gab Umschichtungen, sodass manche Stellen im Suchtpräventionsbereich, die vorher in der Schulbehörde versteckt waren, stärker aufgeführt sind. Das möchte ich mir genauer anschauen. Ich glaube das so nicht, denn andere Bereiche sind zusammengestrichen worden; darüber müssen wir noch reden. Wichtig ist, was im Detail gesagt wurde; darauf möchte ich eingehen.

Herr Barth, die Einstiegsdrogen sind Alkohol und Nikotin, aber kein Haschisch.

(Wolfgang Barth-Völkel Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Ach!)

Das wissen Sie ganz genau. Wenn irgendjemand am Reesendamm hascht, dann haben wir damit nicht das Drogenproblem in der Stadt in die Welt gesetzt. Das ist doch einfach Käse!

Es kommt darauf an, die Kids bei der Prävention wirklich glaubwürdig zu erreichen, bevor sie Drogen nehmen. Im Alter von acht bis zehn Jahren fängt der Konsum von Alkohol und Zigaretten bei den wirklich Gefährdeten an. Da

(Dr. Dorothee Freudenberg GAL)

A müssen wir ran und wir wissen auch – da gebe ich Herrn Wersich Recht –, dass die bisherige Drogenprävention in der Schule nicht optimal ist. Damit haben wir uns in der letzten Legislaturperiode beschäftigt; hier kann sicher einiges verbessert werden.

Aber solange es eine Drogenprävention mit einer reinen Verteufelung der illegalisierten Drogen gibt und neben den Plakaten „Keine Macht den Drogen“ die Whisky- und Zigarettenreklame hängt, kann das doch nichts werden.

(Beifall bei der GAL)

Das ist doch einfach verlogen! So hat es doch keinen Zweck.

Zu den Zielgruppen: Prävention – das hat Herr Petersen richtig gesagt – ist besonders da erforderlich, wo Menschen gefährdet, extrem gefährdet oder schon krank sind. Diese Menschen müssen wir erreichen. Sie erzählen von den Prostituierten, dass sie so gut aufgeklärt seien und sich schützen würden. Ich weiß nicht, wie gut Sie das alles wissen,

(Barbara Duden SPD: Feldstudie!)

denn es gibt große Bereiche der Prostitution, wo Frauen wegen totaler Abhängigkeit – zum Beispiel die ohne Aufenthaltsstatus – das tun, was die Freier wollen. Sie wissen genau wie wir, dass das verdammt viele sind. Die machen alles.

(Richard Braak Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Erzählen Sie mal!)

Sie nehmen nicht nur kein Kondom, sie machen noch ganz andere gefährliche Sachen.

B Das wissen Sie. Hier müssen wir viel mehr tun und den Menschen helfen, dass sie sich aus diesem Milieu lösen können. Das ist doch wichtig!

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Herr Wersich, Sie erzählen, dass die Arbeit von „KIDS“ und den Einrichtungen am Hauptbahnhof die Straßenkinder in diesem Milieu stabilisiert. Das ist bodenlos, gemein und daneben. Sie wissen doch genau, dass das die Menschen sind, die diese Kids überhaupt noch erreichen.

Die Kinder, die ganz besonders drogengefährdet sind und schon harte Drogen nehmen, begeben sich oft in die Prostitution, weil sie der Meinung sind, nur dort überleben zu können. „KIDS“ erreicht diese Kinder. Dank der immer rabiateren Vertreibungspolitik am Hauptbahnhof holen die Sozialpädagogen diese Kinder inzwischen aus den Päderastenhöfen heraus und versuchen, wieder mit ihnen Kontakt zu bekommen und ihr Vertrauen zu gewinnen. Das ist doch die Arbeit. Wollen Sie die alle wegsperren?

(Beifall bei der GAL und der SPD – Dietrich Wersich CDU: Und in der nächsten Woche sind sie wieder da!)

– Nein, sie sind eben nicht wieder da, die Sozialarbeiter haben enorme Erfolge. Sie kümmern sich um die schwierigsten Kinder, die aus anderen Einrichtungen und Heimen außerhalb Hamburgs schon abgehauen sind. Die Kinder treiben sich am Hauptbahnhof herum, weil sie kein Zuhause mehr haben, und sind von Menschen abhängig, die sie ausbeuten, wie es schlimmer nicht sein kann. Und bei diesen Hilfen wollen Sie kürzen.

(Beifall bei der GAL und der SPD – Dietrich Wersich CDU: Nein, das ist eine Unterstellung!)

Das ist eine große Sauerei!

(Glocke)

C

Vizepräsident Berndt Röder (unterbrechend): Frau Abgeordnete, ich rufe Sie zur Ordnung.

Dr. Dorothee Freudenberg (fortfahrend): Ich nehme das an, das ist richtig, das darf ich nicht sagen, das darf man aber auch nicht machen.

Ich möchte Sie noch auf einen Aspekt aufmerksam machen, der heute nicht angesprochen wurde: „Subway“.

Die Schließung von „Subway“ ist unter gesundheitspräventiven Gesichtspunkten ein großer Fehler; das hat Herr Petersen schon gesagt. Von den Regierungskoalitionsabgeordneten wird das auch etwas kritisch gesehen. Ich hoffe, die Argumentation im Ausschuss ist nicht so ganz spurlos an Ihnen vorbeigegangen. Viele der Menschen, die bei „Subway“ betreut werden, sind psychisch krank, und zwar sehr schwer. Viele haben einen so genannten sekundären Drogenkonsum, das heißt, sie haben versucht, sich selbst zu behandeln, weil sie aufgrund ihrer Erkrankung – das gibt es bei psychischen Erkrankungen gar nicht so selten – nicht in der Lage sind, Hilfe anzunehmen. Das ist eine sehr schwierige Gruppe.

Ich bin sehr froh, dass wir ab März eine Einrichtung für psychisch kranke Obdachlose haben werden, und zwar auf Initiative des Spendenparlaments, das das finanziert hat. Als Parlamentarierin bin ich aber in gewisser Weise auch beschämt, dass das jetzt endlich auf Privatiniziative gelingt. Dort wird eine Sprechstunde für psychisch kranke Obdachlose oder so genannte nicht Wartezimmer fähige Patienten angeboten werden; es sind Personen, die auch die bestehenden Einrichtungen nicht annehmen können und deshalb bisher unversorgt sind.

D

Es wird sehr schwer sein, Menschen, die tatsächlich so krank sind, wie die bei „Subway“ betreuten Leute – ich habe es mir dort eine Weile angesehen –, zu ermutigen, diese Hilfe anzunehmen. Wenn wir nun eine Einrichtung wie „Subway“ zerschlagen, werden auch die Sozialarbeiterinnen, die allmählich das Vertrauen dieser Menschen gewonnen haben, keine Möglichkeit mehr haben, sie zu motivieren, diese Hilfe in Anspruch zu nehmen. Das heißt, es wird keine Möglichkeit mehr geben, diesen Menschen weiterzuhelpen und ihr Überleben zu sichern und sie in einen besseren Zustand zu bringen. Es tut mir Leid, dass Sie nicht zugehört haben. – Danke schön.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Dr. Schinnenburg.

Dr. Wieland Schinnenburg FDP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Freudenberg, ich kann Sie beruhigen, Sie brauchen sich nicht zu schämen, wenn sich das Spendenparlament engagiert, und auch nicht dafür, wenn der Staat nicht alle Leistungen übernimmt, sondern private Hamburger Bürger öffentliche Aufgaben in die Hand nehmen. Das ist eine sehr gute Sache, dafür brauchen wir uns nicht zu schämen.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

(Dr. Wieland Schinnenburg FDP)

- A Im Übrigen begrüße ich außerordentlich die Worte von Herrn Senator Rehaag, der in überzeugender Weise dargelegt hat,

(Petra Brinkmann SPD: Was der rotgrüne Senat gemacht hat!)

wie wichtig Prävention in der Gesundheitspolitik ist. Das geringste Argument ist nicht das der Kosteneinsparung, wichtiger ist die menschliche Seite, dass wir verhindern, dass Menschen krank werden. Seitens der SPD wird meistens der übliche „Hammer“ benutzt und die gesamtgesellschaftliche Aufgabe genannt, an der man nicht röhren dürfe.

(Dr. Mathias Petersen SPD: Das war die CDU!)

Meine Damen und Herren, es ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Aber diese Aufgabe heißt doch nicht, dass wir sie einfach zu einem Tabubereich erklären. Prävention ist gut, aber diese Erkenntnis hilft uns doch bei der Aufstellung des Haushaltsplans relativ wenig weiter;

(Dr. Andrea Hilgers SPD: Das ist mir jetzt ganz neu!)

das ist tatsächlich eine Keule, die Sie verwenden.

Wichtig ist ein zielgerichtetes Vorgehen. Wir müssen überlegen, wie wir das Geld des Steuerzahlers, das knapp ist, zielgerichtet ausgeben. Ob das, was bisher gemacht wurde, richtig ist oder ob wir in einigen Bereichen mehr und in anderen weniger ausgeben müssen, das ist unsere Aufgabe. Wenn ich bei Ihnen nur einen langen Katalog lese mit zehn bis fünfzehn Positionen, bei denen auf gar keinen Fall gekürzt werden dürfe, dann ist das für die Haushaltspolitik schlichtweg völlig unzureichend.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive – Dr. Mathias Petersen SPD: Das ist menschenverachtend!)

– Auch in diesem Bereich gilt, dass man mit pauschalen Beleidigungen nicht weiterkommt, sondern mit guten Überlegungen, Herr Petersen.

Auch in diesem Bereich gilt das, was Frau Schnieber-Jastram in der Sozialpolitik federführend herausgegeben hat: Alle Projekte gehören auf den Prüfstand.

(Dr. Andrea Hilgers SPD: Und vorher wird gekürzt!)

Das heißt nicht, dass nicht auch Projekte gekürzt werden können und, wie wir das hier ja auch feststellen, einige Projekte erhalten bleiben müssen. Die FDP-Fraktion hat insbesondere das Projekt „Subway“ unter die Lupe genommen und ist zu dem Ergebnis gekommen, dass wir einige Sympathie für dieses Projekt haben,

(Dr. Andrea Hilgers SPD: Ach guck an!)

und erklären deshalb an dieser Stelle, dass die Schließung des „Subway“ noch keine beschlossene Sache ist. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP, der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der SPD und der GAL)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Böwer.

Thomas Böwer SPD:* Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Wersich, ich möchte noch einmal auf einen Punkt Ihrer Ausführungen eingehen, nämlich auf „KIDS“. Sie müssen mir dabei helfen, wie denn die christdemokratische Wirklichkeit aussieht.

Im März 2001 besuchte der Bürgermeister-Kandidat Ole von Beust „KIDS“ und fand diese Einrichtung lobenswert und förderungswürdig; das ist nachzulesen.

Am 10. Juli 2001 äußerten sich im Zusammenhang mit dem Konzept St. Georg die Bürgerschaftsabgeordneten Heino Vahldieck, Dietrich Wersich und Ole von Beust ausdrücklich dazu, dass „KIDS“ eines der Projekte ist, die man fördern muss, und dass man im Bereich St. Georg nicht nur auf Repressionen setzen dürfe. Das ist nachzulesen in der „Welt“ vom 10. Juli 2001.

In den Haushaltplanberatungen im Haushaltausschuss sagte die von Ihnen getragene Familien- und Sozialsenatorin Frau Schnieber-Jastram, man müsse in dem Bereich 125 000 Euro streichen und könne es auch gut tun, weil sich die Situation in St. Georg deutlich verbessert habe. Nun erklären Sie – nachzulesen im heutigen Sitzungsprotokoll –, man müsse eigentlich mehr tun.

(Dietrich Wersich CDU: Anders tun!)

Dann bitte ich Sie, sich einmal Ihre Presseerklärung vom 10. Juli 2001 durchzulesen,

(Dietrich Wersich CDU: Ich habe sie dabei!)

wie auch die Äußerungen von Ole von Beust in diesem Zusammenhang. Man kann Einrichtungen im Grunde nur vor dem Besuch mancher Herren schützen und warnen, weil danach Kürzungen kommen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort erhält der Abgeordnete Beuß.

Wolfgang Beuß CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Böwer, es geht nicht darum, mehr zu tun, sondern insbesondere darum, das Richtige zu tun; und das klären wir gerade. Ich glaube, dass es nicht die Quantität bei dieser Arbeit macht, sondern die qualitativ gute Arbeit an der richtigen Stelle. Das ist der entscheidende Faktor.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Frau Freudenberg, wenn man Sie reden hört, hat man das Gefühl, die ganze Stadt besteht aus Junkies, Drogenabhängigen

(Wilfried Buss SPD: Das sagt Herr Schill!)

und psychisch kranken Menschen. Der Antrag trägt den Titel „Prävention in der Gesundheitspolitik“ und damit, glaube ich, sind 100 Prozent der Bevölkerung gemeint und nicht nur die, auf die Sie fast ausschließlich eingegangen sind, auf die geringe Zahl von Menschen, die bedauerlicherweise in großen Schwierigkeiten stecken. Auf die 95 Prozent derjenigen, die auch einen Anspruch auf Prävention haben, sind Sie überhaupt nicht eingegangen.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Wenn Sie uns vorwerfen, Frau Freudenberg, Sie hätten hinsichtlich der Zahlengrößen nicht den Durchblick, muss man dazu sagen, dass dieser Haushalt 2002 noch von Ihrer Koalition erstellt wurde. Sie wissen ganz genau, dass wir im gesamten Drogenbereich schon seit Jahren die Probleme der mangelnden Transparenz kritisiert haben. Das ist das Dilemma, in dem wir uns befinden und das haben Sie zu verantworten.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

(Wolfgang Beuß CDU)

A Ich habe noch eine letzte Bemerkung. Wenn Sie an dieser Stelle sagen, das Argument Haschisch am Reesendamm sei Käse, kann ich nur sagen, dass ich glaube, Sie haben auch die Zeichen der Zeit nicht ganz erkannt. Wenn solche Leute das tun, finde ich es angesichts einer Debatte um Prävention hier im Hause zutiefst beschämend.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP – *Petra Brinkmann SPD: Sie hat doch über was ganz anderes geredet!*)

Ich komme noch einmal auf einen großen Anteil dieses Antrags zurück, nämlich die Kinder und Jugendlichen in Kindertagesheimen und Schulen. Ich glaube, es ist von allen hier festgestellt worden, wie wichtig der Stellenwert der Prävention hinsichtlich der Gesundheit junger Menschen ist. An dieser Stelle nenne ich nur einmal das Übergewicht, falsche Ernährung, Bewegungsmangel sowie Alkohol und Drogen, leider alles auch schon Probleme bei unseren Kindern und Jugendlichen.

Erinnern möchte ich in diesem Zusammenhang aber auch noch einmal an eine Studie, über die wir hier vor zwei oder drei Jahren schon einmal gesprochen haben. Dabei ging es um die Untersuchung von Kindern, die an dem so genannten SIDS, dem plötzlichen Kindstod, gestorben sind. Dabei wurde wissenschaftlich festgestellt, dass insbesondere in sozialen Brennpunkten die Quoten der Todesraten erheblich höher sind. Dies hat für mich etwas damit zu tun, dass Prävention in der Gesundheitspolitik sehr stark im Zusammenhang mit den sozialen Brennpunkten und der gerechten Verteilung sozialer Mittel steht.

(*Petra Brinkmann SPD: Das ist richtig!*)

B Trotz unserer damaligen Warnungen haben Sie uns – das haben Sie heute ja etwas korrigiert, Herr Petersen – nicht ernst genommen, als Sie sagten, dass die flächendeckenden Schuleingangsuntersuchungen zugunsten von mehr Besuchen der Schulärzte in Schulen abgeschafft würden. Ich arbeite selbst in einem sozialen Brennpunkt und kann mich nicht erinnern, dass in den letzten zwei Jahren ein einziger Schularzt dort Präventionsarbeit geleistet hat. Ich glaube, da hat das alte System weitaus besser funktioniert. Dies soll, wie der Senator auch angekündigt hat, in modifizierter Form neu aufgelegt werden. Dies geschieht hoffentlich insbesondere in sozialen Brennpunkten, wo wir die Probleme haben und wo es gerade die Eltern sind, die ihre Kinder nicht zu den obligatorischen U-Untersuchungen schicken. Deswegen freue ich mich – das sage ich mal ganz salopp – über Ihre Rolle rückwärts, die heute mit dem Antrag gekommen ist, und gratuliere dazu.

Ich denke, dass wir diesen Antrag im Ausschuss noch einmal vernünftig beraten werden, im Interesse der vielen Kinder und Jugendlichen, für die das bitter nötig ist, und natürlich auch bezüglich der Problematik, Frau Freudenberg, die Sie angesprochen haben. Diese hat mir allerdings ein

bisschen zu zentral im Mittelpunkt gestanden, weil wir nicht nur drogen- und aidskranke Kinder in dieser Stadt haben, sondern Kinder, die auch in ganz anderen Bereichen gefährdet sind.

Wir wollen gemeinsam versuchen, etwas zum Wohle unserer Kinder und Jugendlichen in dieser Stadt zu tun. Lassen Sie uns damit insbesondere im Schulbereich, in der schulmedizinischen Betreuung, anfangen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Vizepräsident Berndt Röder: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht mehr vor. Wir kommen dann zur Überweisung. Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache 17/314 an den Gesundheitsausschuss zu? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dann ist dies mehrheitlich so beschlossen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 12 auf, Drucksache 17/249, Bericht des Sozialausschusses zum Bericht des Senats über den Haushaltsverlauf 2001 in den Einzelplänen 1.1: Senatsamt für die Gleichstellung und 4: Behörde für Arbeit, Gesundheit und Soziales.

[Bericht des Sozialausschusses
zum Bericht des Senats
über den Haushaltsverlauf 2001

hier: Einzelplan 1.1: Senatsamt für die Gleichstellung
Einzelplan 4: Behörde für Arbeit, Gesundheit und
Soziales

Bezugsdrucksachen: 15/2551; 15/2400; 15/4400 und
16/650, Tz. 175 – Drucksache 17/249 –]

Die Fraktionen haben mich wissen lassen, dass man einvernehmlich auf eine Aussprache zu verzichten gedenkt. Sehe ich Widerspruch aus dem Hause? – Das ist nicht der Fall. Dann stelle ich fest, dass die Bürgerschaft von dem Bericht des Sozialausschusses Drucksache 17/249 Kenntnis genommen hat.

Ich wünsche Ihnen einen sicheren Heimweg, eine gute Nacht und wir sehen uns morgen Nachmittag hier wieder. Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 20.43 Uhr

Hinweis: Die mit * gekennzeichneten Redebeiträge wurden in der von der Rednerin beziehungsweise dem Redner nicht korrigierten Fassung aufgenommen.

Für diese Sitzung waren entschuldigt: die Abgeordneten Ingo Kleist, Joachim Lenders, Dr. Andreas Mattner, Alexander Porschke.

Zu Punkt 3**Anlage 1**

(Siehe Seite 334 D.)

Ergebnis der Wahl von acht ehrenamtlichen Mitgliedern und deren Vertreterinnen oder Vertretern der Kommission für Bodenordnung (Drs 17/195)

Gewählt wurden:	Zahl der abgegebenen Stimmen	davon			Ungültige Stimmen		
		Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen			
a) Mitglieder							
Vorschlag der SPD-Fraktion:							
Brigitte Brockmöller	101	77	19	5			
Dr. Rolf Lange	96	76	16	4			
Eugen Wagner	98	72	21	5			
Vorschlag der CDU-Fraktion:							
Jürgen Echternach	91	57	25	9			
Ina Eggers	96	75	12	9	1		
Vorschlag der Fraktion der Partei Rechtsstaatlicher Offensive:							
Horst Zwengel	102	64	32	6			
Wilhelm Rahlf	99	69	21	9			
Vorschlag der GAL-Fraktion:							
Antje Möller	102	78	21	3			
b) Vertreterinnen/Vertreter							
Vorschlag der SPD-Fraktion:							
Werner Dobritz	96	73	20	3			
Barbara Duden	98	78	17	3			
Margot Mahlstedt	95	79	14	2			
Vorschlag der CDU-Fraktion:							
Jürgen Töpfer	99	77	10	12			
Ilse Baseler	100	82	7	11	1		
Vorschlag der Fraktion der Partei Rechtsstaatlicher Offensive:							
Wolfgang Manske	98	61	26	11			
Karl-Wilhelm Koch	99	63	25	11			
Vorschlag der GAL-Fraktion:							
Anja Hajduk	102	82	18	2			

Zu Punkt 4**Anlage 2**

(Siehe Seite 334 D.)

Ergebnis der Wahl von drei Mitgliedern für den Vergaberat der Norddeutschen Stiftung für Umwelt und Entwicklung (Drs 17/241)

Gewählt wurden:	Zahl der abgegebenen Stimmen	davon			Ungültige Stimmen
		Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen	
Vorschlag der SPD-Fraktion:					
Dr. Monika Schaal	103	84	17	2	–
Vorschlag der CDU-Fraktion:					
Hartmut Engels	106	89	8	9	–
Vorschlag der Fraktion der Partei Rechtsstaatlicher Offensive:					
Peter Lorkowski	101	65	25	11	–